



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Deutscher Städtetag:

Für ein friedliches Miteinander

Nach Auffassung des Deutschen Städtetags müssen Bund, Länder und Europäische Union sich intensiver mit der Armutszuwanderung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien befassen. Notwendig sei, eine Diskussion darüber anzustoßen, wie in den Herkunftsländern die Lebensbedingungen verbessert werden können, um Armutswanderungen innerhalb der EU unnötig zu machen. Außerdem benötigten die betroffenen Städte Unterstützung, um bestehende Probleme durch die Zuwanderung bewältigen zu können.

Die in Deutschland etablierten Förderstrukturen und Konzepte zur Integration eignen sich nach Ansicht des Präsidenten des Deutschen Städtetags, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, nicht dafür, europäischen Armutswanderungen effektiv zu begegnen. Zudem würden die Betroffenen in den Städten schwer erreicht, Hilfsangebote griffen zu wenig. Dies liege oft an fehlenden Sprachkenntnissen und an geringer Bildung, aber zum Teil auch an schlechten Erfahrungen, die die Menschen in den Herkunftsländern mit offiziellen Stellen und Institutionen gemacht haben.

Benötigt würden passende neue Ansätze, diese Menschen aus ihrer sozialen Notlage zu befreien, erklärte Ude. Nach Erfahrungen der Städte zeigten sich nach der Aufnahme in Deutschland vor allem Schwierigkeiten in folgenden Bereichen:

- **Gesundheit:** Oft ist der Gesundheitszustand schlecht. Meist fehlt eine Krankenversicherung, so dass hierzulande nur eine Notfallversorgung möglich ist. Oft fehlt ein Impfschutz.
- **Kinder/Bildung:** Städtische Ämter registrieren eine steigende Anzahl von Inobhutnahmen von Kindern. Es kommt zu Problemen in den Schulen auch aufgrund fehlender Sprachkenntnisse der Kinder und Jugendlichen. Eine notwendige intensive Förderung ist nicht möglich.
- **Wohnen:** Die Armutsfamilien leben zum Teil in überfüllten Wohnungen und in verwahrlosten Immobilien, teilweise in sonstigen provisorischen Unter-

wanderte gehen der Schwarzarbeit nach. Ämter registrieren eine starke Zunahme von (Schein-) Gewerbeanmeldungen.

Wie Ude hervorhob, werde mittlerweile sehr deutlich, „dass eine Lösung der Probleme der Armutswanderung allein auf kommunaler Ebene nicht möglich ist“. Aktuell gebe es weder einen rechtlichen Rahmen, noch verfügten viele Städte über ausreichend finanzielle Mittel, um die zahlreichen Schwierigkeiten abzumildern oder gar zu lösen.

Ein vom Deutschen Städtetag vorgelegtes Positionspapier soll eine Diskussion über mögliche Lösungsansätze anstoßen. Es enthält deshalb erste inhaltliche Anregungen für Forderungen an Länder, Bund und EU, die

diesen Ebenen weiter diskutiert werden müssen. Der Deutsche Städtetag begrüßt die begonnenen Gespräche einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe als ersten Baustein, um Handlungsansätze zur Armutszuwanderung aus Südosteuropa zu entwickeln. Aus Sicht der Städte sind unter anderem folgende Themen zu klären bzw. Überlegungen zu diskutieren:

(Fortsetzung auf Seite 4)

Kommunalkongress 2013 der CSU

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU veranstaltet am 23. März in der Messe Nürnberg ihren Kommunalkongress. Die Besucher erwartet dort ab 10 Uhr sowohl eine Reihe praktischer Beispiele und Anregungen für den Kommunalwahlkampf als auch die Vorstellung diverser Dienstleistungsangebote. Des Weiteren wird es in zahlreichen Workshops und Talkrunden und bei der großen Ausstellung einen wertvollen Erfahrungsaustausch geben.

8. Bayerischer Archivtag in Schwandorf:

Pflicht oder Kür?

Historische Überlieferung entsteht nicht von selbst. Was Archive verwahren, haben sie überwiegend aus der schriftlichen Verwaltung der Stellen bekommen, für die sie zuständig sind: Staatliche, kommunale oder kirchliche Behörden, Parlamente, Hochschulen oder Rundfunkanstalten. Das ist aber nur ein Teil der Archiv-Realität. Denn auch bei Privatpersonen, Vereinen oder Verbänden entsteht Schriftgut, das von bleibendem Wert ist und für die nachfolgenden Generationen aufbewahrt werden muss.

Welche Rechtsfragen sind zu beachten, wenn derartige Unterlagen von einem Archiv übernommen werden? Und was wird aus den alltäglichen Schriftprodukten, für die sich niemand zuständig fühlt, die aber doch wichtige Zeitdokumente sind - aus Plakaten, Flugblättern oder dem Inhalt von Internetseiten? Diesen Fragen widmete sich der 8. Bayerische Archivtag, zu dem sich etwa 200 Archivarinnen und Archivre aus Bayern und den benachbarten Regionen an zwei Tagen in Schwandorf trafen.

Tatsache ist, dass sich der Schutz von Archivalien entscheidend verbessert hat. Die Mittel für bestandserhaltende Maßnahmen der Staatlichen Archive Bayerns konnten von 47.000 Euro in 2010 auf derzeit 600.000 Euro pro Jahr erhöht werden. In den Staatlichen Archiven sind etwa 70 Prozent des Archivguts aus der Zeit nach 1840 geschädigt. Grund für den fortschreitenden Papierzerfall ist der hohe Säuregehalt, den das Papier seit Beginn der industriellen Herstellung in der Mitte des 19. Jahrhunderts aufweist.

gesellschaftlichen Lebens archaisch nicht verloren gehen.

Laut Dr. Wilhelm Füßl (Archiv des Deutschen Museums, München) zeigt die Praxis, dass im professionellen Bereich der Archive häufig keine ausgearbeitete und schriftlich fixierte Sammlungspolitik existiert, anhand derer archaisches Sammlungsgut wie Nachlässe, Fotografien, Plakate, Autografen, Film- und Tondokumente etc. bewertet wird. Auf nationaler Ebene fehlten Absprachen unter Archiven, Museen und Bibliotheken völlig, was häufig zur Folge habe, dass wertvolles Sammlungsgut an ungeeigneten Stellen archiviert wird oder gänzlich verloren geht. Füßl plädierte dafür, ein abgestimmtes Sammlungskonzept auf nationaler Ebene zu entwickeln. Am Beispiel der Archive der Leibniz-Gemeinschaft konkretisierte er eine solche Initiative.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wichtige GZ-Termine:

- 16. März 2013:
Kommunalforum Alpenraum, Kundl
- 13. Juni 2013:
Power für Bayerns Kommunen
6. GZ-Energieforum, Garching



LEW-Innovationspreis 2013

Unternehmen aus Industrie und Handwerk, Gewerbetreibende und Kommunen aus Bayerisch-Schwaben, dem Allgäu und den angrenzenden Gebieten in Oberbayern und Baden-Württemberg können sich ab sofort für den LEW-Innovationspreis Klima und Energie bewerben. Im Rahmen des mit insgesamt 45.000 Euro dotierten Wettbewerbs zeichnen die Lechwerke Projekte aus, die nachhaltig zum Klimaschutz und zu mehr Energieeffizienz beitragen.

Die Bewerbungsfrist für den LEW-Innovationspreis läuft bis 15. Juni 2013. Eingereicht werden können Projekte oder Maßnahmen, die bei den jeweiligen Unternehmen oder Kommunen einen Beitrag zum Klimaschutz oder zur Energieeffizienz leisten, bereits realisiert sind oder kurz vor dem Abschluss stehen, einen nachhaltigen und innovativen Ansatz verfolgen und beispielgebend für andere Unternehmen oder Kommunen sein können.

Eine Jury wählt die drei Siegerprojekte aus, die mit Preisgeldern in Höhe von 25.000, 15.000 und 5.000 Euro ausgezeichnet werden. Die Preisverleihung findet im September statt. Als Partner und Jurymitglieder unterstützen den Wettbewerb die Industrie- und Handelskammer Schwaben, die Handwerkskammer für Schwaben, die Universität sowie die Hochschule Augsburg, der Bayerische Gemeindetag und die Mediengruppe Pressedruck. Die Teilnahmeunterlagen, ausführliche Informationen sowie eine Übersicht der Gewinnerprojekte von 2011 und weiterer Bewerbungen, die in der Jurysitzung besonders viele Stimmen erhalten hatten, finden sich unter www.lew.de/innovationspreis.

Unser Bild zeigt von links: Dr. Markus Lütphar, LEW-Vorstandsmitglied, Alfred Kailing, Geschäftsleiter Beratung bei der Handwerkskammer für Schwaben, Hildegard Wanner, Vorsitzende des Bezirksverbands Schwaben beim Bayerischen Gemeindetag, Dr. Andreas Kopton, Präsident der IHK Schwaben und LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann.

Überlieferungswürdige Bestände sichern

Um ihre eigenen Bestände thematisch anzureichern und überlieferungswürdige Bestände zu sichern, die nicht durch private Archive übernommen werden, sammeln die staatlichen Archive Deutschlands seit langem auch Überlieferungen nichtstaatlicher Institutionen und Nachlässe natürlicher Personen, so Dr. Michael Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, Koblenz. Angesichts der hohen gesamtgesellschaftlichen Bedeutung und der Weite des nichtstaatlichen Feldes scheint es nach seinen Worten nicht nur notwendig, dass einzelne Archive ihre Erwerbspolitik in diesem Bereich methodisch begründen. Vielmehr bedürfe es einer archivübergreifenden Abstimmung und Sammlungstrategie, um dauerhaft sicherzustellen, dass wesentliche Bereiche des

Neues von Sabrina

Vor lauter Lebensmittelskandalen und öffentlicher Empörung wird häufig vergessen, dass man selbst nicht mehr den Bezug, die Erfahrung und den Respekt im Umgang mit Nahrungsmitteln hat. Die Fokussierung der Verbraucher auf den Preis fördert zusätzlich kriminelle Geschäftemacherei.

Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

Landesfeuerwehrverband Bayern: Eckpfeiler für Sicherheit	Seite ... 2
Krankenhausgipfel: Auswege aus der Finanzknappheit	... 3
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Kommunalwahl 2014 im Visier	... 3
Rundfunkbeitrag: Analyse der Belastung	... 4
GZ-Fachthemen:	
Kommunalfinanzen	... 5-11
Sicherheit	... 11
Kommunaler Bau	... 12-14
Wasser · Abwasser	... 15-17
Aus den bayerischen Kommunen	... 18-20

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Beginn des sanften Donauausbaus

Landtag stimmt ökologischem Ausbau zu
Start mit Hochwasserschutz

Auf Beschluss der Staatsregierung und mit Zustimmung des Landtags wird der Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen nach der sanften, ökologischen „Variante A“, also ohne Stauwehr und Kanal, ins Werk gesetzt. Noch heuer soll in den besonders gefährdeten Bereichen bei Niederaltaich und Mariapösching der erste Spatenstich zum Hochwasserschutz erfolgen; 100 Millionen Euro stehen dafür zunächst zur Verfügung. Was auf den insgesamt 54 umstrittenen Kilometern noch im Sinne der Variante A geschieht, bleibt weiteren Entscheidungen vorbehalten.

In diesem Sinn hat Umweltminister Marcel Huber (CSU) den Landtag im Rahmen einer Regierungserklärung über „intakte Umwelt und gesundes Leben in Bayern“ unterrichtet. Die nach Jahrzehntelangem Streit um Schifffahrt und Naturschutz auf diesem letzten, noch zu regulierenden Abschnitt der Rhein-Main-Donau-Wasserstraße, insbesondere auch in der CSU Niederbayerns, festgemachte Entscheidung folgt dem Wort von Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), in seiner Amtszeit werde es „keine Staustufe, keinen Stichtkanal und kein Verfahren dazu“ geben.

Ausbauoptionen offen halten

Ein Wort, das von der Opposition als Offenhalten einer Hintertür für andere Varianten erachtet wurde und wird; zudem sich zwar die Befürworter einer schiffahrtsgerechteren Lösung noch nicht geschlagen geben. Im Landtag stimmte der ehemalige Staatsminister Eberhard Sinner (CSU) zwar der Variante A zu, hatte sich aber außerhalb des Parlaments dafür eingesetzt, alle Ausbauoptionen offen zu halten. Sinner sprach für den Ost-West-Wirtschaftsclub Bayern (OWWC). Im Plenum nahmen alle Oppositionssprecher Bezug darauf. „Was passiert, wenn Seehofer nicht mehr Ministerpräsident ist?“ So Hans-Jürgen Fahn (FW). Für die Koalition fasste Tobias Thalhammer (FDP) zusammen, die Variante A sei ein vernünftiger Kompromiss und eine große Leistung von CSU und FDP. Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) hatte nach dem Ministerratsbeschluss betont, seine Partei sei konsequent gegen alle anderen Ausbauvarianten.

Schutzmaßnahmen

Zunächst geht es um den Abschnitt Niederaltaich und Mariapösching. Insgesamt werden die

Schutzmaßnahmen für die gefährdete Bevölkerung etwa 578 Millionen Euro kosten. Bayern übernimmt davon gut zwei Drittel, den Rest soll der Bund dazu geben.

Deutscher Städte- und Gemeindebund:

Gegen übertriebenen Aktionismus

Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, hat darauf hingewiesen, dass das Ziel der EU-Luftqualitätsrichtlinie, die Belastungen der Bürger flächendeckend dauerhaft zu reduzieren, nicht erreicht wird. Die Erwartungen hätten sich „in Staub aufgelöst“. Mit hohem bürokratischem und finanziellem Aufwand haben laut Landsberg viele Städte Umweltzonen eingerichtet und weitere Maßnahmen getroffen. Auch für die Autofahrer und das Gewerbe seien dadurch nicht unerhebliche Kosten entstanden.

Nummehr habe die Europäische Kommission es abgelehnt, für 33 Gebiete in der Bundesrepublik Deutschland die Frist zur Einhaltung der Grenzwerte bis zum Jahre 2015 zu verlängern. Betroffen seien fast alle Ballungsgebiete in Deutschland, aber auch ländliche Räume wie Oberbayern. Die EU erwarte, dass Deutschland umgehend weitere Maßnahmen ergreife.

Luftverschmutzung

Der Verkehr gilt als Hauptquelle für die Luftverschmutzung und hier insbesondere die Dieselfahrzeuge. Die Städte allein sind Landsberg zufolge jedoch überfordert, das Problem zu lösen. Häufig würden die Luftschadstoffe nicht durch den örtlichen Verkehr produziert, sondern aus weiter entfernten Emissionsquellen wie Autobahnknotenpunkte oder auch Industrieanlagen herangeweht. „Dieser Situation trägt die Richtlinie nicht ausreichend Rechnung.“

Notwendig sei vielmehr, die Motorentechnik bei Dieselfahrzeugen (insbesondere Lkws) zu verbessern, die Abgasnorm „Euro 6“ schnellstmöglich und nicht erst zum 1. September 2015 einzuführen. Zusätzlich sollten die

Was auf den noch umstrittenen rund 54 Kilometern Donau geschieht, sei noch im Sinne des Ministerpräsidenten-Wortes zu regeln, bestätigte der Umweltminister. Er kündigte für das ganze Land ein Sonderfinanzierungsprogramm von 315 Millionen Euro an, damit der Schutz der Donau nicht zu Lasten anderer dringender Hochwasserschutzmaßnahmen gehe. Für die übrigen Maßnahmen in Bayern sei mit 115 Millionen Euro jährlich ein „konstant hohes Niveau“ gesichert. Die Gesamtkosten der Donauregulierung seien zwischen Land und Bund aufzuteilen. Die Vollendung könne etwa 2020 erreicht werden. Zwischen Land und Bund soll zudem ein Gesamtkonzept für die Verkehrsentwicklung auf der Achse Regensburg — Passau abgestimmt werden. **rm**

Landesfeuerwehrverband Bayern:

Eckpfeiler für Sicherheit

Klausurtagung 2013 in Unterschleißheim

Der Austausch aktueller Sachstände und Erfahrungen aus dem Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes stand auch heuer wieder im Zentrum der Klausurtagung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern (LFV). Erneut kamen die bayerischen Stadt- und Kreisbrandräte und die Leiter der Berufsfeuerwehren in der Feuerwache Unterschleißheim zusammen.

Einen Überblick über bereits umgesetzte Forderungen des LFV Bayern gab eingangs Vorsitzender Alfons Weinzierl. Neben der Einführung der Rauchwarnmelderpflicht, der Endgeräteförderung im Digitalfunk, dem Versicherungsschutz bei Auslandseinsätzen und den Unterstützungsleistungen bei Unfällen mit Vorschädigungen nannte Weinzierl die Inanspruchnahme von Sonderrech-

ten durch First-Responder Einheiten. Nach vielen Gesprächen habe man erreicht, dass das Bayerische Innenministerium eine Allgemeinverfügung mit dem Inhalt erließ, dass alle Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr, die als solche auch als Einsatzfahrzeug kenntlich sind und über die Mindestausrüstung für Ersthelfergruppen verfügen, allgemein Sonderrechte in Anspruch nehmen dürfen.

Als noch offene Punkte und „Baustellen“, die zeitnah zur Umsetzung gelangen müssten, führte Weinzierl das Sonderförderprogramm für die Ersatzbeschaffung der Gerätewagen Gefahrgut und das Sonderförderprogramm für Flachwasserboote an. Dieses sei leider vom Innenministerium abgelehnt worden, obwohl Mittel aus dem Sonderprogramm Katastrophenschutz nicht in dem Umfang abfließen wie angesetzt und rund 2 Mio. Euro freigeworden seien, da der Bund die Fahrzeuge für die Messleitkomponenten selbst beschafft.

Auch die Themen Ehrenamtsförderung sowie die Förderung der künftigen Öffentlichkeitsarbeit sind Weinzierl zufolge vakant. Im Rahmen einer Projektförderung für die Öffentlichkeits- und Jugendarbeit und zur Mitgliedergewinnung in den bayerischen Feuerwehren solle das Innenministerium langfristig eine angemessene finanzielle Unterstützung hierfür sicherstellen. Schließlich werde es auch für den Freistaat Bayern von großer Bedeutung sein, dass in Zukunft bei den Freiwilligen Feuerwehren genügend Nachwuchs verfügbar ist, um dadurch den Brand- und Katastrophenschutz auch langfristig sichergestellt zu wissen. Eine Projektförderung zur Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchsgewinnung sei immerhin nach der dreijährigen Imagekampagne in Aussicht gestellt worden.

Bombenfund

Über den Bombenfund in Schwabing im August des vergangenen Jahres informierte im Anschluss der Chef der Berufsfeuerwehr München, Wolfgang Schäuble. Er zeigte die Aufgaben und die Arbeit der Einsatzkräfte bei diesem auch für die BF München besonderen Einsatz vom

Auffinden der Fliegerbombe bis zur kontrollierten Sprengung und dem Abschluss der Nacharbeiten auf. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass eine Entschärfung der Bombe nicht möglich ist, mussten Schüble zufolge etwa 2.500 Anwohner ihre Wohnungen verlassen und in Notunterkünfte ausweichen. Etwa 600 Personen waren dabei zeitweise in verschiedenen Betreuungsstellen untergebracht. Im Einsatz waren durchschnittlich 230 Einsatzkräfte von Feuerwehr, Polizei, Sanitäts- und Rettungsdienst sowie des THW. Phasenweise sei die Anzahl der Einsatzkräfte deutlich höher gewesen, so der Feuerwehrchef.

Empfang

Aus Anlass der diesjährigen Feierlichkeiten „20 Jahre Landesfeuerwehrverband Bayern“ fand im Anschluss an die Klausurtagung ein Empfang im Bayerischen Landtag statt. „20 Jahre Landesfeuerwehrverband Bayern – das bedeutet 20 Jahre Einsatz für das Leben und für die Sicherheit der Menschen in unserem Land“, betonte hierbei CSU-Fraktionschef Georg Schmid. „Die Feuerwehren sind ein wesentlicher Eckpfeiler für die Sicherheit in Bayern. Ob bei Bränden, Unfällen, Unwettern oder Naturkatastrophen – unsere Feuerwehren sind schnell und kompetent“, so Schmid weiter. „Unsere besonderen Dank und Respekt verdienen die vielen ehrenamtlichen Helfer. Sie kennen keinen Feierabend und kein Wochenende und stehen parat, wenn man sie braucht.“

Starker Partner

Seit zwei Jahrzehnten stehe der LFV den örtlichen Feuerwehren als starker Partner zur Seite. „Nicht nur die Feuerwehrleute schätzen den Landesfeuerwehrverband als kompetenten Ansprechpartner. Auch für uns Abgeordnete ist der Verband wichtiger Partner“, machte der Fraktionsvorsitzende deutlich.

Die CSU-Landtagsfraktion unterstützt die Feuerwehren. Schmid wies darauf hin, dass der Freistaat Bayern allein in den vergangenen zehn Jahren rund 483 Mio. Euro in die Ausbildung und Ausstattung der Feuerwehren investiert habe. Als weiteres Beispiel nannte er den Feuerwehrführerschein, den Bayern nach langem Kampf auf Bundesebene gegen die Widerstände des damaligen SPD-Verkehrsministers Wolfgang Tiefensee durchgesetzt und im Freistaat umgehend eingeführt habe.

Rahmenbedingungen

„Wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, dass unsere Feuerwehren die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ihre aufopferungsvolle Arbeit erhalten. Wichtig sind eine gute Ausbildung und Ausstattung. Daher werden wir bis 2018 rund 70 Millionen Euro in den Ausbau und die Modernisierung unserer Feuerweherschulen investieren. Zudem werden wir schon in diesem Jahr ein mehrjähriges Sonderförderprogramm auflegen, um den Ersatz der in die Jahre gekommenen sog. Gerätewagen Gefahrgut finanziell zu unterstützen“, versprach Schmid abschließend.

Innenminister Joachim Herrmann würdigte seinerseits die hervorragende Zusammenarbeit für die Sicherheit der Bürger Bayerns sowie 20 Jahre kompetente Vertretung der Interessen der örtlichen Feuerwehren und ihrer haupt- und ehrenamtlichen Mitglieder gegenüber den Landtagsabgeordneten. **DK**

steuerlichen Anreize zum Einbau von Rußpartikelfiltern von Altfahrzeugen erhöht und fortgeschrieben werden. „Keine Lösung sind Fahrverbote“, so die Ansicht des DStGB. Selbst bei einer völligen Stilllegung des Straßenverkehrs in einer Kommune - den niemand ernsthaft in Erwägung ziehen kann - bleibe die Belastung bestehen. Beleg dafür seien zahlreiche kleine Ortschaften, die wegen ihrer Nähe zu Bundesautobahnen Umweltzonen einrichten mussten.

Die EU wie auch Bund und Länder sollten zusätzliche Förderprogramme anbieten, damit die Verkehrsinfrastruktur verbessert werden kann. Umgehungsstraßen und die Erüchtigung des bestehenden Straßennetzes zur „Verflüssigung“ des Verkehrs wie auch die Einrichtung intelligenter Ampelschaltungen könnten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung der Belastung leisten. Auch ein zügiger Ausbau der Elektromobilität wäre nach Landsbergs Auffassung ein Baustein, um die Belastungen zu reduzieren.

Unverzichtbar sei auch, die Finanzgrundlagen für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) endlich zu verbessern. Ein gutes und zuverlässiges Angebot im öffentlichen Nahverkehr stelle das beste Mittel gegen Luftverschmutzung dar. Landsberg: „Ins-

gesamt warnen wir vor übertriebenen Aktionismus. Notwendig sind nachhaltige Konzepte und dauerhafte Förderung, um die Probleme in den Griff zu bekommen.“

Stichwort EU-Strukturförderung: Nach einem Vorschlag der EU Kommission soll Basisinfrastruktur in Deutschland ab 2014 nicht mehr gefördert werden. Damit sind touristische Einrichtungen wie Wanderwege, Aussichtstürme, Strandpromenaden nicht mehr förderungsfähig. „Dieses darf so nicht umgesetzt werden“, stellte der Geschäftsführer anlässlich der Vorstellung der Ergebnisse des Tourismusbarometers bei der ITB in Berlin fest.

Gesamtausstattung

Die Attraktivität einer Destination ergebe sich für den Urlauber aus der touristischen Gesamtausstattung des Urlaubsziels. Dazu zählten einfache und sehr innovative Tourismusangebote. Alle touristischen Investitionen müssten förderfähig sein, wenn sie zu den Zielen der EU Strukturpolitik beitragen.

Tourismus ist in Deutschland ein erfolgreicher Wirtschaftssektor. Erstmals wurden bundesweit mehr als 400 Millionen Übernachtungen verzeichnet. Der Deutsche Städte und Gemeindebund fordert, dass die Förderung von touristischer Infrastruktur ab 2014 weitergeführt und ausdrücklich in der EU Strukturförderung (sog. EFRE-Förderung) genannt wird. Es reiche nicht, dass Investitionen im Tourismus nur mit besonderem Begründungsaufwand gefördert werden dürfen. **DK**

Politik als Nächstenliebe

„Verantwortung für die Gestaltung unseres Lebensraums. Kommunalpolitik – Ernstfall und Basis der Demokratie“ lautete das Thema von Josef Deimer im Rahmen eines Fortbildungseminars „Die Gemeinde als politischer Handlungsraum“ in der Akademie für Politische Bildung Tutzing. Die Veranstaltung richtete sich an Lehrkräfte von Mittel- und Förderschulen.

„Der Dialog mit den Menschen war das schönste in meiner politischen Laufbahn“, erinnerte sich Josef Deimer, ehemaliger Oberbürgermeister von Landshut und Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetags. In Anlehnung an Papst Paul VI. möchte er Politik als vornehmste Form der Nächstenliebe verstanden wissen. Deimer, der 35 Jahre Oberbürgermeister war und sich schon immer ehrenamtlich engagierte, sieht die Aufgabe der Politiker darin, der Gemeinschaft zu dienen. Vieles, was sich momentan in der Politik abspielt, betrachtet er mit Sorge: Es sei tödlich für die Demokratie, dass sich Politiker nicht mehr gegenseitig zugestehen, ihr Gesicht zu wahren.

Die normativen Grundlagen für die Gestaltung von Lebensräumen stellt Deimer besonders heraus

aus, die meist im Verborgenen bleiben, dabei aber Großes leisten.

Auch aus ökologischer und demographischer Sicht solle die Stadt in den Fokus menschlichen Wirkens rücken: „Die Zukunft der Landschaft liegt in den Städten. Die Städte sind gefordert, anspruchsvoller werdende Aufgaben der Daseinsvorsorge auch für ein weites Umland zu meistern. Sie haben mit ihrer zentralen Funktion für landesweit gleichwertige Lebensbedingungen zu sorgen“, so der ehemalige Oberbürgermeister. Dabei nimmt er auch den Menschen mit seinen individuellen Bedürfnissen in den Blick: „Lebensqualität ist zum Wertmesser in Städten und Gemeinden geworden. Sie bezeichnet die Ausgewogenheit zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft.“ Hierfür spiele vor allem soziale Gerechtigkeit und der Schutz der Schwachen vor den Starken eine wichtige Rolle. Gerade die Kommune sei in der Pflicht: „Sie muss die Lasten der Gesellschaft gerecht verteilen.“ **Susanne Prechtel**

Selbstverwaltung

Die kommunale Selbstverwaltung sei ein hohes Gut. Vor allem deshalb sei es wichtig, die Bereitschaft junger Leute zu fördern, für die Gemeinschaft zu arbeiten und sich zu engagieren: „Wir Kommunalpolitiker müssen Vorbild sein im Übernehmen von Verantwortung für andere.“ Doch keine Kommune kommt ohne die zahlreichen ehrenamtlichen Helfer

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Johann Schott
91583 Diebach
am 26.3.

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Horst Rössler
86561 Aresing
am 16.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Peter Bürgel
85221 Dachau
am 22.3.

Bürgermeister
Josef Peutler
93090 Bach a. d. Donau
am 22.3.

Landrat Eberhard Nuß
97070 Würzburg
am 25.3.

Bürgermeister
Walter Schnell
91126 Kammerstein
am 26.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Udo Baumann
97653 Bischofsheim
am 14.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Berthold Ziegler
87493 Lauben
am 23.3.

Bürgermeister Alfons Wallner
94366 Perasdorf
am 23.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Willibald Galleitner
94166 Stubenberg
am 17.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ralph Edelhäuser
91154 Roth
am 22.3.

Bürgermeister Michael Abraham
95111 Rehau
am 23.3.

Bürgermeister
Stefan Wolfshörmld
97218 Gerbrunn
am 24.3.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Krankenhausgipfel in Berlin:

Auswege aus der Finanzknappheit

Petition an Bundestag verabschiedet

Rund 1.000 Geschäftsführer und Führungskräfte aus den Kliniken haben sich zu einem Krankenhausgipfel in Berlin zusammengefunden. Aus erster Hand schilderten sie der Politik die kritische Lage der Krankenhäuser in den Städten und Regionen.

Tatsache ist: Die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser in Deutschland verschlechtert sich zusehends. Immer mehr Krankenhäuser schreiben rote Zahlen und sind wirtschaftlich akut bedroht. Die Belastungen der Beschäftigten sind zu hoch. Die Patienten beklagen, dass Ärzte und Pflegekräfte zu wenig Zeit für persönliche Zuwendung haben. Die qualitativ hochwertige Patientenversorgung ist gefährdet.

Tariflohnsteigerungen

Laut der Deutschen Krankenhausesellschaft (DKG) steht 2013 jede zweite Klinik vor dem Aus. Seit 2006 seien die Tariflöhne um knapp 16 Prozent gestiegen, die Preise für die Krankenhäuser aber nur um 8,7 Prozent angehoben worden. Die gesetzlichen Preiskürzungen beliefen sich jedoch in den vergangenen zwei Jahren auf rund eine Milliarde Euro. In den Jahren 2013 und 2014 würden den Kliniken weitere Kürzungen von insgesamt 750 Millionen Euro aberlangt.

Auch bei den bayerischen Krankenhäusern spitzt sich die finanzielle Situation zu. Laut einer Umfrage der Bayerischen Krankenhausesellschaft im Januar ist die Stimmung im Freistaat noch schlechter als im gesamten Bundesgebiet. Nur noch 39 Prozent der Häuser setzen für 2013 auf einen Gewinn. 2010 waren es noch 77 Prozent. Es häuften sich bereits die Klagen von Patienten. Daneben steige jedoch der Aufwand der Kliniken, da immer mehr schwer Kranke zu versorgen seien. Dafür werde mehr Personal benötigt.

Zwar arbeiteten heute rund 20 Prozent mehr Ärzte an den bayerischen Krankenhäusern als noch vor fünf Jahren und verursachten höhere Personalkosten. Wenn man aber jede einzelne Klinik zwingt, sich wie ein unabhängiges Unternehmen zu verhalten, bedeute das nicht, dass am Ende für die Masse der Patienten das beste Ergebnis herauskomme, erklärte der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausesellschaft, Siegfried Hasenbein.

Nach Angaben der Deutschen Krankenhausesellschaft versorgen die 2.045 Krankenhäuser in Deutschland pro Jahr 18,3 Millionen Patienten stationär. 18 weitere Millionen Patienten würden im gleichen Zeitraum ambulant behandelt. Der Jahresumsatz der Krankenhäuser beträgt 83,4 Millionen Euro. In den deutschen Kliniken sind 1,1 Millionen Mitarbeiter beschäftigt.

Der Krankenhausgipfel verabschiedete die Berliner Petition für eine faire Krankenhausfinanzierung. Die Kliniken appellieren an die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsparteien, den Krankenhäusern sofort noch im laufenden Jahr zu helfen, ihnen keine weiteren Mittel zu entziehen, die Vergütungen für 2013 so anzuheben, dass die unabwendbaren Kostensteigerungen refinanziert werden können und die Preisminderungen bei steigenden Leistungen (doppelte Degression) für 2014 zu beenden.

DKG-Hauptgeschäftsführer Georg Baum forderte die Bundesländer nachdrücklich auf, ihren gesetzlichen Verpflichtungen bei der Bereitstellung der Investitionsmittel für die Krankenhäuser nachzukommen. Baum:

„Unzureichende Investitionsfinanzierungen und ungenügende Finanzierung des laufenden Betriebs der Krankenhäuser verstärken sich gegenseitig und gefährden die Weiterentwicklung der flächendeckenden Versorgung auf international anerkannt hohem Qualitätsniveau.“

Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund forderten anlässlich des Finanzgipfels Akuthilfen noch in 2013. Neben einer Soforthilfe plädieren die kommunalen Spitzenverbände darüber hinaus dafür, ein Krankenhausfinanzierungssystem zu etablieren, das es den Krankenhäusern dauerhaft und verlässlich ermöglicht, ihren Sicherstellungsauftrag zu erfüllen und gleichzeitig dabei rentabel zu sein. Das wirtschaftliche Überleben müsse für Krankenhäuser, die für die Gesundheitsversorgung nötig sind, möglich sein - ohne stetige Einsparungen zu Lasten des heute schon an die Grenzen der Belastung stoßenden Personals. Öffentliche Kliniken übernehmen in Deutschland pro Jahr rund 50 Prozent der Behandlungen.

„Rund um die Uhr und an allen Tagen des Jahres stehen hoch engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kliniken den Patienten zur Verfügung. Sie gewährleisten eine flächendeckende Grundversorgung für stationäre medizinische Leistungen. Viele Bürgerinnen und Bürger erleben das Engagement ‚ihrer Klinik‘ unmittelbar. Hier leisten insbesondere die kommunalen Krankenhäuser Großartiges, da sie in besonderer Weise flächendeckend den Bedarf an stationärer Behandlung abdecken und zunehmend auch den ambulanten Behandlungsbedarf gerade in den Nachtstunden und an Wochenenden“, betonten die Präsidenten des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Christian Ude (München), Landrat Hans-Jörg Duppré (Südwestpfalz) und Oberbürgermeister Christian Schramm (Bautzen).

Belastungen

Die kommunalen Krankenhäuser, deren Tarifverträge oft mit zeitlicher Verzögerung zur Leitwahrung für Tarifverträge aller Trägergruppen würden, seien durch die diversen Spargesetze besonders belastet, da sie der Bevölkerung oft ein breites, finanziell nicht unbedingt lukratives Behandlungsspektrum zur Verfügung stellen.

„Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass es auch in Zukunft möglich ist, eine wohnortnahe flächendeckende Patientenversorgung auf dem gewohnt hohen Niveau sicherzustellen. Es kann nicht sein, dass Jahr für Jahr neue Sparrunden auf die Kliniken zukommen. Die Krankenhäuser in Deutschland müssen sich seit Jahren in erheblichem Umfang an der Sicherung der Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung beteiligen. Sie tragen unter anderem die Kosten medizinischer Innovationen“, so die Verbandspräsidenten.

Das den Krankenhäusern durch diverse Spargesetze auferlegte Sonderopfer sei vor dem Hintergrund der guten aktuellen Finanzlage der Krankenkassen nicht ge-

rechtfertigt. Dennoch werde es vom Bund bislang aufrechterhalten. Mit Blick auf die aktuelle Diskussion um die Einsparpläne des Bundesfinanzministers beim Gesundheitsfonds sei zu befürchten, dass letztlich die Kliniken und ihre Mitarbeiter in nicht unerheblichem Umfang die Lasten der Sanierung des Bundeshaushalts mit tragen sollen.

Bürgernähe

„Wenn nichts geschieht, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis weitere kommunale Krankenhäuser aus wirtschaftlichen Gründen schließen müssen. Das ist nicht im Sinne der Bürger, die auf eine bürgernahe und qualitativ hochwertige Versorgung zu Recht einen Anspruch erheben. Wir appellieren deshalb an die Politik, eine solche Entwicklung zu verhindern und eine faire, verlässliche und stabile Krankenhausfinanzierung zu schaffen“, so Ude, Duppré und Schramm. **DK**

Fachtagung „Urlaub auf dem Bauernhof“ in Kloster Secon:

Regionales Bauen und Moderne

Urlaub ist Auszeit für die Gäste. Die Erholung beginnt in der Unterkunft und im Gästebetrieb. Regionalität, Authentizität, die direkte Begegnung mit den Gastgebern und der vielfältigen, bayerischen Kultur spielen beim Urlaub auf dem Bauernhof (UaDB) eine besondere Rolle. Die Fachtagung „Urlaub auf dem Bauernhof“ in Kloster Secon, veranstaltet vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, machte die Wechselwirkungen zwischen Architektur und Tourismus im ländlichen Raum bzw. Urlaub auf dem Bauernhof sichtbar und gab Denkansätze für ein ganzheitliches Handeln. Es wurden aktuelle Trends in Architektur und Design aufgezeigt und ihre Gültigkeit für die UaDB-Betriebe diskutiert.

„Wir wollen, dass Urlaub auf dem Bauernhof in Bayern seine beeindruckende Erfolgsgeschichte weiter fortschreibt. Unsere traditionsreichste Einkommensalternative gilt als bayerisches Markenprodukt und ist deutschlandweit und darüber hinaus bekannt und geschätzt“, stellte Landwirtschaftsminister Helmut Brunner eingangs fest. Urlaub auf bayerischen Bauernhöfen sei so beliebt wie nie zuvor. So ist die Zahl der Übernachtungen im vergangenen Jahr um 400.000 auf ein Rekordhoch von 12,7 Mio. gestiegen. Das bedeutet: Jeder 7. Feriengast im Freistaat übernachtet inzwischen auf einem Bauernhof oder bei einem Winzer.

„Das macht den Agrotourismus in Bayern zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor“, betonte Brunner. Rund 30 Mio. Euro jährlich investierten die Urlaubsbetriebe, vornehmlich in der Region. Die Gäste selbst geben laut einer Studie pro Kopf und Tag 37 Euro auf dem Urlaubshof, in der nahen Gastronomie und bei den touristischen Partnern im Umfeld aus. „Allein schon diese Umsätze, die 2012 bei rund 500 Mio. Euro lagen, bestätigen: Urlaub auf dem Bauernhof ist ein Erfolgsmodell und wichtiger Motor für den ländlichen Raum!“

Der Erfolg beruhe auf der Fähigkeit der Anbieter, aufbauend auf den spezifischen Stärken des ländlichen Raums, ihr Produkt konstant weiterzuentwickeln und den Zeitgeist zu treffen - ohne Identitätsverlust -, erklärte der Minister. Dazu zähle die konsequente Ausrichtung der Betriebe auf hohe Qualität und maßgeschneiderte Angebote. Themen- und Schwerpunkte wie Wellness und Kultur machten das Angebot für jedes Alter attraktiv. Darüber hinaus gelinge es zunehmend, bislang weniger interessierte Ziel-



GZ **Kolumne**
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

wir stehen ein Jahr vor der nächsten Kommunalwahl. Da wird es höchste Zeit, die Weichen für das Vorgehen im Wahlkampf zu stellen. Je früher die wichtigen Fragen zu Kandidaten, Themen, Strategie und Maßnahmen geklärt werden, desto intensiver können Sie das Wahljahr 2013 für sich nutzen und 2014 richtig durchstarten.

Sicherlich befinden sich die meisten von Ihnen bereits in dieser intensiven Vorbereitungsphase. Doch egal ob „alter Wahlkampfpfaff“, „Quereinsteiger“ oder „junger Kandidat“, es ist immer wichtig, sich über die aktuellen Trends in Sachen Wahlkampf zu informieren und Erfahrungen auszutauschen. Und genau aus diesem Grund veranstaltet die CSU gemeinsam mit der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) am Samstag, 23. März 2013 einen Kommunalkongress in der Messe Nürnberg, der ganz im Zeichen der Vorbereitungen für die Kommunalwahlen 2014 steht.

Ziel des Kongresses ist es, Ihnen ein passgenaues Angebot an Anregungen und Dienstleistungen zum Thema Kommunalwahlkampf zu bieten, damit Sie Ihren Wahlkampf so professionell wie möglich gestalten können. Neben der Rede des Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Horst Seehofer erwarten Sie eine große Podiumsdiskussion zu aktuellen kommunalpolitischen Themen sowie zahlreiche Workshops und Talkrunden zu speziellen Wahlkampf-Themen wie z. B. „Wahlkampf in großen Städten“, „erfolgreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“, „Wahlkampf im Internet“ oder „innovative Veranstaltungsformen“. Lernen Sie von erfolgreichen Wahlkämpfern, tauschen Sie sich mit erfahrenen Kommunalpolitikern aus und nutzen Sie das einmalige Dienstleistungsangebot, angefangen von fundierter Wahlkampfanalyse über erfolgreiches Wahlkampfmangement bis hin zu Stil- und Typberatung. Darüber hinaus bieten wir Ihnen die Möglichkeit, Wahlkampfpläne machen zu lassen. Im Rahmenprogramm der Ausstellung werden Sie noch viele weitere Angebote finden.

Wo auch immer Sie für Ihren Wahlkampf noch Hilfestellung benötigen oder Anregungen suchen, wir werden nichts unversucht lassen, auf dem Kommunalkongress eine Lösung für Sie zu finden. Ich freue mich, Sie auf dem Kommunalkongress in Nürnberg begrüßen zu dürfen.

Ihr Stefan Rößle

Kommunalwahl 2014 im Visier

mieren und Erfahrungen auszutauschen. Und genau aus diesem Grund veranstaltet die CSU gemeinsam mit der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) am Samstag, 23. März 2013 einen Kommunalkongress in der Messe Nürnberg, der ganz im Zeichen der Vorbereitungen für die Kommunalwahlen 2014 steht.

Ziel des Kongresses ist es, Ihnen ein passge-

Diskussion über die Weiterentwicklung traditioneller Architektur mit modernen Mitteln.

Neues Gästesegment

Dass Architektur und Design Gäste bringen, sich also wirtschaftlich rechnen, sei inzwischen nachgewiesen. Der Landurlaub könne damit ein neues (und höhere Preise akzeptierendes) Gästesegment ansprechen. Dafür sollten nur einige Grundsätze beachtet werden.

Der Münchner Landschaftspsychologe Reinhard Schober wies schließlich darauf hin, dass räumliche Situationen unter bestimmten Bedingungen die Stimmungslage verändern und emotional aufbauen können. Sie haben Atmosphäre. Romantik habe einen hohen Gehalt an Atmosphäre. Gesucht werde das Außeralltägliche. Willkommener könne ein Trend für Urlaub auf dem Bauernhof nicht sein. Schober stellte eine Reihe von Umsetzungsansätzen vor. Seinen Ausführungen zufolge betreffen die Atmosphärenfelder die Angebotsgestaltung rund um den Hof sowie die Erlebnisvorschläge für die landschaftliche Umgebung. **DK**

Bildungsfinanzierungsgesetz:

Bayerischer Gemeindetag begrüßt Investitionsprogramm

Der Bayerische Gemeindetag begrüßte die Kabinettsentscheidung, das bereits laufende Sonderinvestitionsprogramm zur staatlichen Förderung des Krippenausbaus um ein Jahr zu verlängern und zusätzliche 274 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

„Damit folgt der Freistaat einer Forderung des Gemeindetags und stellt den Krippenausbau auch im Jahr 2014 finanziell sicher“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl dazu in München. Auch die zusätzlichen Mittel für die Bildungsarbeit im Kleinkindalter sowie die Sprachförderangebote in den Kindertageseinrichtungen sind ein wichtiges und richtiges Signal, so Brandl weiter.

Sprachförderung

Die bayerischen Gemeinden erwarten zeitnah weitere Erläuterungen zu den geplanten Maßnahmen. Wie sieht die dringend notwendige Verbesserung der Sprachförderangebote in der Kita und in der Grundschule aus? Was ist unter einer Förderung

flexibler Öffnungszeiten zu verstehen?

Bereitstellung

Die Bereitstellung zusätzlicher 25 Millionen Euro ab 01.09.2014 zur Entlastung der Elternbeiträge für Kinder im vorletzten Kindergartenjahr sieht der Gemeindetag allerdings skeptisch. Wie auch die bereits gesetzlich verankerten jährlich 135 Millionen Euro Beitragsentlastung für Kinder im letzten Kindergartenjahr könne man dieses Geld ebenso für die Verbesserung der Bildungsqualität ausgeben.

Der Ministerrat hat im Rahmen der Abschaffung der Studiengebühren den Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bildungsfinanzierungsgesetz beschlossen. **□**

Nahversorgungstag Bayern in Nürnberg:

Tragfähige Konzepte

Aktuelle Herausforderungen sowie die Vorstellung innovativer Konzepte zur Sicherung der Nahversorgung standen im Mittelpunkt des 5. Nahversorgungstags Bayern in Nürnberg. Die Veranstaltung wurde von der CIMA Beratung + Management GmbH mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, dem Handelsverband Bayern e.V. sowie der Handwerkskammer für Mittelfranken durchgeführt.

Wie eine Studie des Bayerischen Wirtschaftsministeriums aus dem Jahr 2011 zeigt, sind heute bereits 43 Prozent der bayerischen Kommunen ohne eigenen Systemanbieter. „Die nicht mehr flächendeckende Nahversorgung ist aber längst nicht mehr nur ein Problem der ländlichen Gebiete, sondern hat bereits einzelne Stadtteillagen erreicht“, verdeutlichte Christian Hörmann, Partner der CIMA Beratung + Management GmbH.

Dezentrale Nahversorgung

Das Thema ist auch für Nürnberg hochaktuell, wie die Diskussion um den Rückzug dezentraler Nahversorger aus einigen Wohngebieten zeigt. Wie Wirtschaftsreferent Dr. Michael Fraas erläuterte, „benötigen wir in einer älter werdenden Gesellschaft und aufgrund der Tatsache, dass jeder dritte Nürnberger Privathaushalt kein Auto zur Verfügung hat, dezentrale, fußläufig erreichbare Nahversorgungsmöglichkeiten in den Wohngebieten“. In Nürnberg werde mit dem neuen Zentrenkonzept eine Planungsgrundlage geschaffen, Nahversorgungsangebote auch in Zukunft flächendeckend und wohngebietsnah aufrechtzuerhalten.

Darüber hinaus bedürfe es eines Bewusstseinswandels im Einkaufsverhalten, so Fraas. Der Nahversorger könne sich vor Ort nur halten, wenn die Menschen dort auch einkaufen. Der Trend gehe zu immer größeren Filialen. Komme dann noch der Online-Handel dazu, sei es schlecht um kleine Betriebe bestellt.

Probleme und Chancen

Elmar Forster von der Nürnberger Handwerkskammer sieht trotz aller Probleme auch Chancen. Die Rückbesinnung auf regionale Produkte sowie der Erfolg von „rollenden Metzger“ und Dorfläden zeigten, dass durchaus Bedarf besteht, das Handwerk am Leben zu halten.

2007 wurde in Kulmbach der Verein Genussregion Oberfranken gegründet. Ziel des Vereins ist die Förderung der Qualität, der Vielfalt und Kultur regionaler Spezialitäten in Oberfranken. Der Verein hat ein übergreifendes Service-Netzwerk für Anbieter hochwertiger regionaler Spezialitäten entwickelt und eine umfassende Bestandsaufnahme der Vielfalt der oberfränkischen Delikatessen durchgeführt. Neben den Produzenten und natürlich der Verbraucherseite spricht der Verein Genussregion Oberfranken auch bereits bestehende Initiativen und Zusammenschlüsse an, die regionale Spezialitäten anbieten.

Neue Dorfläden

Neue Dorfläden wurden mittlerweile in rund 140 bayerischen Ortschaften gegründet. Wie wichtig sie nicht nur für die Landbevölkerung sind, beweist der Blick auf die demografische Entwicklung und die steigenden Mietpreise. „Wenn sich die Menschen im Alter das Leben in der Stadt nicht mehr leisten können, dann sehen sie sich vielleicht zu einem Umzug auf das Land gezwungen“, erklärte Wolfgang Gröll, der als Unternehmensberater bei der Gründung von Dorfläden hilft. „Dabei achten sie dann natürlich genau darauf, in welchen Dörfern ihre Versorgung gesichert ist.“

Mit Sozialromantik habe die Dorfläden-Bewegung indes wenig zu tun. „Das Ganze muss sich rechnen“, so Gröll. Neuen Aufwind habe die Bewegung durch die Schlecker-Pleite bekommen. Die Drogeriemarkt-Kette hatte ihre Filialen meist in der Nähe eines Metzgers oder Bäckers ange-

siedelt. Jetzt stehen die Geschäfte leer. Wer ein Pflaster benötigt, muss in die nächste Stadt fahren und kauft dort auch Fleisch und Brötchen.

Neugründung

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, haben zum Beispiel die Einwohner von Erdmannhausen bei Stuttgart einen Drogeriemarkt gegründet. Ehemalige Schlecker-Verkäuferinnen führen ihn mit Erfolg.

Positives gibt es auch aus der Gemeinde Habach (Landkreis

Für ein friedliches...

Fortsetzung von Seite 1

► **Krankenversicherung:** Ein ausreichender Krankenversicherungsschutz sowie ausreichende Existenzmittel sind bei Nichterwerbstätigen Voraussetzungen der Freizügigkeit in der EU. Daher sollte erörtert werden, wie die Krankenversicherungspflicht auch tatsächlich durchgesetzt werden kann und Umgehungsmöglichkeiten ausgeschlossen werden können. Geprüft werden sollte, ob im Melderecht und im Gewerberecht Regelungen aufgenommen werden können, die eine anlassbezogene Überprüfung der Voraussetzungen der Freizügigkeit ermöglichen.

► **Nothilfen:** Prüfung eines Fonds zur Gesundheitsversorgung von Migranten aus Rumänien und Bulgarien mit nicht oder nicht ausreichender Krankenversicherung; Schaffung von Notunterkünften, Beratungs- und Sozialarbeit oder Rückführungsprogrammen mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds oder über einen „Fonds für europäische Armutszuwanderer“.

► **Wie können Bund und Länder die besonders geforderten Städte bei Hilfsangeboten unterstützen?** Diskutiert werden sollten Kostenausgaben für betroffene Kindergärten und Schulen sowie Zuschüsse bei Beratungsdiensten, Sprachförderangeboten, Berufsbildungsinitiativen und bei Rückkehrerhilfsprogrammen.

Auf eine Korrektur der Brüsseler Pläne zur Wasserversorgung hofft der Deutsche Städtetag nach Äußerungen von EU-Binnenmarkt-Kommissar Barnier. Präsident Ude wertete Barniers Aussage, wonach er die bisher vorgesehene Pflicht der Kommunen zur europaweiten Ausschreibung der Wasserversorgung zu lockern bereit ist, als positives Signal. Der Druck des Verbandes, der deutschen Kommunen insgesamt und der Stadtwerke zeige offenbar Wirkung. Den Ankündigungen müssten jetzt allerdings Taten folgen. Der Teufel stecke in den Details der Richtlinie. Die beste Lösung wäre nach Meinung der deutschen Städte weiterhin, die Wasserwirtschaft aus der Richtlinie herauszunehmen.

Mit Sorge betrachtet der Deutsche Städtetag die Gewalt und die Gewaltbereitschaft im Zusammenhang mit Fußballspielen. „Einerseits muss mit allen strafrechtlichen Mitteln gegen gewalttätige und gewaltbereite Gruppen konsequent vorgegangen werden. Andererseits muss die Gewaltprävention insbesondere durch den Ausbau von Fanprojekten, deutlich verstärkt werden. Und Pyrotechnik ist so gefährlich, dass sie in den Stadien und ihrer Umgebung nichts zu suchen hat“, machte Christian Ude deutlich.

Die Bekämpfung von Gewalt und Gewaltbereitschaft dürfe nicht allein dem Staat und seinen Institutionen überantwortet werden. „Es ist nicht zu akzeptieren, dass der professionelle und kommerziell organisierte Fußball ho-

he Erträge erzielt, während der Staat, vor Ort vor allem die Polizei und die kommunal verantwortete Jugendhilfe, für dessen Auswüchse zuständig sein soll.“

Der Deutsche Städtetag fordert deshalb von der Deutschen Fußball Liga (DFL) und dem Deutschen Fußball-Bund (DFB), sich im Bereich der Fan-Projekte stärker zu engagieren. Er unterstützt die Forderung der Innenministerkonferenz und der Sportministerkonferenz nach einem deutlich auszuweitenden Beitrag von DFB und DFL im Hinblick auf gewaltpräventive Maßnahmen.

Kommunale Jugendhilfestrukturen

Angesichts sehr deutlich gestiegener Einnahmen etwa durch die TV-Rechte-Vermarktung könne das kein Problem darstellen. Die Fan-Projekte würden im Sinne von Jugendsozialarbeit von freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sowie von den Kommunen betrieben und seien mit den kommunalen Jugendhilfestrukturen vernetzt. Die Unabhängigkeit der Fan-Projekte sollte erhalten bleiben.

Bislang finanzieren Länder, Kommunen und DFB/DFL auf Basis des Nationalen Konzepts

Pflicht oder...

Fortsetzung von Seite 1

Dr. Mark Steinert, Kreisarchivar Warendorf, verwies darauf, dass Probleme des Urheberrechts für viele Archivarinnen und Archivisten zum Arbeitsalltag gehörten. Immer wieder stelle sich die Frage, ob einzelne Archivalien oder ganze Archivbestände den Regelungen des Urheberrechts unterliegen und welche Auswirkungen dies auf die Benutzung hat. Die maßgeblichen Bestimmungen hierzu fänden sich im Urheberrechtsgesetz (UrhG) und im Kunsturhebergesetz (KUG).

Klärung der Urheberrechtssituation

Für den Archivar sind laut Steinert im Umgang mit urheberrechtlich geschützten Werken vor allem die gesetzlichen Bestimmungen von Bedeutung. Zunächst sei zu prüfen, ob Archivgut dem Schutz des Urheberrechts unterliegt. Das hänge vor allem davon ab, ob es sich um urheberrechtlich geschützte „Werke“ handelt oder um von einem Leistungsschutzrecht erfasste „Schöpfungen“. Zudem sei zu klären, ob die entsprechenden Schutzrechte noch bestehen oder durch Zeitablauf bereits erloschen sind. Bestehen Urheber- oder Leistungsschutzrechte, sei zu prüfen, ob und in welchem Umfang die Archivalien zur Benutzung freigegeben werden können. Ausschlaggebend sei, ob das Archiv bzw. der Archivträger die Nutzungs- und Verwertungsrechte an den Archivalien erworben hat.

Weilheim-Schongau) zu vermelden. Dort schloss 2001 der letzte Lebensmittelladen. Da sich die Bürger damit nicht abfinden wollten, entwickelten sie ein genossenschaftliches Unternehmermodell. Bürgermeister Michael Strobl und die Gemeinde unterstützten die Initiative nach Kräften: Sie finanzierten eine Machbarkeitsstudie und besorgten ein Grundstück auf Erbpacht-Basis. 2012 war es schließlich soweit: Der Habacher Dorfladen feierte Eröffnung.

Verbraucher wichtig

Ob die Läden dauerhaft durchhalten, wird sich zeigen. Der Verbraucher jedenfalls hat es mit seinem Verhalten in der Hand, waren sich die Teilnehmer des Nahversorgungstags einig. **DK**

Rundfunkbeitrag:

Analyse der Belastung

Die kommunalen Spitzenverbände und die ARD haben gemeinsam ein Verfahren beschlossen, das die Gründe für Mehrbelastungen durch den Rundfunkbeitrag untersucht. Im Zentrum steht dabei eine Analyse durch ein unabhängiges Wirtschaftsinstitut, das in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Rundfunkanstalten agiert.

Ziel der Untersuchung ist es, die strukturellen und prozessualen Faktoren zu identifizieren, die zu nicht beabsichtigten finanziellen Belastungen durch die neue Rundfunkfinanzierung führen könnten. Die Ergebnisse fließen in die von der Politik vorgesehene Evaluierung des neuen Rundfunkbeitrags ein.

Empirische daten

„Die Rundfunkanstalten haben keinerlei Interesse an einer unzumutbaren Mehrbelastung der Kommunen. Ohne empirische Daten ist es aber nicht möglich, sachgerechte Schlüsse zu ziehen. Es freut mich, dass ARD und Kommunen sich nun auf ein gemeinsames Verfahren verständigen konnten“, sagte SWR-Intendant Peter Boudgoust.

Die kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund erklären, gerne auf das Angebot der ARD eingehen zu wollen und ihren Teil dazu beizutragen, damit

das für eine Ursachenprüfung notwendige empirische Material erhoben werden kann. Dass diese Erhebung wissenschaftlich begleitet werden soll, sei ein gutes Verfahren.

Die Kommunen sehen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nach wie vor einen unverzichtbaren Faktor für die individuelle und öffentliche Meinungsbildung und tragen die jetzt vorgesehene geräteunabhängige Beitragsbemessung im Rahmen des bisherigen Umfangs grundsätzlich mit. Zur Umsetzung der getroffenen Vereinbarung werden kommunale Spitzenverbände und Rundfunkanstalten nun auf Arbeitsebene weitere Gespräche führen. Das Verfahren wird von ARD, DDF und Deutschlandradio gemeinsam getragen. Es liefert wertvolle Erkenntnisse, die in den Evaluierungsprozess, der von den Ländern durchgeführt wird, Eingang finden werden.

Die Rundfunkanstalten befinden sich in vergleichbaren Gesprächen mit Kirchen und Unternehmensverbänden. **□**

Reform der Hartz IV-Reformen:

Mehr kommunale Jobcenter

Deutscher Landkreistag weist Kritik der Bundesagentur für Arbeit (BA) an Hartz IV-Reformen zurück und fordert mehr kommunale Jobcenter

Zur Forderung des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit (BA) Heinrich Alt nach einer neuerlichen Reform der Hartz IV-Organisation sagt der Präsident des Deutschen Landkreistages Landrat Hans Jörg Duppré: „Die Organisation von Hartz IV ist nicht glücklich. Die gemeinsamen Jobcenter von Arbeitsagenturen und Kommunen sind als ‚Zwitter-Behörden‘ schwierig zu führen. Sie sind aber der kleinste gemeinsame Nenner von Bund und Ländern in einem jahrelangen Tauziehen und zwei Vermittlungsverfahren um die optimale Organisationsform der Hartz IV-Verwaltung gewesen. Am Ende wurde sogar das Grundgesetz geändert, das die gemeinsamen Jobcenter vorsieht, sofern nicht Optionskommunen als kommunale Jobcenter Langzeitarbeitslose in alleiniger Verantwortung betreuen.“

Alleinzuständigkeit

Der Deutsche Landkreistag hat sich seit Beginn der politischen Debatte für eine Alleinzuständigkeit der Landkreise eingesetzt. „Aber wir akzeptieren die bestehenden Strukturen dem Grunde nach, da wir eine erneute Grundgesetzänderung nicht für realistisch erachten. Stattdessen sollen vielmehr auch weitere Land-

kreise die Möglichkeit erhalten, zu optieren. Die kommunalen Jobcenter vermeiden gerade die ansonsten zersplitterten Zuständigkeiten, weil sie als Einzige Leistungen aus einer Hand anbieten. Bei ihnen muss weder der Bürger noch der Arbeitgeber zwischen verschiedenen Behörden hin- und herlaufen“, so Duppré weiter. Dies umfasse den monatlichen Regelsatz, die Mietzahlung sowie Vermittlung, Qualifizierung, sozialintegrative Angebote, Kinderbetreuung und das Bildungspaket. „Vor diesem Hintergrund müsste Herr Alt eigentlich für die Option werben, wenn er einheitliche Zuständigkeiten fordert“, so Duppré.

Optionskommunen auch überregional aktiv

Die vermeintliche Kritik der BA an den Optionskommunen, diese könnten nicht überregional vermitteln, sei ein uraltes Scheinargument. Die kommunalen Jobcenter vermittelten nachweislich selbstverständlich auch überregional und bedienten sich vernetzter Jobbörsen u. ä. Zugleich spiele die überregionale Vermittlung für den Personenkreis der Langzeitarbeitslosen nur eine sehr geringe Rolle, so der DLT-Präsident abschließend. **□**

Stadtarchiv Schwandorf jetzt online

Das Schwandorfer Stadtarchiv geht mit der Zeit. Vor kurzem wurde ein Online-Auftritt freigeschaltet, der einen ersten Überblick über die umfangreichen Bestände gibt.

Unter der Internetadresse www.stadtarchiv.schwandorf.de oder über die Homepage der Stadt Schwandorf erfahren Interessenten, dass beispielsweise über die Kinderlandverschickung im Zweiten Weltkrieg 400 Akten Aufschluss geben; rund 30.000 Baupläne der Stadt Schwandorf sind im Stadtarchiv zusammengetragen, unzählige alte Satzungen, aber auch Sammlungen von Postkarten oder Sterbebildern. Die Geschichte der Stadt Schwandorf ist ebenfalls gut dokumentiert, beginnend mit einer Urkunde aus dem Jahr 1452.

Wie Stadtarchivar Josef Fischer berichtete, ergäben sich zusammen 1200 laufende Meter Archivmaterial. Gemeinsam mit Oberbürgermeister Helmut Hey stellte er den neuen Online-Auftritt vor. **DK**

Beschluss des Ministerrats:

Entwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes

Bildung finanzieller Reserven für künftige Investitionen wird ermöglicht

Der Ministerrat hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes beschlossen, der den Gemeinden künftige Investitionen in ihre Wasserversorgungs- und Entwässerungseinrichtungen erleichtert.

Innenminister Joachim Herrmann: „Wir wollen unseren Gemeinden eine neue Abschreibungsmöglichkeit geben. Alternativ zur Abschreibung von den Anschaffungs- und Herstellungskosten sollen sie auch von den Wiederbeschaffungszeitwerten abschreiben können. Damit ermöglichen wir ihnen die Bildung finanzieller Reserven.“

Bildung von Rücklagen

Durch die neue Abschreibungsmöglichkeit erhalten die Kommunen die Möglichkeit, bei der Gebührenbemessung die potenziellen Kosten einer neuen Anlage und nicht nur die historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten zu berücksichtigen. So kön-

nen sie für künftige Investitionen Rücklagen bilden und bei künftigen Sanierungsmaßnahmen einen sprunghaften Anstieg der Gebühren vermeiden.

Zahlreiche Kommunen sehen sich in den nächsten Jahren mit einem zunehmenden Sanierungsbedarf ihrer Entwässerungs- und Wasserversorgungseinrichtungen konfrontiert. Mehrfach wurde von Seiten der Kommunen der Wunsch geäußert, gesetzlich ein Wahlrecht zwischen einer Abschreibung nach den Anschaffungs- und Herstellungskosten und den Wiederbeschaffungszeitwerten einzuräumen. Dem trägt der Gesetzentwurf Rechnung. Er wird jetzt dem Bayerischen Landtag zur parlamentarischen Verhandlung zugeleitet. □

Inflationsrate in Bayern im Februar bei 1,4 Prozent

Niedrigster Stand seit Dezember 2010

Im Vergleich zum Februar des Vorjahres haben sich die Verbraucherpreise in Bayern im Gesamtniveau um 1,4 Prozent erhöht; damit ist die Inflationsrate erneut zurückgegangen und hat den niedrigsten Stand seit Dezember 2010 (ebenfalls +1,4 Prozent) erreicht. Auch bei Nahrungsmitteln (+2,1 Prozent) hat sich der Preisauftrieb abgeschwächt, sie weisen aber weiterhin eine überdurchschnittliche Steigerungsrate auf.

Deutlich teurer als im Vorjahr ist Strom (+13,6 Prozent), während Heizöl (-6,1 Prozent) binnen Jahresfrist spürbar billiger wurde. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung weiter mitteilt, sind die Verbraucherpreise gegenüber dem Vormonat im Durchschnitt um 0,7 Prozent gestiegen. Maßgeblich hierzu beigetragen haben die saisonbedingten Preiserhöhungen bei Pauschalreisen (+11,0 Prozent).

Mit dem Auslaufen des Winterschlussverkaufs sind im Februar aber auch Bekleidung und Schuhe (+3,9 Prozent) wieder teurer geworden. Auch Kraftstoffe (+2,9 Prozent) und Heizöl (+1,8 Prozent) haben sich ge-

genüber dem Vormonat verteuert.

Nach Angaben des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Bayern gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im Februar 2013 bei +1,4 Prozent; im vorangegangenen Januar hatte sie +1,8 Prozent betragen. Die Inflationsrate weist damit den niedrigsten Stand seit Dezember 2010 (ebenfalls +1,4 Prozent) auf.

Laut Bayerischem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Bayern gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im Februar 2013 bei +1,4 Prozent; im vorangegangenen Januar hatte sie +1,8 Prozent betragen. Die Inflationsrate weist damit den niedrigsten Stand seit Dezember 2010 (ebenfalls +1,4 Prozent) auf.

Fleisch und Fisch

Die Preise für Nahrungsmittel haben sich gegenüber dem Februar des Vorjahres um 2,1 Prozent erhöht. Dabei sind insbesondere die Preise für Fleisch und Fleischwaren (+6,3 Prozent) sowie Fisch und Fischwaren (+3,5 Prozent) überdurchschnittlich gestiegen. Obst hat sich binnen Jahresfrist um 3,2 Prozent verteuert, während bei Gemüse (-0,9 Prozent) sowie Speisefette und -öle (-2,4 Prozent) Preisrückgänge zu verzeichnen waren. Von den Speisefetten und -ölen hat sich insbesondere Butter (-7,0 Prozent) deutlich verbilligt.

Im Energiesektor sind die Preise für Heizöl gegenüber dem Februar des Vorjahres um 6,1 Prozent gefallen. Bei Gas war binnen Jahresfrist ein Preisanstieg von 0,5 Prozent zu verzeichnen. Mit 13,6 Prozent sind die Strompreise gegenüber dem Februar des Vorjahres hingegen



Von links: Stellvertretender OECD-Generalsekretär Yves Leterme, ZDH-Präsident Otto Kentzler, Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler, Wirtschaftsminister Martin Zeil, Ministerpräsident Horst Seehofer, LfA-Vorstandsvorsitzender Otto Beierl, HWK-Präsident Heinrich Traublinger. □

1.600 Handwerksbetriebe in Bayern gefördert:

Förderbank vergibt Kredite über 310 Mio. Euro

Die LfA Förderbank Bayern hat Handwerksbetrieben im vergangenen Jahr rund 310 Millionen Euro an zinsgünstigen Krediten zugesagt. Die Mittel gingen an über 1.600 kleine und mittlere Unternehmen in Bayern, die damit Investitionen in Höhe von rund 450 Millionen Euro verwirklichen können. Auf der Internationalen Handwerksmesse (IHM) in München beriet die LfA Interessenten über Fördermöglichkeiten.

„Handwerk hat Zukunft! Das gilt gerade in Zeiten der Energiewende, aber nur wer stetig in seine Leistungsfähigkeit investiert, wird im Wettbewerb erfolgreich bleiben. Ich freue mich deshalb sehr, dass sich auf der IHM so viele Handwerker über die Investitionshilfen der LfA informieren“, so Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil, der auch dem LfA-Verwaltungsrat vorsteht, beim Rundgang über die Messe.

Bayerns HWK Präsident Heinrich Traublinger sowie der stellvertretende OECD Generalsekretär Yves Leterme besuchten den Stand der LfA zur Messeröffnung am 6. März.

Die LfA ist die staatliche Spezialbank zur Wirtschaftsförderung in Bayern. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. □

Nachhaltiges Denken

LfA-Chef Dr. Otto Beierl sagt: „Im Schnitt hat jeder geförderte Handwerksbetrieb einen Kredit über 190.000 Euro erhalten und sich damit Investitionen in Höhe von 270.000 Euro vorgenommen. Die Unternehmen nutzen das Geld zu meist für Modernisierungen, Energieeffizienzmaßnahmen und Betriebserweiterungen. Das Handwerk denkt nachhaltig.“

Auch Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler, Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer, ZDH Präsident Otto Kentzler, besonders kräftig gestiegen. So haben viele Stromanbieter zu Beginn dieses Jahres ihre Preise spürbar angehoben.

Weiterhin entspannt verläuft die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem Februar des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,1 Prozent. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im Februar auch weiterhin die Preise vieler hochwertiger technischer Produkte.

Unterhaltungselektronik

So konnten die Verbraucher unter anderem Personalcomputer (-16,5 Prozent), DVD- oder Blu-ray-Player (-12,2 Prozent), digitale Camcorder (-7,5 Prozent) und Fernsehgeräte (-5,8 Prozent) deutlich günstiger beziehen als im Vorjahr.

Im Vergleich zum Vormonat sind die Verbraucherpreise im Gesamtniveau um 0,7 Prozent gestiegen. Hierzu haben maßgeblich die saisonbedingten Preiserhöhungen bei Pauschalreisen (+11,0 Prozent), aber auch die mit dem Auslaufen des Winterschlussverkaufs wieder gestiegenen Preise für Bekleidung und Schuhe (+ 3,9 Prozent) beigetragen. Auch Heizöl (+1,8 Prozent) und Kraftstoffe (+2,9 Prozent) haben sich gegenüber dem Vormonat verteuert. □

„Familien in Bayern sind die Gewinner!“

Sozialministerin Christine Haderthauer zum 4. Armuts- und Reichtumsbericht

„Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt: Bayern steht im Bundesvergleich hervorragend da. Insbesondere Familien mit Kindern finden in Bayern besonders gute Lebensbedingungen vor. Dies ist Verdienst unser Bayerischen Familienpolitik, in deren Fokus seit Langem eine verlässliche finanzielle Unterstützung der Familien, ein bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuung sowie die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern steht“, betonte Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer anlässlich der Verabschiedung des Vierten Armuts- und Reichtumsberichts durch die Bundesregierung.

Haderthauer zufolge investiert Bayern allein in diesem und nächstem Jahr jeweils 2,8 Milliarden Euro in Bayerns Familien. „Mit unserem Landeserziehungsgeld tragen wir dazu bei, dass soziale Härten abgefedert werden und Familien in Bayern die niedrigste Armutsgefährdung in ganz Deutschland haben.“

Falsche Behauptung

„Der mittlere Wohlstand ist in Bayern von 2005 bis 2011 um rund 4 Prozent gestiegen, die Armutsgefährdungsquote hingegen liegt in Bayern deutlich unter dem Deutschland-Durchschnitt. Davon zu reden, dass die Schere auseinandergeht, ist daher schlichtweg falsch“, stellte Haderthauer fest.

Zeugnis des Erfolgs

Während in anderen Europäischen Ländern die Arbeitslosigkeit insbesondere bei den jungen Menschen dramatisch angewachsen sei, „haben wir in Bayern eine Arbeitslosenquote von

„nur“ 3,6 Prozent bei den unter 25-Jährigen. Auch die stetig steigende Erwerbstätigenquote ist nach Auffassung der Sozialministerin „ein eindeutiges Zeugnis für unseren Erfolg, in Bayern ist sie seit 2005 von 70,2 auf 76 Prozent gestiegen“. „Anders als dies manche gerne weismachen wollen, hängt dies keinesfalls mit einem Anstieg der atypischen Beschäftigung zusammen - der Anteil der Zeitarbeit an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beträgt z.B. in Bayern nur 2,5 Prozent und in Deutschland 2,7 Prozent.“

Gefährdungsquote

Die Armutsgefährdungsquote liegt in Bayern nach dem vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2011 bei 11,3 Prozent und ist damit die zweithöchste deutschlandweit, knapp nach Baden-Württemberg mit 11,2 Prozent. Der Freistaat liegt mit 3,8 Prozentpunkten wesentlich unter dem deutschen Durchschnitt von 15,1 Prozent. □

Fahrtkostenzuschüsse für Kommunale Bedienstete

Der jetzt vom Bayerischen Landtag beschlossene Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes ermöglicht den Kommunen, ihren Beschäftigten Fahrtkostenzuschüsse zu gewähren. „Jede einzelne Kommune kann jetzt eigenverantwortlich entscheiden, ob Fahrtkostenzuschüsse an seine Beamten bezahlt werden“, erklärte Finanzminister Dr. Markus Söder. Die Regelung gilt auch für bayerische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. „Mit diesem Gesetzentwurf erfüllen wir einen langjährigen Wunsch der Kommunen“, so Söder.

Die Entscheidung über die Gewährung von Fahrtkostenzuschüssen liegt beim jeweiligen Dienstherrn. Auch in der Ausgestaltung des Fahrtkostenzuschusses wird den Kommunen größtmöglicher Freiraum gelassen. „Durch die flexible Regelung kann jeder Dienstherr individuell auf die Verhältnisse vor Ort reagieren“, betonte Söder. Die Regelung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft. □

INFRASTRUKTUR

Ohne uns fehlt Ihnen was.

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Wir fördern die Infrastruktur – für einen starken Standort Bayern.

Sie investieren in Versorgungs-, Verkehrs- oder Energievorhaben? Die LfA Förderbank Bayern unterstützt kommunale Infrastrukturprojekte mit zinsgünstigen und langfristigen Finanzierungen.

Lassen Sie sich persönlich und kostenlos beraten.
Telefon: 0800 / 21 24 24 0

www.lfa.de



Stadtparkasse München:

Gewinnausweitung um 22 Prozent

München (sskm). Die Stadtparkasse München behauptet sich im Geschäftsjahr 2012 erfolgreich mit guter Leistung in einem anspruchsvollen wirtschaftlichen Umfeld. Gegenüber dem Vorjahr ist das Betriebsergebnis nach Bewertung und vor Veränderung der Vorsorgereserven deutlich gestiegen, nämlich um rund 22 Prozent auf 121 Mio. Euro. Infolge eines kräftigen Wachstums des Kreditvolumens und Zugewinnen auf der Einlagenseite erhöhte sich die durchschnittliche Bilanzsumme (DBS) auf 15,7 Mrd. Euro (2011: 15,3 Mrd. Euro). Damit ist Bayerns größte Sparkasse gemessen an der Bilanzsumme weiterhin die Nummer fünf in Deutschland.

„Mit der Leistung unseres Hauses sind wir insgesamt zufrieden“, resümierte Harald Strötgen, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München bei der Präsentation der Geschäftszahlen 2012. „Wir haben unsere Pläne in vielen Geschäftsfeldern erfüllt, teilweise sogar übertroffen.“ Wegen des guten Geschäftsergebnisses schüttete das städtische Tochterunternehmen 5 Mio. Euro des Gewinns direkt an die Landeshauptstadt München aus. Seit der ersten Zahlung 2006 hat die Stadtparkasse insgesamt bereits 33 Mio. Euro an ihren Träger überwiesen. Das Geld ist für soziale Zwecke bestimmt.

Als Dank für ihre gute Leistung hat die Belegschaft zudem und zum sechsten Mal in zehn Jahren eine Sonderzahlung von 1.000 Euro je Vollzeitbeschäftigtem Mitarbeiter erhalten, Teilzeitbeschäftigte und Auszubildende entsprechende Teilbeträge. Trotz guter Leistung konnte die Stadtparkasse München nicht ganz an frühere Rekordergebnisse anknüpfen. Grund dafür ist die anhaltende Niedrigzinsphase an den Kapitalmärkten, die branchenweit dafür sorgt, dass die Erträge aus dem Bankgeschäft zurückgehen. „Wegen der Auswirkungen auf unsere Erträge beobachten wir die aktuel-

le Zinssituation genau“, so Strötgen. Die niedrigen Zinsen seien zwar kurzfristig dazu geeignet, ein Finanzsystem zu stabilisieren. „Auf lange Sicht können sie das Gegenteil bewirken“, warnte der Chef der Stadtparkasse.

Zinsüberschuss

So sank der Zinsüberschuss des Münchner Kreditinstituts gegenüber dem Vorjahr um knapp 10 Prozent auf 286 Mio. Euro. Das Provisionsgeschäft blieb mit 77 Mio. Euro stabil gegenüber 2011. Trotz eines konsequenten Kostenmanagements erhöhte sich der Verwaltungsaufwand leicht um 4 Mio. Euro bzw. 1,5 Prozent auf 247 Mio. Euro. Der Anstieg resultiert aus den Kosten der tariflichen Lohnerhöhung und der Sonderzahlung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Infolge der gesunkenen Erträge aus dem Kerngeschäft geht die Eigenkapitalrentabilität bezogen auf das Betriebsergebnis vor Bewertung auf 9,0 Prozent zurück (2011: 10,7 Prozent). Bezogen auf das Betriebsergebnis nach Bewertung verbesserte sich das städtische Kreditinstitut von 7,2 Prozent im Vorjahr auf jetzt 8,6 Prozent. Die Cost-Income-Ratio stieg auf 66,3

Prozent (2011: 62,4 Prozent).

Nach Abzug der gewinnabhängigen Steuern wird die Stadtparkasse München voraussichtlich einen Jahresüberschuss von 55 Mio. Euro ausweisen. Nach der Gewinnausschüttung an die LH München verbleiben somit 50 Mio. Euro, die dem Eigenkapital zugeführt werden. Die Rücklagen wachsen damit von 1,328 Mrd. Euro auf 1,378 Mrd. Euro an.

Gesamtkreditvolumen

Das Gesamtkreditvolumen erhöhte sich um 8,7 Prozent auf 10,5 Mrd. Euro (2011: 9,6 Mrd. Euro). Kredite an Unternehmen und Selbstständige stiegen um 15,9 Prozent auf 5,1 Mrd. Euro, Kredite an Privatkunden um 5,9 Prozent auf ebenfalls 5,1 Mrd. Euro. Das dynamische Wachstum im Kreditgeschäft resultiert vor allem aus dem Boom bei Baufinanzierungen, der quer über alle Kunden- und Vertriebsbereiche hinweg anhält.

Mit 1,7 Mrd. Euro hat die Stadtparkasse München 430 Mio. Euro mehr Baugeld zugesagt als im Jahr zuvor. Das entspricht einer Steigerung von gut 33 Prozent (2011: 1,3 Mrd. Euro). Bezogen auf die 7.100 abgeschlossenen Verträge liegt das Plus bei 16 Prozent. Zum überdurchschnittlichen Kreditwachstum haben unter anderem auch Neuabschlüsse von risikoarmen Gewerbeimmobilienfinanzierungen beigetragen sowie großvolumige Gewerbedarlehen, insbesondere Schuldscheindarlehen.

Auch für Existenzgründer bot

das vergangene Jahr gute Erfolgsaussichten. Das vor zehn Jahren gegründete Spezialistenteam der Stadtparkasse München hat 2012 so vielen Jung-Unternehmern die berufliche Unabhängigkeit ermöglicht wie noch nie. Im Schnitt schloss das öffentlich-rechtliche Kreditinstitut Woche für Woche zwei Gründungsfinanzierungen ab. Rein rechnerisch setzt sich die Finanzierungssumme je zur Hälfte aus einem Bankdarlehen und öffentlichen Fördermitteln zusammen, sechs von zehn Gründern erhalten neben dem Bankdarlehen auch ein Förderdarlehen.

Neue Produkte

Im Privatkundengeschäft hat die Stadtparkasse München 2012 erfolgreich neue Produkte und Dienstleistungen eingeführt. Das „mitwachsende Konto“ und das „Führerscheinsparen“ sind attraktiv verzinsten Sparkonten speziell für Kinder und Jugendliche. Zudem hat die Stadtparkasse München ihr Angebot für vermögende Kunden um eine wichtige Dienstleistung ergänzt, nämlich die Vermögensverwaltung. Sie ist dazu eine Kooperation mit der renommierten Berenberg Bank eingegangen, die für über 100 Sparkassen in Deutschland als Vermögensverwalter auftritt.

Damit Kunden der Stadtparkasse München stets wählen können, ob sie eine der 89 bedienten Filialen im Stadtgebiet besuchen oder per Telefon oder Internet mit ihrer Hausbank in Kontakt treten möchten, hat Bayerns größte Sparkasse ihren Direktservice beträchtlich ausgeweitet. So haben 2012 Kunden bzw. Neukunden der Stadtparkasse erheblich mehr Girokonten und Festgeld-Konten über das Internet eröffnet als im Jahr zuvor. Zusätzlich hat die Stadtparkasse München neue Dialogmöglichkeiten zwischen Berater und Kunde eingerichtet, zum Beispiel einen Internet-Chat.

Frauenförderung

Einer der Schwerpunkte der Personalpolitik ist die Frauenförderung. Mit Teilzeitangeboten und Betreuungsplätzen für Kinder unterstützt die Stadtparkasse München die zahlreichen, gut ausgebildeten und qualifizierten Mitarbeiterinnen dabei, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. 2012 ist der Anteil weiblicher Führungskräfte bereits von 24 Prozent auf 27 Prozent gestiegen.

Um ihren Mitarbeitern und den Münchnerinnen und Münchnern Wohnraum zu fairen Preisen anbieten zu können, investiert die

Stadtparkasse München weiter in ihren Immobilienbestand. Insgesamt 180 Mio. Euro hat die Stadtparkasse für neue Immobilienobjekte bereitgestellt, davon sind 115 Mio. Euro bereits abgerufen bzw. fest verplant. Der Bestand der Stadtparkasse wächst damit auf über 1.700 Wohnungen an. Alle Wohnimmobilien unterliegen dem Münchner Mietspiegel. Die Förderung der Stadtparkasse München, der fünf von ihr gegründeten Stiftungen und die Gewinnausschüttung an die Landeshauptstadt München zusammengerechnet ergibt sich ein Gesamtbetrag für das gesellschaftliche Engagement von knapp 10 Mio. Euro. In den Jahren 2002 bis 2012 hat die Stadtparkasse München insgesamt 83 Mio. Euro für soziale und kulturelle Zwecke bereitgestellt.

Damit möglichst viele Kunden bzw. Bürger Münchens selbst die Vorteile einer Stiftung für sich nutzen können, hat die Stadtparkasse München eine neue Gemeinschaftsstiftung mit breit gefächertem Stiftungszweck ins Leben gerufen. Das Angebot der Kundenstiftung „Gemeinsam Gutes tun“ richtet sich vor allem an Privatkunden, die keine eigene Stiftung gründen, aber mit ihrem Vermögen etwas Sinnvolles bewirken möchten. □

Bilanzpressekonferenz Sparkasse Niederbayern-Mitte:

Bundesweit unter den Top 20

Mit der Geschäftsentwicklung des vergangenen Jahres zählt die Sparkasse Niederbayern-Mitte deutschlandweit zu den Top 20 der insgesamt 423 Sparkassen. Wie Vorstandsvorsitzender Walter Strohmaier bei der Bilanzpressekonferenz in Straubing mitteilte, „behaupten wir uns mit einem Betriebsergebnis von 1,47 Prozent seit Jahren deutlich vor dem Durchschnitt der niederbayerischen (1,28 Prozent) und der bayerischen Sparkassen (1,08 Prozent)“.

Ermöglicht wurde dieses Betriebsergebnis nicht zuletzt durch die Entwicklung des Kundengeschäfts, der tragenden Säule der Sparkasse. So konnte die Bilanzsumme insgesamt um zwei Prozent auf 3,5 Milliarden Euro gesteigert werden. Die Einlagen stiegen um 2,4 Prozent auf 2,6 Milliarden Euro. Die nachhaltige Bedeutung für die Kreditversorgung in der Region Straubing und Dingolfing-Landau zeigt sich am

ausgereichten Kreditvolumen in Höhe von 2,6 Milliarden Euro. Das sind fast drei Prozent mehr als im Vorjahr.

Auftrag für die Zukunft

Die erfolgreichen Geschäftszahlen wertete Strohmaier als Auftrag für die Zukunft. Die Sparkasse Niederbayern-Mitte sehe sich in der Verpflichtung, der Erhaltung und Weiterentwicklung

der heimischen Wirtschaft, der kreditwirtschaftlichen Versorgung aller Bürger und als verlässlicher Arbeitgeber gerecht zu werden. Bei der Sparkasse sei Vertrauen die Leitlinie und der individuelle Kundenbedarf stehe im Mittelpunkt.

„Wir verstehen uns als ‚Hausbank‘ der mittelständischen Unternehmen und übernehmen in besonderer Weise Verantwortung für die Region“, betonte Strohmaier. Allerdings besteht seiner Ansicht nach die Gefahr, dass die einsetzende Regulierungswut und die verschärften Eigenkapitalanforderungen auf alle Banken abgewälzt werden könnten und dadurch der Handlungsspielraum von Sparkassen stark eingeschränkt werde.

Kommunen profitierten

Laut Verwaltungsratsvorsitzendem Landrat Heinrich Trapp (Dingolfing-Landau) ist es in Anbetracht der Einnahmen, die die Kommunen aus dem erfolgreichen Sparkassengeschäft beziehen, wichtig, dass die Sparkasse erfolgreich und wirtschaftlich gesund ist. Mit einem Volumen von fast sechs Millionen Euro allein an Gewerbesteuern hätten die Kommunen im vergangenen Jahr profitiert. Insgesamt seien im Jahr 2012 13,5 Millionen Euro Ertragssteuern überwiesen worden.

Auf den attraktiven Arbeitgeber Sparkasse richtete der stellvertretende Verwaltungsratsvorsitzender OB Markus Pannermaier (Straubing) sein Augenmerk. Bei der Sparkasse Niederbayern-Mitte werde eine Führungskultur gelebt, die sich durch Wertschätzung, Zielorientierung und auch Nachhaltigkeit auszeichnet.

Gemeinnützige Projekte

Landrat Alfred Reisinger (Straubing-Bogen) stellte fest, dass die Sparkasse seit vielen Jahren gesellschaftliche Verantwortung übernehme. So seien auch im letzten Jahr fast 500.000 Euro für gemeinnützige Projekte zur Verfügung gestellt worden. Allein aus der Sparkassenstiftung standen den Landkreisen Dingolfing-Landau, Straubing-Bogen, sowie den Städten Straubing, Dingolfing, Landau und Bogen 68.000 Euro zur Verfügung. DK

Sparkassen-Finanzgruppe

08/15 BANK

Sparkassen-Finanzkonzept

Vermögensvorsorge
Altersvorsorge
Absicherung ihrer Lebensziele
Service & Liquidität

Jetzt Finanz-Check machen!

Das Sparkassen-Finanzkonzept: Beratung auf Augenhöhe statt 08/15.

Menschlich. Persönlich. Verlässlich.



Geben Sie sich nicht mit 08/15-Beratung zufrieden – machen Sie jetzt Ihren individuellen Finanz-Check bei der Sparkasse. Wann und wo immer Sie wollen, analysieren wir gemeinsam mit Ihnen Ihre finanzielle Situation und entwickeln eine maßgeschneiderte Rundum-Strategie für Ihre Zukunft. Mehr dazu in Ihrer Geschäftsstelle oder unter www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

Bayerische Sparkassenstiftung:

High-Tech für das Welterbe

Die Smartphone-App „Limes Mittelfranken Mobil“ führt Besucher auf einer Wegstrecke von rund 60 km in die römische Vergangenheit Mittelfrankens. Die Bayerische Sparkassenstiftung initiierte das innovative Projekt und trug maßgeblich zu seiner Finanzierung bei; weitere Geldgeber waren der Bezirk Mittelfranken, die Limeskommunen sowie die Sparkassen Gunzenhausen, Mittelfranken-Süd und Ansbach.

Der obergermanisch-raetische Limes gehört seit 2005 zum internationalen UNESCO-Welterbe „Grenzen des Römischen Reiches“. Allerdings sind nur wenige Spuren dieses größten Bodendenkmals in Deutschland tatsächlich sichtbar. Deshalb bedarf es einer zeitgemäßen Präsentation des Denkmals, insbesondere mithilfe modernster Medien, um es den Besuchern zu ermöglichen, auch schwer zu lokalisierende archäologische Denkmäler zu entdecken und interessante archäologische Informationen vor Ort zu erhalten. An diesem Punkt setzte das Projekt zur Entwicklung der Smartphone-Applikation „Limes Mittelfranken Mobil“ an.

Von der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern wurde in Kooperation mit der Firma Boundary Productions (www.boundary.de) ein multimediales Informationssystem entwickelt, das filmische Inhalte, Bilder, Tonspuren und Texte direkt vor Ort auf mobilen Endgeräten (Smartphones und Tablet-Computern) bereitstellt. Insgesamt wurden 50 Punkte in der

Landschaft festgelegt sowie für iOS weitere 25 im Archäologischen Museum der Stadt Gunzenhausen, im LIMESEUM am Römerpark Ruffenhofen und in den Römischen Thermen der Stadt Weißenburg. Sie vermitteln die Geschichte der römischen Grenzanlage in dieser Region. Integriert ist auch eine GPS-Navigation: Das Smartphone meldet sich automatisch (alert-Funktion), sobald ein point of interest in der Landschaft zu entdecken ist und stellt den Zusammenhang zwischen Bodendenkmal und dort gefundenen Objekten her.

Von besonderer Bedeutung ist, dass die Applikation und alle Inhalte auch ohne Internetverbindung funktionieren. Alle Inhalte sind in die Anwendung eingebunden und werden mit der Applikation auf das Mobiltelefon geladen.

Die kostenfreie Applikation steht ab 14. März 2013 über iTunes im App-store bzw. im Google Play Store <https://play.google.com> in einer deutschen und einer englischen Version zum Download bereit. □

Schuldenmanagement:

Steuerungssoftware für Kommunen

Ab Mai will die Sparkassen-Finanzgruppe eine Softwarelösung anbieten, mit der sie ihre Schuldenportfolios steuern, verwalten und planen können

Von Sebastian Bergmann (DSGV) und Andrea Bastian (SVB)

Die Kommunalfinanzierung in Deutschland ist für die Kreditwirtschaft ein bedeutendes Geschäftsfeld, die Sparkassen-Finanzgruppe ist traditionell Hausbank der Kommunen. Über die SIZ Service, eine Tochter des SIZ Informatikzentrum der Sparkassenorganisation, wird die Sparkassen-Finanzgruppe ab Mai den Kommunen auf Basis der Erfahrungen der „Kommunalen Verschuldungsdiagnose“ (KVD) über die Sparkassen eine Softwarelösung für ihr kommunales Schuldenportfolios anbieten.

Aufgrund des Rückzugs einiger Banken aus dem Markt der Kommunalfinanzierungen und der künftigen Gefahr steigender Zinsen besteht bei kleinen und

mittleren Kommunen Bedarf an einer detaillierten Liquiditäts- und Risikosteuerung. „Das zeigen die Ergebnisse der DSGVO-Initiative 'Kommunale Verschuldungs-

diagnose' (KVD), bei der die Schuldenportfolios von mehr als 800 kommunalen Kunden, über 30.000 Kredite mit einem Gesamtvolumen von rund 50 Milliarden Euro ausgewertet wurden“, betont Werner Netzel Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DSGVO.

Von Kommunen für Kommunen

Gerade die möglichen Berichte

für die kommunalen Entscheidungsträger, die Abbildung aller vorhandenen Derivat- und Kreditstrukturen plus die Möglichkeit Szenarioanalysen durchzuführen, hätte manche Kommune vor Schaden bewahren können.

Eine DSGVO-Umfrage bei den Teilnehmern an der KVD hat ergeben, dass rund 50 Prozent aller Kommunen bisher keine Software zur Schuldenverwaltung benutzen. Deshalb hat die SIZ Service in Zusammenarbeit mit dem DSGVO beschlossen, dem „Konzern Kommune“ die neue Software „S-Kompass“ für die Analyse und Steuerung ihrer Schuldenportfolios anzubieten.

Aktuell wird die Software in Kooperation mit der Firma LPA aus Frankfurt und in enger Zusammenarbeit mit 15 Kommunen unterschiedlicher Größe entwickelt.

Anwenderfreundliche Lösung

„Es entsteht hier eine Software von Kommunen für Kommunen, die den individuellen Anforderungen von Städten und Gemeinden gerecht werden kann“, so Thomas Krebs, Geschäftsführer der SIZ Service. Im Zusammenspiel mit dem professionellen Beratungsansatz der Sparkassen-Finanzgruppe schaffe „S-Kompass“ für alle kommunalen Ebenen hohen Nutzen.

Wie Krebs weiter ausführt, „war es uns wichtig, den Kämmerern eine politisch neutrale, effiziente und anwenderfreundliche Lösung offerieren zu können“.

Allen Teilnehmern der KVD wird „S-Kompass“ von der Sparkassen-Finanzgruppe ab Juni kostenlos für sechs Monate zur Verfügung gestellt. Voraussetzung ist die Anmeldung an der KVD bis 31. März. □

BayernLB finanziert Solar-Kraftwerk an der Ostsee

Im Rahmen einer Projektfinanzierung wurde der Bau und Betrieb des 31,5 MWp großen Photovoltaikparks „Barth“ durch die BayernLB strukturiert und finanziert. Barth ist damit der zweitgrößte Solarpark Mecklenburg-Vorpommerns.

Der Gesamtwert von rund 54 Mio. Euro wurde zu rund 11 Mio. Euro aus Eigenkapital vom Projektsponsor und -errichter Renco renewable energy concepts AG und rund 43 Mio. Euro mit einem Darlehen durch die BayernLB finanziert. Die Mittel wurden über das Programm „Erneuerbare Energien“ der KfW für 18 Jahre bereitgestellt. Im Anschluss an die gelungene Transaktion wurde der finanzierte Solarpark an ein Unternehmen der Gothaer Versicherungsgruppe und den Asset Manager Renewable Energy Capital Partners GmbH aus Frankfurt, verkauft.

Der Standort der PV-Anlage befindet sich auf dem Gelände des Ostseeflughafens Stralsund-Barth, nahe der Stadt Barth, 35 Kilometer nord-westlich von Stralsund. Das vormals militärisch genutzte, ca. 70 Hektar große Areal, dient heute ausschließlich ziviler Nutzung. Neben dem weiterhin bestehenden und genutzten Flughafen, wird nördlich der Start- und Landebahn von nun an auf 40 Hektar nachhaltig Energie durch Photovoltaik erzeugt. Dazu wurden in Rekordzeit bis Ende September 2012 ca. 130.000 Solar-Module installiert. In das Hochspannungsnetz des lokalen Stromnetzbetreibers wird der Strom in zwei separaten Umspannwerken eingespeist.

Mit der Leistung von 31,5 MWp können pro Jahr 7.500 Haushalte mit etwa 20.000 Menschen mit Strom versorgt werden. Von Bedeutung für die Umwelt ist die jährliche Einsparung von 17.300 Ton-

nen Kohlendioxid. Auch Bürgermeister Stefan Kerth war die Zufriedenheit mit dem Investor und dem Verlauf der Bauarbeiten anzumerken: „Die Zusammenarbeit mit dem Investor war von Anfang an sehr konstruktiv. Wir freuen uns, hier vor Ort ein solches Projekt verwirklichen zu können.“

„Wir freuen uns, dass wir dem Versprechen, die Bank der Energiewende zu sein, erneut auf so erfreuliche Weise gerecht werden konnten. Mit der Finanzierung des Projekts Barth unterstützen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien und tragen dabei gleichzeitig unserer neuen nachhaltigen Geschäftsstrategie Rechnung. Der Erfolg dieser Projektfinanzierung wurde maßgeblich durch die professionelle und partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten ermöglicht“, so Alexander von Dobschütz, Bereichsleiter Structured Finance der BayernLB.

Als Experte der Energiewirtschaft und erfahrener Unternehmens-, Projekt- und Exportfinanzierer begleitet die BayernLB erfolgreich Unternehmen im Sektor Erneuerbare Energien mit Fokus auf die Bereiche Wind, Solar, Solarthermie und Geothermie.

Generalunternehmer für das gesamte Projekt war die RENERCO, eine Tochter der BayWa re. renewable energy GmbH aus München. Die BayernLB und die RENERCO sowie ihre Konzernmutter BayWa AG verbindet bereits seit Jahren eine ausgeprägte Geschäftsbeziehung. □

Geschäftsergebnisse 2012:

Vertrauen der Kunden lässt die Kreissparkasse Augsburg wachsen

Die Kreissparkasse Augsburg blickt zufrieden auf das abgeschlossene Geschäftsjahr zurück. Die vorläufigen Geschäftsergebnisse für 2012 weisen ein solides Wachstum sowohl bei der Bilanzsumme als auch bei Einlagen und Ausleihungen aus.

Die Bilanzsumme erreichte einen Wert von 3,2 Milliarden Euro. Das ist ein Wachstum von 5,5 Prozent bzw. 168 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Damit behauptete die Kreissparkasse Rang 19 unter den 72 bayerischen Sparkassen.

„Unsere Kunden honorieren, dass wir kontinuierlich in die Qualität unserer Arbeit, in moderne Technologien und Geschäftsräume investieren“, so der Vorstandsvorsitzende Richard Fank. „Dank eines strikten Kostenmanagements gelang es uns, die Ergebnisse auf einem zukunftsfähigen Niveau zu halten – und das obwohl sich die Zinsen auf einem historischen Tiefstand befinden, sich der Wettbewerb verschärft und die regulatorischen Anforderungen steigen und immer mehr Aufwand verursachen.“

Einlagen wachsen um 4,9 Prozent

Die Einlagen verzeichnen ein Wachstum um rund 119 Millionen Euro auf 2.542 Millionen Euro. Mit einem Plus von 4,9 Prozent gelang

Stadtsparkasse Augsburg:

Wiedereröffnung nach Umbau der Geschäftsstelle Hochzoll-Mitte

Nach siebenmonatiger Bauzeit eröffnete vor kurzem die neu umgebaute Geschäftsstelle in der Friedberger Straße 117 wieder ihre Pforten. Zahlreiche Gäste feierten am Abend den Auftakt des neuen Geschäftsstellenkonzeptes.

Mit der Wiedereröffnung der Geschäftsstelle Hochzoll-Mitte geht die Stadtsparkasse Augsburg neue Wege. Das Kreditinstitut setzt nicht nur auf ökologische Bauweise und Materialien. Die Verbundenheit mit dem Stadtteil stand bei den Umbaumaßnahmen immer im Vordergrund. Die Sparkasse lebt auch in diesem Bauvorhaben ganzheitlich das Motto „Gut für die Region“.

Zur Stärkung der Region und der regionalen Wirtschaft wurden alle Aufträge an heimische Unternehmen vergeben. Die Verbundenheit zum Stadtteil spiegelt sich auch im neu gestalteten Raumkonzept wieder. Das Engagement des Kreditinstituts für den Stadtteil Hochzoll ist vielfältig und reicht vom Kanusport bis hin zur Unterstützung der Hochzoller Kulturtage. Auf Graphikwänden wird das Bekenntnis zum Standort dokumentiert. Olympiasieger Alexander Grimm und die Sportakrobatikgruppe des SAV Hochzoll e. V. sind auf den Wänden im Eingangs-

bereich der neuen Geschäftsstelle abgebildet. Die Stadtsparkasse Augsburg setzt auch weiterhin auf die Nähe zum Kunden. Der Weg zur Sparkasse bleibt gleich, der Komfort steigt. Es wurden über 1,5 Mio. Euro investiert, um die Geschäftsstelle auf den neuesten Stand zu bringen. Auf einer Raumfläche von rund 750 m² entstand eine großzügige und offene Aufteilung der Räume und eine angenehme Atmosphäre. Die Geschäftsstelle ist komplett barrierefrei. Kundenparkplätze sind in der Tiefgarage vorhanden. Der Selbstbedienungsbereich wurde in den Eingangsreich integriert.

Die Ausstattung der Geschäftsstelle entspricht den neuesten ökologischen Anforderungen. Naturmaterialien, energiesparende Klimatechnik und neueste LED-Technik wurden bei der Neugestaltung eingesetzt. Die Sparkassenfiliale ist damit perfekt auf die Bedürfnisse der Kunden und Mitarbeiter zugeschnitten. □

es dem Augsburger Finanzdienstleister erneut, mehr Gelder einzulernen als der Durchschnitt der bayerischen Sparkassen (+2,6 Prozent). Beim Sparaufkommen hält sich die Kreissparkasse gegen den Trend stabil: Während der bayerische Sparkassenverband einen Rückgang um 5,6 Prozent verzeichnet, belief es sich bei den Augsburgern auf 1.528 Millionen Euro gegenüber 1.530 Millionen Euro im Vorjahr.

Bedürfnis nach Sicherheit

„Diese Entwicklung spiegelt das ungebrochene Bedürfnis unserer Kunden nach Sicherheit und Vertrauen wider“, so Richard Fank. „Eine Rolle dürfte auch die Renaissance regionaler Wirtschaftskreisläufe spielen. Die Menschen sehen genauer hin, wo sie einkaufen und mit wem sie Geschäfte machen. Wer uns sein Geld anvertraut, kann sich darauf verlassen, dass sein Geld an Menschen und Unternehmen im Wirtschaftsraum Augsburg weitergegeben wird.“

Die Nachfrage nach Vorsorgeprodukten wie Bausparer und Le-

bensversicherungen befindet sich weiterhin auf hohem Niveau. So blieb die Beitragssumme bei den Lebensversicherungen stabil bei 37,61 Millionen Euro (Vorjahr: 38,9 Millionen Euro). Die Bausparsumme legte um 6,5 Prozent von 136,1 Millionen Euro auf 144,8 Millionen Euro zu.

Das Kreditvolumen betrug im vergangenen Jahr 2.562 Millionen Euro und lag damit um 112 Millionen Euro bzw. 4,6 Prozent erneut über dem starken Vorjahr. Getrieben wurde es weiterhin vom Geschäft mit Unternehmen und Selbstständigen. Der Bestand an Ausleihungen an diese Kunden nahm um 7,2 Prozent bzw. 81,3 Millionen Euro auf 1.209 Millionen Euro zu. Der Bestand an reinen Unternehmenskrediten erhöhte sich um 66,6 Millionen Euro bzw. 8,1 Prozent auf 892,2 Millionen Euro.

Gut positioniert ist die Kreissparkasse beim Leasing. Mit einem Neugeschäft von 20,3 Millionen Euro (Vorjahr 19,4 Millionen Euro) belegt das Augsburger Kreditinstitut Rang 6 unter den bayerischen Sparkassen. „Als loyaler Partner mittelständischer Unternehmen verliehen wir dem Wirtschaftsraum Augsburg auch im vergangenen Jahr positive Impulse“, kommentiert Horst Schönfeld, der stellvertretende Vorstandsvorsitzende. „Wir leben in einer Region mit starker Wirtschafts- und Innovationskraft.“

Der Kreditbestand an Privatpersonen belief sich auf 1,1 Milliarden Euro und verzeichnete damit ein leichtes Wachstum um 7,6 Millionen Euro bzw. 0,7 Prozent.

Immobiliengeschäft

Das Immobiliencenter vermittelte im vergangenen Jahr 197 Objekte im Wert von 43 Millionen Euro. Im Vorjahr waren es 186 Objekte im Wert von 44,16 Millionen Euro gewesen. Das schließt den Wohnpark Hessenbach mit ein – ein Projekt, bei dem die Kreissparkasse gemeinsam mit einem Partner als Bauträger auftritt. Im Laufe des Jahres wurden alle 40 Stadthäuser und 109 Wohnungen verkauft.

Investitionen in Kunden und Markt

Im Herbst 2012 eröffnete die Kreissparkasse ein neues Kundenzentrum in Schwabmünchen. Als einer der Ankerinvestoren in der „Neuen Mitte“ brachte sie sich damit in die Stadtentwicklung ein und setzte einen Akzent in der Innenstadt. Dafür investierte sie rund 4,7 Millionen Euro – Geld, das vor allem an Unternehmen aus der Region floss. □

Intelligente Lösungen für bayerische Kommunalkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen und kommunalen Unternehmen ein lückenloses Leistungsspektrum an. Dazu gehört insbesondere die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten. Außerdem begleiten wir Sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder der Analyse und Optimierung von Kreditportfolien. Unsere Förderbank, die BayernLabo, ergänzt diese Leistungen durch ihr Angebot zinsgünstiger Kommunalkredite und spezieller kommunaler Förderprogramme. Sie möchten uns und unser Angebot persönlich kennenlernen? Dann wenden Sie sich für weitere Informationen an ▶ Telefon +49 89 2171-22013

Finanzgruppe

Bayern LB



Von links: Josef Holzmann, Thomas Neher, Andrea Bastian, Dr. Jürgen Pfister, Dr. Franz Dimberger, Bürgermeisterin Hildegard Wanner, Wolfgang Schmidt, Landrat Leo Schrell, Thomas Schwarzbauer und Anne-Marie von Hassel.

Kommunalforum der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen:

Regionale Potenziale fördern

Vorstandsvorsitzender Schwarzbauer plädiert für vermehrte Zusammenarbeit mit Kommunalpolitikern

Die komplexen Aufgabenstellungen in der kommunalen Wirtschafts- und Finanzpolitik erfordern eine Zusammenarbeit mit kompetenten Fachleuten, so das Fazit des Vorstandsvorsitzenden der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen, Thomas Schwarzbauer während des Kommunalforums seines Instituts. Die zahlreich erschienenen Bürgermeister wurden im Rittersaal des Schlosses Höchstädt von Bürgermeisterin Hildegard Wanner willkommen geheißen. In ihrer Begrüßungsrede konnte die Gastgeberin auch in ihrer Funktion als Kreis- und Bezirksvorsitzende des Bayerischen Gemeindetags die Positionen ihrer Kollegen klar formulieren.

Für Schwarzbauer ging es darum, gemeinsam mit den kommunalen Entscheidern die ökonomische Situation in der eigenen Region zu fokussieren und dabei globale wirtschafts- und finanzpolitische Zusammenhänge in diese Überlegungen einzubeziehen. „Es geht immer auch ums Geld“, sagte der Banker, der die Sparkassen als Teil des öffentlichen Lebens versteht. Es sei deren Aufgabe, die Kommunen zu unterstützen, wo immer es geht. Deshalb sei dieses Kommunalforum auch keine einmalige Aktion. Vielmehr gehe es darum, künftig vermehrt mit den Kommunalpolitikern zusammen zu arbeiten, um die wirtschaftlichen Potenziale der eigenen Region nach besten Kräften zu fördern.

Unverzichtbarer Partner

„Wenn es den Firmen gut geht, geht es auch den Kommunen gut“, machte Schwarzbauer deutlich. Sein Haus habe sich als deren unverzichtbarer Partner bewährt. Mit einem großzügigen Filialnetz seien die Finanzdienstleistungen für die Bürger sichergestellt. Zudem unterstütze die Sparkasse die Vereine nach besten Kräften und auch ihre Sozialbilanz sei beispielhaft.

Wie gut es um die Wirtschaftskraft im Landkreis bestellt ist, verdeutlichten Bürgermeisterin Wan-

ner und Landrat Leo Schrell in ihren Vorträgen. Die Arbeitslosenstatistik weist zum 1. 10. 2012 für den Raum Dillingen gemeinsam mit dem Nachbarlandkreis Donau-Ries die allerbesten Werte für ganz Deutschland aus. Ähnlich sehe es bei der Ausbildungsplatz-Situation aus. Ende 2012 konnte man die höchste Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ausweisen, die es je gab. Weil die Firmen aber stark exportorientiert seien, geht der Landrat davon aus, dass im kommenden Jahr „etwas kleinere Brötchen gebacken“ werden müssten.

Optimistischer Blick

Gleichwohl bleibt sein Blick in die Zukunft sehr optimistisch. Schließlich investierten Städte und Gemeinden großzügig in die Bildung, was Gewähr dafür biete, dass „die Leute da bleiben“. Immerhin schafft die Region im Bildungs-Ranking der Bertelsmann-Stiftung von 82 Landkreisen einen hervorragenden siebten Platz; bei den Berufsschulen gar Platz eins.

Auch die Erschließung regenerativer Energiequellen habe sich pekuniär im Landkreis schon recht günstig ausgewirkt. Ohne Wasserkraft seien in den Landkreis in den Jahren 2011 und 2012 75,4 Mio. Euro an Einspeisevergütungen ge-

flossen. Hochgerechnet auf 20 Jahre ergibt das summa summarum 1,4 Mrd. Euro, so Landrat Schrell, der an die Gestaltung der Energiezukunft Bayern noch eine Reihe konkreter Forderungen knüpfte.

Über „Perspektiven für Wirtschaft und Finanzmärkte“ referierte BayernLB-Chefvolkswirt Dr. Jürgen Pfister. 2012 sei insgesamt „noch einmal ein gutes Jahr für Deutschland“ gewesen. Nach dem kräftigen Wachstum in 2010 und 2011 (4,2 bzw. 3,0 %) konnte 2012 noch ein geringer Anstieg des BIP (0,7 %) erzielt werden. Der Export konnte um 4,5 % gesteigert werden. Am Arbeitsmarkt würde die nachlassende Dynamik spürbar. Die Zahl der Arbeitslosen war zum Jahresende 2012 um 60.000 höher als ein Jahr davor. Der staatliche Gesamthaushalt wies einen geringen Überschuss auf. Die Verbraucherpreise stiegen mit 2,0 % verhalten.

Euro-Raum

In der Weltwirtschaft herrsche ein günstiges Umfeld für deutsche Produkte. Im Euro-Raum gebe es erhebliche Wachstumsunterschiede. Während Deutschland hinter Finnland und Österreich ganz vorne mit dabei ist und Frankreich gerade noch ein Plus erwirtschaftet, weisen die Niederlande, Italien, Spanien, Portugal und natürlich Griechenland (- 4%) ein Minus-Wachstum auf. Eine Gefahr für den Zusammenhalt in der Euro-Zone stellen auch die unterschiedlich hohen Arbeitslosenquoten dar. Auch hier gehört Deutschland mit 5,6 % zu den ganz Guten, während Griechenland (24 %) und

Spanien (26,6 %) das traurige Schlusslicht bilden. Hinzu komme, dass die Haushaltskonsolidierung das Wachstum bremse.

Der Konsum in Deutschland, so Pfister, bleibe robust; auch die Exportlokomotive sei weiter „unter Dampf“. Trotzdem gebe es deutliche Anzeichen, dass die Unternehmen mit ihren Investitionsplanungen sehr zurückhaltend seien. „Wir werden die Wirtschaft aber nur auf Trab bringen durch entsprechende Investitionen der Unternehmen“, prophezeite Pfister, der die schwache Sachkapitalbildung als gravierendstes Hemmnis wertet. Hinzu komme, dass der Ersparnisüberschuss ins Ausland abfließe und die Erholung am Arbeitsmarkt an Schwung verliere.

Stabilisierungseffekte

In den Krisenländern mache die Konsolidierung ebenso gute Fortschritte wie die Wettbewerbsfähigkeit. Die Tatsache, dass in Griechenland das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit gemessen am Bruttoinlandsprodukt von 15,6 % im Jahr 2009 auf 5,6 % in 2013 gesunken sei, gehöre ins Guinnessbuch der Rekorde. So erwartete der Referent, dass im Euro-Raum ebenso wie in Deutschland die Talsohle bald erreicht sei. In der Staatsschuldenkrise sieht er deutliche Stabilisierungseffekte, wenn gleich noch große Risiken lauern. Bei den öffentlichen Finanzen gebe es „Konsolidierungserfolge mit Schwachstellen“. Für die Verbraucherpreise bestehe auf absehbare Zeit keine Gefahr und für die Zinsen prognostizierte Pfister lediglich einen verhaltenen Anstieg.

Ausgaben für soziale Leistungen

Die aktuellen kommunalpolitischen Themen standen bei Dr. Franz Dimberger auf der Agenda. Auch der Direktor aus der Geschäftsstelle des Bayerischen Gemeindetags ging vor dem Fachpublikum auf die Finanzpolitik ein und zeigte den drastischen Anstieg der kommunalen Ausgaben für so-

ziale Leistungen auf. Da die Steuereinnahmen der Gemeinden nicht in gleicher Weise zunahmen, ergibt sich notgedrungen ein milliardenschwerer Finanzierungssaldo. So bleiben für kommunale Investitionen deutlich weniger Finanzmittel übrig.

Staatliche Leistungen

Der Referent hob den Anstieg aller staatlichen Leistungen im kommunalen Finanzausgleich hervor. Von 2012 auf 2013 stiegen die Mittel für die Kommunen von 12,5 auf 12,75 %; die FA-Leistungen insgesamt von 7.257 auf 7.825 Mio. Euro, die reinen Landesleistungen von 6.786 auf 7.325 Mio. Euro, die Schlüsselzuweisungen von 2.687 auf 2.896 Mio. Euro, der Sozialhilfeausgleich Bezirke von 623 auf 643 Mio. Euro, Art. 10 FAG Schulhausbau von 345 auf 375 Mio. Euro, die Investitionspauschale von 255 auf 315 Mio. Euro, die Straßenbau-Zuschüsse von 244 auf 276 Mio. Euro, die Mittel für den Krankenhausbau wurden von 430 auf 500 Mio. Euro angehoben; die Bedarfszuweisungen stiegen von 25 auf 100 Mio. Euro und die Mittel für Abwasserbeseitigung sanken von 101 auf 81 Mio. Euro.

Energiewende

Ausgiebig widmete sich Dr. Dimberger auch dem Thema Energiewende. Um das Ziel des Freistaats, 50 % des erforderlichen Stroms aus heimischer erneuerbarer Energie zu erzeugen, müssten 1.000 neue Biogasanlagen entstehen, 15.000 Hektar zusätzliche Fläche für Photovoltaik bereitgestellt und 1.500 weitere Windkraftanlagen errichtet werden. Deshalb seien es vor allem die Kommunen des ländlichen Raums, die dafür zuständig seien. Die Kommunen als Träger der Planungshoheit seien die Akzeptanzschaffer und Kümmerer der Energiewende.

In einer grundsätzlichen Betrachtung zum neuen Landesentwicklungsprogramm formulierte Dimberger die Bedenken seines Verbands. Negativ wird in der

Münchner Dreschstraße bewertet, dass keine systematische Neuausrichtung der Landesentwicklung sichtbar wird, dass Jahrzehnte alte Begrifflichkeiten beibehalten werden (z. B. Zentrale-Orte-System, Raumkategorien), dass in Kernbereichen weiter strenge Ziele gelten (z. B. Anbindegebot, Einzelhandel), dass das neue LEP „keine echte Vision für Bayern“ darstelle und die Energiewende nicht abgearbeitet werde.

Positiv äußerte sich der Referent zur Reduktion der Ziele um drei Viertel und die Reduktion der Grundsätze um zwei Drittel. Auch die Beibehaltung des Prinzips der Gleichwertigkeit der Lebens- und Arbeitsverhältnisse und des Vorkaufprinzips stößt bei Bayerns Gemeinden auf Zustimmung. Als „irreal niedrig“ betrachteten die anwesenden Bürgermeister hingegen die Maßgrößen für die Verkaufsflächenberechnung.

Landesentwicklung

In Beispielrechnungen ging Dr. Dimberger auf die Situation im Landkreis Dillingen ein. Ein Sportartelfachmarkt in der Kreisstadt oder in Lauingen dürfte danach maximal 747,63 qm Verkaufsfläche haben, ein Elektromarkt in Höchststadt lediglich 307,12 qm und ein Textilfachmarkt in Buttenwies gerade einmal 662,24 qm.

Zum Schluss der Veranstaltung ging Wolfgang Schmidt auf die Finanzierung kommunaler Investitionen mit der BayernLabo ein. Der Leiter der Abteilung Kommunalkredit bei der BayernLabo erläuterte die Förderprodukte „Energiekredit Kommunal Bayern“ (energetische Gebäudesanierung), „Investkredit Kommunal“ (Infrastruktur) und „Inklusionskredit Kommunal Bayern“ (Barriereabbau in kommunalen Gebäuden und im öffentlichen Raum) sowie die Kapitalmarktprodukte „Festkredite bis 30 Jahre“, „Forward-Darlehen“ und „variable Kredite auf Euribor-Basis“. Details gibt es für kommunale Kunden im Internet unter www.bayernlabo.de

Europäische Metropolregion Nürnberg:

BayernLB unterstützt erste Festivalbroschüre

Heft informiert über zahlreiche Kulturevents in Franken und der Oberpfalz

Nürnberg – Das Forum Kultur der Europäischen Metropolregion Nürnberg (EMN) hat in Nürnberg gemeinsam mit Vertretern der BayernLB die erstmals aufgelegte „Festivalbroschüre der Europäischen Metropolregion Nürnberg“ vorgestellt. Das Heft bietet an Kulturinteressierten Bürgerinnen und Bürgern auf 60 Seiten einen Überblick über die bedeutendsten Veranstaltungen rund um Musik, Theater, Literatur oder Film, die in den Städten und Landkreisen der EMN regelmäßig stattfinden. Als seit Jahrzehnten in Nordbayern vertretene Bank sowie als Mitglied des Fördervereins „Wirtschaft für die Europäische Metropolregion Nürnberg e. V.“ unterstützt die BayernLB die Herausgabe der kostenlos erhältlichen Broschüre.

„Die Metropolregion Nürnberg kann sich gemessen an der großen Zahl an Veranstaltungen und der thematischen Vielfalt jedem internationalen Vergleich stellen“, sagte Dr. Dieter Rossmessl, Geschäftsführer des Forums Kultur der Metropolregion Nürnberg und Kulturreferent der Stadt Erlangen bei der Präsentation der Broschüre in der BayernLB-Niederlassung in Nürnberg. „Mit der Festivalbroschüre geben wir erstmals einen Überblick über das spannende kulturelle Leben in weiten Teilen Frankens und der Oberpfalz. Festivals sind ein Magnet für Menschen und damit nicht nur ein anregendes und unterhaltsames Ereignis, sondern auch ein bedeutender Standortfaktor.“

Steckbriefe

Die Festivalbroschüre liegt in den Städten und Touristenbüros der Metropolregion sowie bei den Festivalveranstaltern aus. Außerdem lässt sich das Heft im Inter-

net unter der Adresse www.metropolregion-nuernberg.de als PDF-Datei herunterladen. Es enthält Steckbriefe von mehr als 30 Veranstaltungen in der Metropolregion, zu der 22 Landkreise und elf kreisfreie Städte in Franken und der Oberpfalz zählen. Unter den aufgezählten Events finden sich zum Beispiel das Internationale Klezmer Festival in Fürth, „Rock im Park“ in Nürnberg, das Sambafestival in Coburg oder die Internationalen Hofer Filmtage. Zusätzlich sind Namen und Links von 40 weiteren Festivals aufgeführt. Aus Platzgründen sind in der Broschüre nur mehrtägige, international ausgerichtete Veranstaltungen berücksichtigt. Die Auswahl hatte eine Fachjury getroffen.

Spannender Lebensraum

„Die Metropolregion Nürnberg ist nicht nur ein vielseitiger Wirtschaftsstandort, sondern auch ein spannender Lebensraum mit einem sehr hochwertigen kulturel-

lem Angebot“, sagte Martin Meesmann, der das Unternehmenskundengeschäft der BayernLB in der Niederlassung Nürnberg leitet. „Wir wollen mit unserer Unterstützung für die Festivalbroschüre zeigen, wie attraktiv diese Region ist. Wir sind in Franken und der Oberpfalz fest verwurzelt - auch im Verbund mit den Sparkassen in der Region. Mit unserem Handeln wollen wir hier Wohlstand und Wachstum verantwortungsbewusst fördern.“

Wichtiger Markt

Die Metropolregion ist traditionell ein wichtiger Markt für die BayernLB. Schon die Bayerische Gemeindebank als eines der Vorgängerinstitute war in Nürnberg vertreten. Heute betreut die BayernLB von dort aus rund ein Drittel ihrer mittelständischen Unternehmenskunden. In der Niederlassung angesiedelt ist außerdem das Kompetenzzentrum für internationales Geschäft, das Unternehmen in ganz Deutschland mit Dienstleistungen für Im- und Exportgeschäfte versorgt. Darüber hinaus ist der Sorten- und Edelmetallhandel der BayernLB in Nürnberg vertreten, der insbesondere die Sparkassen mit Fremdwährungen, Reiseschecks sowie Münzen und Barren aus Gold und Silber versorgt. Die BayernLB beschäftigt in Nürnberg derzeit rund 125 Mitarbeiter.

Deka Kommunal Consult GmbH. Kommunen – fit für die Zukunft!

Praxisnahe Kommunalberatung – Ein Mehrwert für Kommunen und Sparkassen.

- Investitionen wirtschaftlich realisieren.
- Immobilien effizient managen.
- Haushalts- und Finanzwirtschaft modernisieren.
- Den „Konzern Kommune“ für den Wettbewerb stärken.
- Krankenhäuser strategisch entwickeln.
- Verwaltung bedarfsgerecht organisieren.

Sprechen Sie uns an:

DKC Deka Kommunal Consult GmbH
Hans-Böckler-Straße 33, 40476 Düsseldorf
Telefon: (0211) 88288 – 811, Telefax: (0211) 88288 – 781
E-Mail: dkc@deka.de, Internet: www.dekakk.de

DKC

Finanzgruppe



Bilanzpressekonferenz der Bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken:

„Die Niedrigzins-Politik wird zum Problem“

Verstärkte Kreditnachfrage - Gegen nachträgliche Kürzung der EEG-Vergütungen

Obwohl sie das Geschäftsjahr 2012 „ordentlich abgeschlossen haben“ und mit dem erzielten Ergebnissen „zufrieden“ sind, hadern die 292 bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken mit der expansiven Geldpolitik der Notenbanken und der dadurch bedingten Niedrigzins-Politik. „Eine Verschlechterung der Geschäftslage – ausgehend vom gegenwärtig hohen Niveau – erscheint wahrscheinlich, denn das anhaltende Niedrigzinsumfeld wird sich auf den Ertrag der Genossenschaftsbanken auswirken“, stellte Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVB), in der Bilanzpressekonferenz fest.

Die kontinuierlich sinkende Zinsspanne drückt auf das Geschäft, sodass im Kreditgeschäft immer geringere Zinserträge erwirtschaftet würden. Durch eine Senkung der Passivzinsen könne dem wegen des intensiven Wettbewerbs um Spargelder aber nicht gegengesteuert werden. Der niedrige Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) werde zu einer Herausforderung für den Bankbetrieb.

Dementsprechend schließt sich „der sehr guten Beurteilung der aktuellen Lage eine vorsichtige Einschätzung der zukünftigen Entwicklung“ durch die Genossenschaftsbanken an. Nach der halb-jährigen Konjunkturumfrage des Verbandes unter seinen Mitgliedsbanken bewertet zwar die Hälfte der Befragten die aktuelle Geschäftslage als gut und nur 1 Prozent als schlecht, „was im historischen Vergleich ein sehr positives Ergebnis ist“, doch rechnen 41 Prozent für die nächsten sechs Monate mit einer ungünstigeren Geschäftslage.

57 Prozent der Mitgliedsbanken gehen fürs kommende Halbjahr immerhin von einer gleichbleibenden Geschäftslage aus. Im wichtigen Geschäft mit den mittelständischen Unternehmen sehen nur 8 Prozent der Banken im nächsten Halbjahr eine weiter ansteigende Kreditnachfrage. Im Privatkundenbereich sind es sogar nur 3 Prozent. Die überwiegende Mehrheit der Banken erwartet in beiden Bereichen eine konstante Nachfrage nach Krediten.

Im Berichtsjahr haben sich Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken jedenfalls in einer guten Verfassung

befunden, wie die Zahlen ausweisen. So stieg die addierte Bilanzsumme der Institute gegenüber 2011 um 3,5 Prozent auf 132,9 Milliarden Euro. Die Einlagen, auch Kundengelder genannt, legten ebenfalls um 3,5 Prozent auf 103,4 Milliarden Euro zu. Nimmt man das Verbundgeschäft, zum Beispiel die Depots bei der Union Investment, hinzu, erreichte das betreute Kundenanlagevolumen knapp 160 Milliarden Euro (+ 4,4 Prozent).

Mehr Ausleihungen

Die Ausleihungen dagegen zeichneten ein Plus von 5,6 Prozent auf 75,6 Milliarden Euro. Immer wichtiger im Kreditgeschäft wird der Energiesektor. Die Darlehen zur Förderung regenerativer Energien nahmen um 6,1 Prozent auf 7,2 Milliarden Euro zu. In diesem Zusammenhang sprach sich Götzl gegen eine nachträgliche Kürzung der garantierten Vergütungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) für bestehende Anlagen aus. Der Plan entspringe der Kostenhysterie, die in der Energiepolitik gerade um sich greife. Das Vertrauen der Bürger und Unternehmen in gesetzlich gegebene Zusagen dürfe nicht missbraucht werden. Außerdem strapaziere eine rückwirkende EEG-Kürzung funktionierende Finanzierungskonzepte und Wirtschaftlichkeitsberechnungen, was letztlich Kreditausfälle provozieren könne. Eine Deckelung der EEG-Vergütungen, so Götzl, dürfe allenfalls bei zukünftigen Projekten in Betracht kommen. Neben dem Energiesektor ver-

zeichnete das Kreditgeschäft mit Firmenkunden starke Zuwächse. Das Volumen erhöhte sich um 6,3 Prozent auf 35,5 Milliarden Euro, dies mit Schwerpunkt im Immobiliengeschäft. Auch die Kreditvergabe an Privatkunden, die um 4,5 Prozent auf 37,7 Milliarden Euro zulegte, profitierte vor allem von der privaten Immobilienfinanzierung. Bei den Krediten für den Wohnungsbau an Firmen- und Privatkunden gab es Plus von 6,5 Prozent auf 37,9 Milliarden Euro und damit das stärkste Wachstum seit mehr als zehn Jahren, wobei sowohl ländliche Gebiete als auch Ballungsräume tangiert waren.

Seit 2008 konnten 5,5 Prozent mehr mittelständische Unternehmen als Kunden gewonnen werden, sodass in Bayern der Marktanteil in diesem Kundenbereich nun 19,5 Prozent beträgt. Dies korrespondiert auch damit, dass die Zahl der Mitglieder in Bayern im Berichtsjahr um 2,5 Prozent oder 62.000 auf nunmehr 2,51 Millionen zugenommen hat, die in mehr als 3.000 Geschäftsstellen betreut werden.

Die Zinsspanne verringerte sich um 0,04 Prozentpunkte auf 2,41 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) bzw. 3,14 Milliarden Euro, und auch die Provisionsspanne war um 0,01 Prozentpunkte auf 0,64 Prozent bzw. 835 Millionen Euro rückläufig. „weil sich die Kunden nach wie vor mit Wertpapieranlagen zurückhalten“. Dennoch nahm das bereinigte Ergebnis vor Steuern um 0,35 Milliarden auf 1,59 Milliarden Euro bzw. 0,23 Prozentpunkte auf 1,22 Prozent der DBS zu.

Konstantes Ergebnis vor Bewertung

Das Ergebnis vor Bewertung blieb mit 1,15 (1,17) Prozent bzw. 1,5 Milliarden Euro konstant. Dieses erstaunliche Ergebnis hat zwei Ursachen. Zum einen konnten „dank vernünftiger Tarifabschlüsse sowie technischer und organisatorischer Prozessoptimierungen“ die Betriebskosten auf 1,92 (Vorjahr: 1,95) Prozent der DBS gedrückt werden, sodass die Aufwand-Ertrag-Relation (CIR) mit 62,5 Prozent konstant und „ganz ordentlich“ blieb. Zum anderen entstanden aus der gesamten Risikovorsorge per saldo keine Belastungen, denn im Kreditbereich gab es bei einem Bewertungsergebnis von -0,02 Prozent mit 26

den sich weiter für eine erfolgreiche Zukunft der Genossenschaften engagieren. Dr. Eckhard Ott, Vorstandsvorsitzender des DGRV betonte: „Uns Genossenschaftsverbände bestärkt das Ehrenjahr darin, weiter für die Interessen der Genossenschaften einzutreten. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Gründung von Genossenschaften.“

In den vergangenen Jahren wurde ein deutlicher Anstieg der Gründungszahlen verzeichnet, der insbesondere von dem Bereich der Erneuerbaren Energien getragen wurde. Mittlerweile gibt es über 650 Genossenschaften in diesem Bereich. „Doch es gibt noch viele weitere Betätigungsfelder für neue Genossenschaften: die Gesundheitsversorgung, kommunale Aufgaben wie z. B. Schwimmbäder oder die Nahversorgung in ländlichen Regionen sowie neue Wohnformen sind nur einige Beispiele, bei denen vor Ort gemeinsam mehr erreicht werden kann. Genossenschaften bieten viele Möglichkeiten, der Strukturverarmung in ländlichen Regionen entgegenzuwirken“, stellte Ott abschließend fest. □

Millionen Euro nur sehr geringe Abschreibungen, die aber im Wertpapierbereich „mehr als ausgeglichen wurden“.

Das dank der Sondereffekte erfreuliche Ergebnis hat die „ohnehin robuste Eigenkapitalausstattung“ nochmals verbessert. Die Kernkapitalquote beträgt knapp 11 Prozent, die gesamte Eigenmittelquote mehr als 17 Prozent. Götzl: „Somit sind Bayerns Genossenschaftsbanken auf das Inkrafttreten der Vorschriften von Basel III gut vorbereitet“, auch wenn tendenziell mit einer weiter schrumpfenden Zinsspanne zu rechnen sei. Dieser Negativtrend hält schon seit 1995 an.

Götzl nahm traditionell die Bilanzpressekonferenz zum Anlass, auf Gegebenheiten hinzuweisen, die er als Missstände versteht. So führe die Regulierungswelle, bei der viel zu wenig nach Risiko des Geschäftsmodells und Größe der Institute differenziert werde, zu einer Flurbereinigung und zu überdimensionierten und risikoversessenen Geldhäusern, was vor allem die Kreditgenossenschaften belastete. Regionalbanken wie die bayerischen Genossenschaftsbanken dagegen erfüllten die ursprüngliche und natürliche Funktion eines Kreditinstituts in der Volkswirtschaft, nämlich den Menschen beim Erreichen ihrer Ziele und der Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu helfen.

„Too big to fail“

Es müsse auch Schluss sein mit der Privilegierung einzelner Marktteilnehmer durch staatliche Stützung oder Staatgarantien nach dem Motto „Too big to fail“. Sie hätten Refinanzierungsvorteile und könnten Mondkonditionen bieten. Auch müsse auf dem Finanzmarkt die Sicherheit der Einlagen wieder zu einem Abgrenzungsmerkmal im Wettbewerb werden, forderte Götzl

MünchenerHyp legt Certificats-de-dépôt-Programm auf

Die Münchener Hypothekenbank eG hat von der französischen Zentralbank Banque de France die Zulassung erhalten, certificats de dépôt (CD) zu emittieren. Im Rahmen ihres CD-Programms wird die MünchenerHyp ungedeckte Schuldverschreibungen mit Laufzeiten bis zu einem Jahr begeben. Das Volumen des Programms beträgt 2 Mrd. Euro. „Mit diesem Schritt erweitern wir unser Produktangebot für Investoren und stärken die Präsenz der MünchenerHyp an den internationalen Kapitalmärkten“, so Dr. Louis Hagen, Sprecher des Vorstands der Münchener Hypothekenbank.

Arrangeur des CD-Programms ist BNP Paribas. Platzierungen werden ebenfalls von BNP Paribas, sowie Société Générale, Crédit Agricole und der MünchenerHyp selbst vorgenommen. Certificats de dépôt sind Geldmarktpapiere, die von der Banque de France reguliert werden und an den Kapitalmärkten einen sehr guten Ruf genießen. Sie sind auf den Sekundärmärkten handelbar. Die MünchenerHyp wird zu den wenigen deutschen Banken gehören, die bislang certificats de dépôt anbieten. □

mit Blick auf die seit 80 Jahren bewährten genossenschaftlichen Sicherungssysteme. Als ersten Schritt müsse die EU Mindestanforderungen für nationale Einlagensicherungssysteme erlassen und deren Funktionsfähigkeit gewährleisten. In diesem Zusammenhang warnte der Götzl die Anleger vor Schnäppchenjagd und Zinshopping.

Bundesbank im Visier

Besonders ins Gericht ging der Präsident mit der Bundesbank. Obwohl die Bargeldversorgung deren Kerngeschäftsfeld sei, verlagere sie sukzessive ihre Verantwortung und ihre Kosten auf die Kreditwirtschaft. So senke sie ihre Aufwendungen durch Filialschließungen und händele die entgeltfreie Aus- und Rückgabe von Münzgeld nur noch in großen Kontingenten. Die genossenschaftliche Finanzgruppe habe deshalb insgesamt 40 eigene Münzdepots einrichten müssen, um die Versorgung der Mitgliedsban-

ken mit den gewünschten Stückelungen sicherzustellen.

Zum Schluss plädierte Götzl für mehr Wertschätzung der Bankdienstleistungen. Eine faire und kostendeckende Bepreisung der Dienstleistungen, z.B. des Unterhalts der über 4000 Bankautomaten im Freistaat, sei unverzichtbar. Der GDV-Präsident verteidigte auch die herkömmliche Anlageberatung. Eine Honorarberatung sei für die Mehrheit der Kleinanleger in Deutschland wegen der geringen Anlagevolumina nicht sinnvoll. In Deutschland verfügten schließlich 10 Prozent der Bevölkerung über die Hälfte des gesamten Vermögens, aber 50 Prozent der Bevölkerung nur über insgesamt 1 Prozent. Bei den Volks- und Raiffeisenbanken umfasst der durchschnittliche Wertpapierbestand eines Kundendepots gerade einmal 34 400 Euro, und der durchschnittlich vermittelte Wertpapierumsatz je Depot lediglich 4930 Euro. dhg.

Erfolgreiches Internationales Jahr der Genossenschaften

Die genossenschaftlichen Spitzenverbände DGRV – Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. und GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. feierten ihren gemeinsamen Jahresempfang in Berlin. Mit über 300 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft warfen die Verbände einen Blick zurück auf das Internationale Jahr der Genossenschaften 2012. Dieses war von den Vereinten Nationen ausgerufen worden, um auf die weltweite Bedeutung von Genossenschaften für die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung aufmerksam zu machen.

Gastrednerin des Abends war die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner. „Die Genossenschaften sind unverzichtbare Stützpfeiler für die Landwirtschaft, die mittelständische Wirtschaft und vitale ländliche Räume. Nicht ohne Grund stand im Internationalen Jahr der Genossenschaften vor allem eines im Vordergrund: Der Beitrag genossenschaftlicher Betriebe zu einer dynamischen Volkswirtschaft und einem gesunden Gemeinwesen. Genossenschaften bieten Landwirten, Bankkunden oder Wohnungssuchenden Sicherheit und Verlässlichkeit. Und sie bieten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, Zukunftsthemen aktiv mitzugestalten – etwa bei der Energiewende.“

Die Genossenschaftsverbände blicken auf ein erfolgreiches genossenschaftliches Ehrenjahr zurück. „Vor allem hat uns gefreut, wie Genossenschaften in den Regionen gezeigt haben, dass sie ein Gewinn für alle sind. Es gab bunte Stadtfeste, kreative Wettbewerbe, gemein-

schaftliche Wander- oder Fahrradtouren durch die Regionen, festliche Bälle und vieles mehr. Erstmals haben sich dabei die Genossenschaften einer Region – auch über verschiedene Branchen hinweg – mit gemeinsamen Veranstaltungen präsentiert“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des GdW. „Und auch das Medienecho war entsprechend positiv. Es wurde viel über das sonst eher unauffällige, aber in hohem Maße positive genossenschaftliche Wirken berichtet. Es gab zum Beispiel Sende-reihen zu Genossenschaften in verschiedenen Radiosendern sowie Artikel und Sonderbeilagen in großen deutschen Tageszeitungen“, so Gedaschko weiter.

Dekade der Genossenschaften

Um die Aufmerksamkeit für Genossenschaften auch über das Genossenschaftsjahr hinaus weiter zu stärken, haben die Vereinten Nationen eine „Dekade der Genossenschaften“ ausgerufen. Und auch die deutschen Verbände wer-



Mehr Spielraum beim Eigenheim.

www.muenchenerhyp.de

Münchener Hypothekenbank eG

Die Krone der Baufinanzierung

- ⊗ Zinssicherheit bis 30 Jahre und mehr
- ⊗ Flexible Tilgungen
- ⊗ Günstige Sondertilgungsoptionen

Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

EURO Krise: Der Bundeshaushalt 2013 und die Entwicklung seiner Risiken

Von Sebastian Niedermeier

Die Bayerische Gemeindezeitung hat erstmals am 09.06.2010 meine Untersuchungen zum Bundeshaushalt 2010 und seine Risiken veröffentlicht. In den darauf folgenden Jahren 2011 und 2012 wurden die entsprechenden Bundeshaushalte und deren Risiken bewertet und ebenfalls veröffentlicht. Nunmehr wird der Bundeshaushalt 2013 und seine Risiken unter die Lupe genommen. Der Bundeshaushalt 2014 wird heuer nicht mehr vorbereitet. Im September 2013 sind die Wahlen zum Deutschen Bundestag und es bleibt der neuen Bundesregierung vorbehalten, den Bundeshaushalt 2014 aufzustellen und in den neuen Bundestag einzubringen.

Wie haben sich die Risiken des Bundeshaushaltes weiter entwickelt, wie steht es um die globalen finanzpolitischen Veränderungen und welche Gefahren drohen für den Bundeshaushalt 2013 aus der Eurokrise? In diesem Aufsatz können nur die Eckdaten des Haushaltes behandelt werden. Es ist nicht die Absicht, die politischen Schwerpunkte zu analysieren oder sie zu kritisieren. Diese Eckdaten aber

Ländern keine einzige politische Kraft mehr, die die Probleme wirklich lösen könnte.

Wirtschaftswunderland Deutschland

In diesem prekären Umfeld befindet sich Deutschland mit hervorragenden Wirtschaftsdaten. Die Arbeitslosigkeit ist vergleichsweise gering, die Steuereinnahmen und der Beschäftigungsgrad sind sehr hoch. Deutschland erlebt inmitten der Eurokrise ein Wirtschaftswunder. Aber auch Deutschland ist mit 83 % des BIP (Bruttoinlandsprodukt) hochverschuldet. Der Sachverständigenrat „European Economic Advisory Group“ erwartet mit seiner jüngsten Prognose ein weltweites Wachstum des BIP um 3,3 %. Insbesondere die Schwellenländer tragen zu diesem Wachstum bei. Das Wirtschaftswachstum Chinas soll 2013 wieder bei 9 %, das von Indien bei 4,6 % liegen. Europa insgesamt betrachtet dagegen inschwächt und steckt in einer beachtlichen Wirtschaftswachstumskrise.

Der ifo-Konjunkturindex Februar 2013 zeigt deutlich nach oben und lässt für Deutschland 2013 ein gutes Jahr erwarten. Deutschland ist wirtschaftlich stabil - dank seiner Exportkraft und seiner starken, internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Aber wie fragil ist die Gesamtsituation tatsächlich.

Drei wesentliche Faktoren machen diese Krise aus:

1. Die Bankenkrise
2. Die Staatsschuldenkrise und
3. Die Wirtschaftskrise

Die jeweiligen Krisen stehen in einem engen Beziehungsgeflecht zueinander. Sie bedingen einander in hohem Maße. Aber handelt es sich wirklich nicht auch um eine Krise der politischen Systeme, nämlich der Demokratie in der Ausprägung des reinen Parteienparlamentarismus?

Die Rolle der Notenbanken – eine neue Staatsgewalt

Während die Notenbanken der einzelnen Länder (USA; Japan, Europa) jahrzehntelang in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurden, stehen sie längst im Zentrum des Geschehens. Sie sind nicht mehr nur die Wächter über eine stabile Währung und die Gewährleistung einer soliden Preisstabilität, sondern finanzieren die Staatsschulden durch viel gedrucktes Geld. Abermilliarden von Dollars, Yens und Euros werden den Staaten und deren maroden Banken zur Verfügung gestellt, ohne jeglichen Bezug zur realen Wirtschaft. Wie lange kann das gutgehen. Das ist die Frage, der man offiziell aus dem Weg geht, um Ängste zu vermeiden. Das ist eine Frage, die niemand genau beantworten kann, da man natürlich mit allen Mitteln versucht, die Katastrophe eines weltweiten Finanz- und Wirtschaftsgaus zu verhindern. Ob die dafür eingesetzten Mittel geeignet sind, ist mehr als zweifelhaft. Man spielt auf Zeitgewinn und das ist zu wenig.

Die amerikanische, die japanische und die Europäische Zentralbank finanzieren die jeweiligen Staaten mit enormen Summen von gedrucktem Geld. Die Zentralbanken haben sich zu einer eigenen Staatsgewalt im System der Demokratien entwickelt. In der breiten Bevölkerung haben sich Ängste verfestigt und mit ihnen verbinden sich erhebliche Unsicherheiten und nicht mehr kalkulierbare Verhaltensweisen und Risiken, die die Lage eher verschärfen. Das sind die Rahmenbedingungen des Bundeshaushaltes 2013 teils positiv und teils beängstigend zugleich.

Nun zum Bundeshaushalt 2013

1. Art. 115 GG: Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen des Bundes; die deutsche Haftung beträgt 719 Mrd.

1.1 Haftungssummen Deutschlands

Die Bürgschaften des Bundes sind im Verlauf des letzten Jahres erheblich gestiegen. Zunächst werden aber die Ausleihsummen der Euroländer dargestellt. Ausgezahlt wurden bisher 1,368 Billionen Euro,

zugesagt wurden 1,511 Billionen Euro und das Potential beträgt 2,094 Billionen Euro.

Die deutsche Haftungssumme beträgt derzeit ca. 719 Mrd. Euro:

- a) Die Haftung aus Target 2 beträgt derzeit ca. 365 Mrd. Euro (27 % Kapitalschlüssel EZB). Bei Zahlungsausfall von Krisenländern kann der Haftungsanteil auf 43 % steigen.
- b) Eine weitere Haftungssumme ergibt sich aus den EZB Staatsanleihenkäufen mit 56 Mrd. Euro (27 % Kapitalschlüssel EZB).
- c) 15,2 Mrd. Euro bilaterale Hilfen für Griechenland, vom EFSF hat Deutschland ohne die Krisenländer Griechenland, Irland, Spanien, Italien und Zypern 43 % zutragen, von den parallelen IWF Rettungspaketen muss Deutschland 6 % tragen; macht insgesamt 80 Mrd. Euro Haftung aus.
- d) Für Irland wird für 13 Mrd. Euro und für Portugal wird für 18 Mrd. Euro haftet. Weitere 11 Mrd. Euro werden für den EFSF abgedeckt, das sind immer 20% des Einnahmeanteils Deutschlands an den EU Einnahmen.
- e) Beim ESM besteht ein abrufbares Kapital von 168 Mrd. Euro für das Deutschland haftet, des Weiteren hat Deutschland eine ESM Kapitaleinlage von 22,0 Mrd. Euro aus dem Bundeshaushalt zu erbringen, die mit Krediten finanziert werden.

Beim EFSM, EFSF und ESM handelt es sich um Hilfsprogramme mit einem jeweils fixierten und kontrollierten Volumen. Die Targetsalden aber sind nicht limitiert und müssen erläutert werden.

Die Salden aus Target 2 sind in der Höhe nicht begrenzte Risiken für den Bundeshaushalt. Diese Verrechnungssalden drücken einen schwerwiegend gestörten Markt unter den Banken Europas und die Kapitalflucht aus Spanien und Italien nach Deutschland aus. Über die Targetsalden ist erheblich mehr Geld nach Spanien, Italien, Griechenland und Portugal geflossen als über die offiziellen Rettungspakete: Derzeit sind das: Spanien 366 Mrd. Euro, Italien 247 Mrd. Euro, Griechenland 107 Mrd. Euro, Irland 90 Mrd. Euro und Portugal 70 Mrd. Euro.

Das Targetzahlungssystem ist nichts anderes als eine unbegrenzte Krediterschöpfungsgarantie für die Krisenländer zu Lasten vor allem Deutschlands. Zwischenzeitlich hat das auch gravierende Auswirkungen auf die Außenhandelsüberschüsse Deutschlands, die weitgehend auf Basis der Targetsalden gebucht sind. Das bedeutet, dass die Krisenländer ihre Importe aus Frankreich nicht wirklich finanzieren, sondern mit fragwürdigen Sicherheiten auf Kreditbasis beziehen.

Deutschland sitzt, wie Prof. Hans Werner Sinn vom IFO Institut München zutreffend feststellt, in einer Targetfalle größten Ausmaßes, die die deutsche Bundesregierung und den Bundestag in hohem Maße erpressbar macht. Der Zusammenbruch des Eurosystems, aber auch der Austritt einzelner Eurostaaten aus diesem Währungssystem hätte für Deutschland andererseits ebenfalls schwerwiegende Folgen, da mit Sicherheit diese Salden dann nicht mehr ausgeglichen werden würden.

(Der Austritt oder Ausschluss eines oder mehrerer Länder aus der Eurozone hätte für Deutschland aufgrund der Mehrfachhaftung massive Nachteile, deren Folgen nicht überschaubar sind. Oberstes Ziel muss unter diesen Bedingungen die Stabilisierung der Eurozone sein).

1.2 Wichtige Haftungsanteile Deutschlands

a) Deutsche Bundesbank

Der Bund haftet zu 100 % für Verluste der Deutschen Bundesbank. In der Vergangenheit hat die Bundesbank jährlich erhebliche Finanzmittel an den Bundeshaushalt überwiesen, diese sind angesichts der Eurokrise erheblich geschrumpft.

b) Europäische Zentralbank

Der Bund haftet für Verluste der Europäischen Zentralbank mit 27 % des Kapitalanteils an der EZB. Das Haftungsvolumen ist aufgrund des unbegrenzten Aufkaufs von maroden Staatsanleihen gewaltig und vom Bund nicht kontrollierbar.

c) Europäische Union

Für Verluste der Europäischen Union haftet der Bund mit 20 % entsprechend dem Anteil der zu tragenden jährlichen Einnahmen zum Haushalt der EU.

d) Internationaler Währungsfond IWF

Das Haftungsvolumen beträgt 6 %. Dies betrifft die wesentlichen internationalen Finanztransaktionen des IWF.

2. Der Bundeshaushalt 2013 im Vergleich zum Bundeshaushalt 2012

Einnahmen:

306,2 Mrd. Euro in 2012 / 302,0 Mrd. Euro in 2013

Ausgaben:

306,2 Mrd. Euro in 2012 / 302,0 Mrd. Euro in 2013

Reduzierung der Einnahmen und Ausgaben

von 2012 auf 2013 um 1,3 %

Schulden: ca. 1,2 Billionen Euro

Nettoneuverschuldung: 17,1 Mrd. Euro

Investitionen: 26,86 Mrd. Euro

Steuereinnahmen: 260,6 Mrd. Euro

3. Einzelpläne des Bundeshaushaltes

Der Bundeshaushalt besteht aus 24 Einzelplänen. Jedes Bundesministerium wird in einem Einzelplan dargestellt. Aber auch der Bundestag, der Bundesrat, das Bundesverfassungsgericht, das Bundespräsidialamt und der Bundesrechnungshof werden in Einzelplänen bewirtschaftet, das gilt auch für die Bundes-schulden und die allgemeine Finanzverwaltung.

3.1 Die größten 3 Einzelpläne in Einnahmen 2012 zu 2013

Einzelplan 60: Allgemeine Finanzverwaltung :

263 Mrd. Euro 2012/ 273 Mrd. Euro 2013

Einzelplan 32: Bundesschuld

38,2 Mrd. Euro 2012/ 18,3 Mrd. Euro 2013

Einzelplan 11: Arbeits- und Sozialministerium

6,3 Mrd. Euro 2012/ 5,73 Mrd. Euro 2013

3.2 Die größten 3 Einzelpläne in Ausgaben 2012 zu 2013

Einzelplan 11: Soziales und Arbeit

126,4 Mrd. Euro 2012/ 119,23 Mrd. Euro 2013

Einzelplan 14 Ministerium für Verteidigung

31,8 Mrd. Euro 2012/ 33,26 Mrd. Euro 2013

Einzelplan 32: Bundesschuld

38,2 Mrd. Euro 2012/ 32,98 Mrd. Euro 2013

4. Ausgabenstruktur des Bundeshaushaltes 2012 zu 2013

Sozialausgaben

50,6 % 2012/ 48,1 % 2013

Zinsen:

12,6 % 2012/ 10,3 % 2013

Personalausgaben

12,6 % 2012/ 10,5 % 2013

Schuldenstandsquote Maastricht

83,3 % BIP/ 2012/ 83,0 % 2013

Investitionsquote

8,7 % 2012/ 8,9 % 2013

ESM

8,67 Mrd. Euro 2012/ 8,67 Mrd. Euro 2013

5. Wirkung des Schuldenbremse – Sparsamkeit und Konsolidierung

Mit großer Aufmerksamkeit muss die Wirkung der Schuldenbremse, die 2009 in Art. 109 GG verankert wurde, beobachtet und kontrolliert werden. Wie bereits früher ausgeführt, wurden die verfassungsrechtlichen Normen zur Schuldenaufnahme vor der Einführung der Schuldenbremse immer wieder erheblich verletzt, ohne dass die Öffentlichkeit davon kritisch Kenntnis genommen hätte. Die Einführung der Schuldenbremse 2009 wurde von der Öffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Man kann uneingeschränkt sagen, die Schuldenbremse wird von der derzeitigen Regierung sehr ernst genommen. Das Ziel der Schuldenbremse wird vorzeitig erreicht werden. Die Nettoneuverschuldung 2013 (17,1 Mrd. Euro) wird deutlich unter dem vorgezeichneten Rahmen liegen, sie wird voraussichtlich 2014 bei 13,1 Mrd. Euro sein und nach jetziger Sicht wird es spätestens 2015 zu keiner nennenswerten Nettoneuverschuldung kommen. Das ist in erster Linie auf die außerordentlich gute Konjunktur in 2012 zurückzuführen, insbesondere natürlich auf die Steuermehreinnahmen, die erzielt wurden.

6. Die Schulden des Bundes

6.1 Schulden und Zinsenlasten

Zunächst ein Beispiel aus der jüngeren Zeit. Alles zusammengerechnet hat die öffentliche Hand von 1965 bis 2008 1,3 Billionen Schulden aufgenommen. In diesem Zeitraum mussten Zinsen in Höhe von 1,6 Billionen bezahlt werden. Ein weiteres Beispiel: Die Kredite, die der Bund von 1972 bis 2002 aufgenommen hat (569 Mrd. Euro) reichten genau dazu, um die in diesem Zeitraum zu zahlenden Zinsen (538 Mrd. Euro) zu begleichen. Was sagen uns diese Zahlen? Je höher und länger Schulden aufgebaut und so mit Zinsen finanziert zu werden, umso absurder wird die gesamtfINANZIELLE Bewertung. Das bedeutet nämlich nichts anderes, als dass wir uns ohne die ständige Neuverschuldung das gleiche hätten leisten können, nur müssten wir heute keinen Schuldendienst in Form von Zinsen mit 31 Mrd. Euro im Jahr 2013 erbringen. Was wiederum bedeuten würde, dass der Bundeshaushalt in einer glänzenden Verfassung wäre.

6.2 Die Schuldenhöhe des Bundes einschließlich der Umschuldungssummen

Ohne Sondervermögen hat der Bund bis Ende

Unser Autor



Sebastian Niedermeier, geboren 1944, Diplom-Verwaltungswirt (FH); von 1980 bis 1998 war er Erster Bürgermeister in der Gemeinde Eichenaun im Landkreis Fürstentfeldbruck. Nach dem freiwilligen Verzicht des äußerst beliebten Rathauseschefs auf eine erneute Kandidatur kehrte dieser als Leiter eines Finanzsachgebiets an seine alte Arbeitsstelle im Münchner Rathaus zurück. Im Oktober 2009 ging er in Pension, wirkt aber nach wie vor als Lehrbeauftragter für Kommunalrecht und Haushaltsrecht.

sind besonders wichtig, weil sie uns über die Grundstruktur und den generellen Zustand des jeweiligen Haushaltes informieren.

Ich möchte auch wieder einen kurzen Blick auf die mittelfristige Finanzplanung 2012 bis 2016 werfen. Diese mittelfristige Finanzplanung ist zwar unverbindlich, aber sie gibt uns Aufschluss über die voraussichtliche lineare Entwicklung des Bundeshaushaltes bis 2016. Sie zeigt wichtige Rahmendaten für die Zukunft auf. Denn es ist zu bedenken, dass eine erhebliche Anzahl von Haushaltspositionen im Bundeshaushalt nur mit geringen Veränderungen fortgeschrieben und angepasst werden.

Grundsätzliche Anmerkungen

Dass sich Monarchien und Diktaturen teilweise extrem verschuldet haben und das jeweilige eigene Land in den Abgrund führten, das lehrt uns die internationale Finanzgeschichte. Auch demokratische Staats- und Regierungssysteme waren nie ganz gegen Staatsbankrotte gefeit. Wobei es Staaten gibt, die nie einen Staatsbankrott erleben mussten, während eine Reihe von Staaten in großer Regelmäßigkeit bankrott gingen.

Nunmehr aber haben wir es mit einer Verschuldungsproblematik zu tun, die es in dieser Dimension bisher - insbesondere in Friedenszeiten - nicht gab. Dass es sich dabei um gefestigte und dem Grunde nach stabile Demokratien handelt ist einzigartig und zugleich sehr problematisch.

Da ist die extrem hohe Verschuldung Japans, da sind die extremen Schulden der USA und der Euro-Staaten, die uns in hohem Maße beunruhigen. Die Verschuldung Japans beträgt 235 % der Wirtschaftsleistung; die USA sind mit 16,4 Billionen Dollar (= 100 % der Wirtschaftsleistung) verschuldet. Die größte Wirtschaftsnation USA, schlittert permanent am Staatsbankrott vorbei, die drittgrößte Wirtschaftsmacht Japan schleppt sich seit zwei Jahrzehnten von einer kritischen Finanzsituation zur anderen. Nicht anders ist es in Europa. Die Schulden aller EU-Staaten haben zwischenzeitlich die 16-Billionen-Grenze überschritten und steigen weiter.

Dann gibt es die spezifischen Meldungen über die Eurozone, allen voran Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Irland und zuletzt dann auch noch Zypern. Manchmal werden auch positive Meldungen gebracht, aber bei näherer Betrachtung erweisen sie sich als wenig überzeugend. Im Gegenteil, die Wirtschaftsleistungen gehen weiter zurück, von einer tragbaren Wettbewerbsfähigkeit sind diese Staaten sehr weit entfernt. Die Südstaaten sind in Summe mit ca. 3,6 Billionen verschuldet, die Banken der Südstaaten sogar mit 9,6 Billionen.

Ohne Rücksicht auf die katastrophale Situation bekämpfen sich die politischen Parteien in den einzelnen Ländern sehr heftig. In den USA, in Frankreich, Spanien und jetzt aktuell in Italien wurden oder werden harte Wahlkämpfe geführt. Die tatsächliche, jeweils prekäre Situation wird verdrängt. Mit teilweise absurden Versprechungen versuchen die politischen Kontrahenten die politische Macht zu erlangen. In Wahrheit gibt es in diesen

2012 Schulden in Höhe von ca. 1,2 Billionen Euro. Das ist eine erhebliche Schuldenlast, die mit den erwähnten Zinszahlungen von jährlich 31 Mrd. Euro mit deutlich steigender Tendenz den Bundeshaushalt gravierend belasten. In diesen Schulden sind nicht die der Sondervermögen des Bundes enthalten. Sie können nur schwierig prognostiziert werden, da sie sich über viele Jahre erstrecken, aber sie sind beachtlich.

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes beträgt 2013 ca. 250 Mrd. Euro; die Tilgung von Schulden beträgt etwa 233 Mrd. Euro. D.h. dass der Bund jährlich in erheblichen Maße Umschuldungen vornimmt. Für das ganze Finanzmanagement einschließlich des Schuldenmanagement des Bundes ist die Bundesfinanzagentur zuständig.

6.3 Hohe Staatsschulden und deren Inflationsrisiken

Was zunächst nicht offensichtlich ist, wird bei näherer Betrachtung deutlich. Hohe Staatsverschuldung untergräbt das Vertrauen in die Finanzpolitik. Sie ist ein eindeutiges Zeichen politischer Schwäche. Des Weiteren erhöht sie den Druck auf die Notenbanken, die ihrerseits ihre Unabhängigkeit verlieren und gegen eine drohende Inflation nicht mehr hinreichend ankämpfen können. Eine Inflation kann bereits steigen, wenn sich Inflationserwartungen erhöhen. In Deutschland gibt es zwischenzeitlich durchaus derartige Ansätze. Sie sind am Immobilienmarkt und an den Lohnerwartungen der Gewerkschaften ablesbar. Hohe Staatsschulden fördern also die Inflationsgefahr ganz erheblich.

6.4 Hohe Staatsschulden und die Beherrschung von unvorhersehbaren Krisen

Hierzu bietet sich ein Beispiel aus dem hochverschuldeten Japan an. Die Katastrophe von Fukushima hat dem japanischen Staat abermillionen Yen gekostet. Das hochverschuldete Land hatte aber keine Finanzmittel um dieses Geld aufzubringen. Der japanische Staat löste das Problem erneut mit einer massiven Erhöhung der Verschuldung. Die Situation wird in Japan immer dramatischer. Dieses Beispiel zeigt eine fatale Spirale, in der sich alle hochverschuldeten Staaten befinden. Diese Staaten werden immer weniger fähig sein, ernsthaften Katastrophen oder Krisen wirksam zu begegnen und schlittern so in Wahrheit in eine ausweglose Situation.

8.5 Hohe Staatsschulden und die Gefährdung der demokratischen Grundordnung – Art 109 GG.

Aus verfassungsrechtlicher Sicht sind zu hohe Schulden nicht zu rechtfertigen. Im Hinblick auf die enormen Schulden, die die verschiedenen kommunalen und staatlichen Ebenen in Deutschland angehäuft haben, muss festgestellt werden, dass diese Art von Ausgabenfinanzierung als nachhaltiges Finanzierungsinstrument gescheitert ist. Unter demokratischen und rechtsstaatlichen Gesichtspunkten wie auch im Hinblick auf das Republikprinzip, das Sozialstaatsprinzip und das Bundesstaatsprinzip ist eine weitere Verschiebung immer neuer finanzieller Lasten in die Zukunft nicht zu rechtfertigen (Kommentierung Art. 109 GG, Rd. Nr.124 - Staatsrechtskommentar Maunz – Döring).

Zu hohe Staatsschulden führen zu einer Instabilisierung der demokratischen Staats- und Regierungssysteme. Sie fördern politischen Populismus mit Tendenzen zur Radikalisierung. Ergänzend sei gesagt, dass neben dem Bundesstaatsprinzip bei einer gemeinsamen Währung auch das Staatenbundsprinzip der Europäischen Union analog gefährdet wird.

7. Sozialausgaben und Personalausgaben des Bundes

Die konsumtiven Ausgaben des Bundes werden 2013 ca. 267 Mrd. Euro betragen. Davon allein betragen die Ausgaben für die soziale Sicherung 145 Mrd. Euro, das sind rund 48 % des Bundeshaushalts. Die Ausgaben für die gesetzlichen Rentenversicherungen betragen dabei ca. 81 Mrd. Euro.

Die Personalausgaben betragen ca. 9,5 % des Bundeshaushalts, das sind rund 28,6 Mrd. Euro.

8. Ausgaben für die Europäische Union und internationale Vereinigungen

8.1 Eigenmittelabführung an den EU-Haushalt

Das Volumen des EU Haushaltes beläuft sich auf ca. 130 Mrd. Euro. Deutschland muss mit 20 % Finanzierungsanteil den höchsten Betrag aller 27 EU-Staaten an den EU-Haushalt abführen. Diese Zahlungen teilen sich auf:

Zölle ca. 5,0 Mrd. Euro
Zuckerabgabe ca. 0,04 Mrd. Euro
Mehrwertsteuer Eigenmittel 2,0 Mrd. Euro
Bruttonationaleinkommen Eigenmittel 24,2 Mrd. Euro
Die Summe der Mittelabführung beträgt 31,15 Mrd. Euro.

8.2 Leistungen an supranationale Organisationen ohne Entwicklungshilfeleistungen

Die Leistungen des Bundes an inter- und supranationale Organisationen sind beachtlich. Deutschland gehört zu den bedeutendsten und verlässlichsten Geldgebern an die internationalen Organisationen.

Zahlungen erfolgen u.a. an: Europäischer Entwicklungsfond von 2008-2013 4,63 Mrd. Euro.

Europäische Weltraumorganisation ESA von 2012 – 2016 3,2 Mrd. Euro.

NATO North Atlantic Treaty Organization
CERN Europäische Organisation für Kernforschung.

EUMETSAT Nutzung meteorologischer Satelliten
EUROCONTROL Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt.

OECD Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

VN Vereinte Nationen von 2012 bis 2016 3,0 Mrd. Euro.

Auf Nachfrage war das Bundesfinanzministerium leider nicht imstande eine Gesamtaufstellung aller internationalen Institutionen und die deutschen Finanzierungsanteile mitzuteilen.

9. Die mittelfristige Finanzplanung 2012-2016

Die mittelfristige Finanzplanung stellt eine verbindliche Prognose für den jeweiligen Planungszeitraum dar. Dennoch kommt dieser Vorausschau eine nicht unerhebliche Bedeutung zu, da ein großer Teil der Einnahmen und Ausgaben mittelfristig verbindlich ist.

Grundsätzlich geht die mittelfristige Finanzplanung weiterhin von einer positiven Entwicklung aus. Die Exportchancen der deutschen Wirtschaft, insbesondere in die Schwellenländer werden als stabil gewertet.

Die Steuereinnahmen steigen nach dieser Prognose bis 2016 kräftig an. Die Einnahmen und Ausgaben steigen von 2012 bis 2016 moderat von ca. 302 Mrd. Euro auf 309 Mrd. Euro an.

Die Ausgabenbereiche Verteidigung, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Wirtschaftsförderung, Verkehr, Sport, Innere Sicherheit, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Sonstiges bleiben im Planungszeitraum weitgehend stabil mit nur geringen Minderungen oder Steigerungen.

Auffällige Steigerungen weisen auf:

Rentenversicherungsleistungen

2012: 81 Mrd. Euro / 2016: 87 Mrd. Euro
 Entsprechend der demografischen Entwicklung werden die Leistungen an die Rentenversicherung erheblich steigen.

Wissenschaft und Forschung außerhalb der Hochschulen

2012 8,8 Mrd. Euro / 2016 9,6 Mrd. Euro
 Die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung steigen weiter an.

Zinsausgaben

2013 31,7 Mrd. Euro / 2016 41,1 Mrd. Euro
 Die Zinsen steigen erheblich an.

Europäischer Stabilitätsmechanismus - ESM

2012 8,6 Mrd. Euro
 2013 8,6 Mrd. Euro
 2014 4,3 Mrd. Euro
 Es handelt sich hier um die Kapitaleinlage des Bundes in den ESM.

Abschließende Bemerkungen:

- Der Bundeshaushalt 2013 sieht trotz hervorragender Steuereinnahmen eine weitere Nettokreditaufnahme vor.
- Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse zeigt erhebliche Wirkungen und sie wird voraussichtlich vorzeitig erfüllt werden.
- Die Verschuldung des Bundes bewegt sich auf einem zu hohen Niveau und muss mit immer höheren Zinslasten bewältigt werden.
- Nach wie vor werden Schulden mit Schulden getilgt.
- Die zahlreichen, verschiedenen Haftungssummen, die sich für den Bundeshaushalt aus den oben dargestellten Fakten ergeben, sind gewaltig und würden im Realitätsfall unübersehbare Folgen haben.
- Das Zerbrechen der Eurozone oder der Austritt von einzelne Länder aus der Eurozone hätte erhebliche Folgen für den deutschen Bundeshaushalt. Ein solches Szenarium ist aber auch nicht gänzlich ausschließbar.
- Die Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands fallen nach Bewertungen nationaler wie internationaler renommierter wirtschaftswissenschaftlicher Institute positiv aus. □

Joachim Herrmann: „112 hilft“

Neulich in der Münchner Fußgängerzone: Ein Mann bricht bewusstlos zusammen. Passanten bleiben stehen. Zwei von ihnen fangen an, Erste Hilfe zu leisten. Andere zücken das Handy. „Wen ruft man da jetzt an?“ „Ich glaube irgendwas mit 192...“ „Nein. Ich glaube 112!“ „Ist das nicht die Feuerwehr – egal.“ „Wie ist das vom Handy aus? Mit Vorwahl von München, oder?“ Ein, zwei Minuten vergehen so. Lebenswichtige Minuten.

Angehörige von Feuerwehren und Rettungsdiensten wissen ganz genau: 112 hilft. Dank unserer 26 integrierten Leitstellen im Land gehört die getrennte Alarmierung von Feuerwehr und Rettungsdienst der Vergangenheit an.

Seit Ende 2012 haben wir ein geschlossenes Netz an integrierten Leitstellen in Bayern. Das war ein großes Stück Arbeit und eine große Investition in die Sicherheit. Rund 70 Millionen Euro hat der Freistaat investiert. Die integrierten Leitstellen verfügen über modernste Einsatzleit- und Kommunikationstechnik. Ein paar Zahlen: alleine die technische Ausstattung einer Leitstelle kostete über eine Million Euro. In jeder Leitstelle mussten mehrere Kilometer Kabel verlegt werden, um die einzelnen Komponenten zu verbinden. Untereinander sind die Leitstellen über ein exklusives Datennetz (virtual private network – VPN) verbunden. Sollte eine Leitstelle ausfallen, so kann eine andere die Aufgaben unverzüglich und vollständig übernehmen. Die Leitstellen sind mit den Polizeieinsatzzentralen verbunden, so dass auch hier die Informationen rasch ausgetauscht werden können und alle Maßnahmen zur Gefahrenabwehr nahtlos ineinandergreifen können. Das ist ein ebenso modernes wie starkes Sicherheitsnetz für die Menschen in unserem Land.

Technik ist aber nur eine Seite. Die Leitstellen leben von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich sowohl im Rettungsdienst als auch bei der Feuerwehr bestens auskennen. Diese Menschen können die unterschiedlichsten Einsätze unter hohem Zeitdruck sicher bearbeiten. Und das

unter der Voraussetzung, dass sich der Anrufer meistens in einer Ausnahmesituation befindet – in einer großen Leitstelle bis zu 1.000 mal am Tag. Ich habe höchsten Respekt vor diesen Menschen.

Die integrierten Leitstellen sind bestens ausgestattet, damit schnell Hilfe kommt. Nun sind die Leitstellen aber erst das zweite Glied in der Rettungskette. Zu allererst ist der Betroffene selbst oder der Passant, der Zeuge eines Unglücks wird. Mich hat eine Umfrage aufgerüttelt: 25 Prozent der Deutschen wissen nicht, dass mit der Notrufnummer 112 Feuerwehr und Rettungsdienst gerufen werden können. Und über 80 Prozent wissen nicht, dass die 112 auch die einheitliche Notrufnummer in allen anderen EU-Mitgliedstaaten ist.

Das müssen wir ändern. Das Bayerische Innenministerium hat eine Kampagne gestartet, um die Notrufnummer 112 im Bewusstsein der Menschen fest zu verankern. Unsere neue Internetseite www.notruf112.bayern.de enthält alle wichtigen Informationen zur 112 und zu den integrierten Leitstellen. Auf der Seite erfährt man beispielsweise, welche Angaben bei einem Notruf gemacht werden sollten, damit die Einsatzkräfte sich optimal auf die Situation einstellen können. Besondere Hilfe erhalten Menschen mit Handicap. Sie können sich einen Notfall-Faxvordruck herunterladen, ausfüllen und für den Ernstfall bereitlegen.

Und jeder kann helfen, die Bekanntheit des Notrufs 112 zu verbessern, im Freundes- und Bekanntenkreis, in Vereinen, sozialen Einrichtungen oder am Arbeitsplatz. Ich weiß, dass viele Menschen in Bayern bereit sind, sich für ein wichtiges Anliegen einzusetzen. Daher kann auf unserer Internetseite jeder kostenfrei unsere Werbemedien bestellen: Postkarten, Aufkleber und Plakate. Die Postkarten enthalten nicht nur Informationen zur 112, sondern auch zwei kleine Aufkleber, die man am Telefon oder an Gefahrenstellen im Haushalt anbringen kann. Helfen auch Sie mit und verteilen Sie unsere Werbemittel, denn: 112 hilft, gebührenfrei und ohne Vorwahl, europaweit auch aus dem Handynetz!



Herrmann auf der Zugspitze:

Erfolgsgeschichte Lawinenwarndienst

45 Jahre kein einziger tödlicher Lawinenunfall in den überwachten Gebieten

Föhn, blauer Himmel, Fernsicht, ein Bergpanorama mit schneebedeckten Hängen wie im Bilderbuch, die Frühlingssonne lässt schon ein wenig ihre Kraft erahnen – was liegt da näher als Tourenski anschnallen und los geht's. Oder war da noch was?

Lawinenabgang bedeutet Todesgefahr. Bei Lawinenabgängen in den österreichischen Alpen starben Anfang März sieben Menschen. Die Lawinensituation war die Wochen zuvor so gut wie selten. Es war alles befahrbar, die Gefahr gering. Doch starker Föhn, also Wind, hat die Lage innerhalb von wenigen Stunden dramatisch zugespitzt. Skitouren, die am Montag noch begehbar waren, waren am Dienstag höchst gefährlich. War das Leichtsinns oder Pech?

Es gab Hinweise auf die Erhöhung der Gefahr. Wichtig ist die eigene Tourenplanung. Es ist Aufgabe des Tourengebers oder Freeriders, auf alle Fälle das Wetter und vor allem den Lawinenlagebericht des Bayerischen Lawinenwarndienstes genau zu studieren. Denn der kann Leben retten.

Topaktuelle Informationen

„Der bayerische Lawinenwarndienst hilft seit viereinhalb Jahrzehnten mit exakten, topaktuellen Informationen. Seine Bilanz ist hervorragend. In den überwachten und freigegebenen Gebieten gab es in mehr als vier Jahrzehnten keinen einzigen tödlichen Lawinenunfall“, führte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bei einer Veranstaltung auf der Zugspitze aus, wo der Minister gemeinsam mit Mitgliedern der Lawinenkommissionen, mit Messfeldbetreuern und Vertretern der Gemeinden das 45-jährige Bestehen des Lawinenwarndienstes feierte. Der Minister betonte das immens wertvolle bürgerschaftliche Engagement für die Sicherheit in unserem Land. Der Lawinenwarndienst sei hierfür ein

leuchtendes Beispiel. Herrmann schilderte während der Veranstaltung Ereignisse aus den vergangenen Jahren, wo große Lawinen Schäden in einem bislang nicht bekannten Ausmaß angerichtet hätten. Auch im letzten Winter brachten starke Schnee- und Regenfälle für die einheimische Bevölkerung wie für die Wintertouristen zusätzliche Gefahren. Herrmann: „Umso bemerkenswerter ist es, dass wir in den von Lawinenkommissionen überwachten Bereichen keine Opfer und keinen nennenswerten Schäden zu beklagen hatten. Hier zahlt sich das äußerst segensreiche Wirken unserer Lawinenkommissionen besonders aus. Auf das Urteil und die Empfehlungen des Lawinenwarndienstes ist Verlass.“ Demgegenüber kamen abseits der gesicherten Wege und Pisten in den letzten 45 Jahren mehr als 110 Menschen in Lawinen um.

Im Bayerischen Lawinenwarndienst engagieren sich mehr als 400 Ehrenamtliche. Allein die 35 bayerischen Lawinenkommissionen, die den Zuständigkeitsbereich von 34 Gemeinden des bayerischen Alpenbereichs abdecken, haben rund 350 ehrenamtliche Mitglieder. Hinzu kommen rund 60 Ehrenamtliche im Messwesen des Lawinenwarndienstes, die als Frühbeobachter bereits ab sechs Uhr früh unterwegs sind. Sie nehmen die Schneedecke genau in Augenschein und informieren dann die Lawinenwarnzentrale über die aktuelle Situation vor Ort. Ebenso sachkundig gehen die Nachmittagsbeobachter zu Werke und liefern per Telefon und E-Mail handfeste Daten.

Für ihren verdienstvollen Einsatz in Lawinenkommissionen des Bayerischen Alpenraums zum Schutz und für die Sicherheit von Anwohnern und Touristen ehrte Staatsminister Herrmann stellvertretend für alle Mitwirkenden im Lawinenwarndienst zwei Obmänner von Lawinenkommissionen, einen Bergbahnvertreter, einen Gemeindebediensteten und einen Alpinvertreter der Bayerischen Polizei. Teamgeist, beste Tradition im Sinne der bayerischen Kultur, zünftige Musik und Brotzeit standen anschließend im Mittelpunkt des gemütlichen Beisammensins auf der Zugspitze. Und rund herum das föhnlige Alpen-Panorama! **P.H.**

Fachmesse ALTENPFLEGE in Nürnberg:

Pflege- und Lebenswelten in der Zukunft

Vom 9. bis 11. April 2013 ist das Messegelände in Nürnberg erneut der Treffpunkt von Entscheidern, Fach- und Führungskräften. Auf der ALTENPFLEGE, der Leitmesse der Pflegewirtschaft, präsentieren über 600 Aussteller ihr umfangreiches Fachangebot aus den Bereichen Therapie, Pflege, Ernährung, Textil und Bekleidung, Küche und Hauswirtschaft, Raumeinrichtungen, Gebäudetechnik, Dienstleistungen, Facility Management, Informations- und Kommunikationstechnik, Organisation und Verwaltung, Fachliteratur, Medien sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Erwartet werden rund 34.000 Fachbesucher, die überwiegend Entscheider aus stationärer und ambulanter Pflege, Kliniken, therapeutischen Einrichtungen und betreuten Wohnprojekten sind. Ein umfangreiches und attraktives Rahmenprogramm mit Kongressen, Preisverleihungen und Sonderschauen rundet die Messe ab.

Öffentliche Zukunftsreise

Erstmals wird auf der ALTENPFLEGE eine öffentliche Zukunftsreise inszeniert, an der Aussteller und Besucher teilhaben können. Ausgewählte Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft bilden die Zukunftsreisegruppe und erarbeiten live an allen drei Messetagen neue Sichten auf die Zukunft der Pflege. Eingebettet ist die öffentliche Zukunftsreise – zentral in Halle 1 gelegen – in eine Ausstellung zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Pflege. Messebesucher bringen als Reisebeobachter ihre Ideen, Gedanken und Vorschläge ein. Aussteller erhalten mit ihren

Kunden und Partnern geführte Einblicke in das Projekt und den Reiseverlauf. Im „Reisebüro für Reisen in die Zukunft“ bieten Sponsoren Besuchern „Zukunftsreiseziele“ an.

Sonderschau aveneo

Viel Raum für Innovationen bietet die Sonderschau aveneo: Sie zeigt, wie die Pflege- und Lebenswelten älterer Menschen in naher Zukunft aussehen könnten. Neue Technologien wie Ambient Assisted Living (AAL) oder Robotik finden sich ebenso wie moderne Einrichtungsgegenstände oder zukunftsweisende Architektur. Zentral in Halle 1 gelegen und in direkter Nachbarschaft zu den eingereichten Produkten für den Innovationspreis 2013 sowie der Zukunftsreise ist sie die erste Anlaufstelle für alle, die sich für herausragende Innovationen in der Pflege interessieren. Ein sensorgesteuertes Notrufsystem, das in der gesamten Wohnung erkennt, wenn ein Bewohner bewusstlos am Boden liegt, und Angehörige oder Helfer automatisch per Telefon, Mo-

bilfunk oder Internet verständigt; ein Roboter in Form einer kuscheligen Robbe, die erfolgreich in der Therapie von demenzkranken Menschen eingesetzt wird; oder ein intelligentes Medikamentenausgabesystem, das nicht nur zur richtigen Zeit an die Medikamenteneinnahme erinnert, sondern sie auch kontrolliert: Das sind nur drei Beispiele dafür, was bereits heute technisch machbar ist und in der Pflege ergänzend eingesetzt werden kann.

Themenwelt Freiraum

Zum ersten Mal ist die Themenwelt Freiraum in Nürnberg zu Gast. Im Vordergrund steht das Thema Planung und Gestaltung von Außenräumen. Auf über 1.500 Quadratmetern präsentieren zahlreiche Aussteller in Halle 4 Produkte, Projekte und Dienstleistungen für die Nutzergruppe von älteren und alten Menschen. Organisiert wird die Sonderschau federführend von der STADT und RAUM Messe und Medien GmbH.

Neben den Außenanlagen von Altenheimen, Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen oder Kurorten richtet sich der Blick auch auf das städtische Quartier und das Wohnumfeld. Altengerechte Sitzmöbel und Bänke sind auf der Themenwelt Freiraum ebenso zu sehen wie aktuelle Beispiele für innovative Bewegungsangebote in Motorik-

oder Generationen-Aktiv-Parks.

Gestaltungskonzept

Reizvoll für die Fachbesucher ist auch das Gestaltungskonzept der Themenwelt Freiraum mit dem zentralen Besuchermarktplatz. Hier und auf dem angrenzenden, offen und größtenteils wie im „richtigen“ Außenraum gestalteten Areal können Messebesucher im wahrsten Sinne des Wortes Objekte besitzen, bespielen und erfahren: Vom Schultertrainer als „sanftes Bewegungsangebot“ mit Wurzeln in der chinesischen Tradition bis zur speziellen Sitzbank für Rollatorfahrer.

Abgerundet wird das Konzept durch Seminar- und Informati-

onsangebote sowie durch ein planerFORUM: Auf einer Gemeinschaftsfläche stellen Landschaftsarchitekten, Planungsbüros und Institutionen ihre Dienstleistungen und Projekte vor – vom Garten für Menschen mit Demenzerkrankungen bis zum barrierefreien Wohnumfeld. Rund 15-minütige Kurzvorträge – für Messebesucher kostenfrei – geben zahlreiche Anregungen und zeigen als „Best of Practice-Beispiele“ realisierte und übertragbare Lösungen auf.

Tag der Wohnungswirtschaft

Die meisten Menschen wünschen, im Alter so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden

zu wohnen. Um ein Leben in der eigenen Wohnung auch im fortgeschrittenen Alter oder sogar im Pflegefall zu ermöglichen, bedarf es eines wandelbaren Wohnraums. Versorgungs-, Pflege- und Betreuungskonzepte sowie technische Lösungen, die das Bedürfnis nach Sicherheit unterstützen, sind gefragt.

Antworten bietet der Tag der Wohnungswirtschaft am 11. April, der erstmals in Kooperation mit dem Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) auf der ALTENPFLEGE stattfindet. Er bietet Vertretern der Pflege- und Wohnungswirtschaft sowie der Industrie ein Forum für Austausch, Diskussion und Networking. **DK**

Offenheit kommt auch in der Architektur zum Ausdruck

Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz investiert in neuen Bildungscampus 30 Millionen Euro

Regensburg. (osr) Das Areal der Handwerkskammer im Stadtosten an der Dithornstraße wird neu gestaltet. Mit einem Kostenaufwand von 30 Millionen Euro entstehen ein neues Bürogebäude und eine neue Infrastrukturzentrale, außerdem wird der Bildungscampus um eine Maler- und Lackiererwerkstätte und ein neues Lehrsälegebäude erweitert sowie der Mensabereich neu strukturiert. „Unsere Offenheit als Dienstleister kommt auch in der Architektur zum Ausdruck“, sagt Kammerpräsident Hans Stark beim Baustellenrundgang.

Mit den Neubaumaßnahmen drückt die Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz aber auch aus, dass sie ökologisch orientiert ist, denn Energiesparen sei eines der wichtigsten Themen der Zukunft, wenn es um nachhaltiges und umweltfreundliches Bauen geht. So erfüllen alle Neubauten selbstverständlich die Anforderungen der aktuellen Energieeinsparverordnung und die neue zentrale Wärmeversorgung wird in der Grundlast mit Hackschnitzeln betrieben, einem nachwachsenden Rohstoff aus der Region.

Als Grund für den Neubau des 22 Meter hohen Bürogebäudes mit sechs Etagen nennt Präsident

Stark den schadhafte Zustand des jetzigen Komplexes, den ein Gutachten festgestellt habe. Eine Renovierung unter energetischen Gesichtspunkten wäre teurer gekommen als der Neubau. Auch die übrigen Neubauten seien Ersatzbauten für alte Gebäude aus den 70-er Jahren, die nicht mehr den heutigen Anforderungen hinsichtlich Gebäudetechnik, Ausstattung und Struktur der Unterrichtsräume entsprechen.

„Mit dem neuen Lehrsälegebäude“, stellt Bereichsleiter Hans Schmidt fest, „bietet die Handwerkskammer im Bereich der Aus- und Weiterbildung eine Infrastruktur, die dem aktuellen

Stand der Technik und neuen Anforderungen der Handwerksausbildung entspricht.“ Schließlich sei es eine wesentliche Aufgabe der Kammer, auf Grund des demografischen Wandels für den Fachkräftenachwuchs optimale Bedingungen zu schaffen, damit die Handwerksbetriebe gut ausgebildete Nachwuchshandwerker in der Region finden. Präsident Stark wertet dies auch als einen Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums in Niederbayern und der Oberpfalz.

Keine Kapazitätserweiterung

Die Neubau- und Modernisierungsprojekte der HWK in Regensburg bedeuten allerdings keine Kapazitätserweiterung hinsichtlich der Anzahl der Kursteilnehmer. Auch die Anzahl der Ausbildungsplätze im Bildungszentrum bleibe unverändert, sagt Hans Schmidt, der Chef der Aus- und Weiterbildung. In den Neubauten werden auch künftig überwiegend Weiterbildungsmaßnahmen und Meisterkurse durchgeführt. Im Jahr 2011 gab es hier überbetriebliche Lehrlingsunterweisungen mit 5.500 Teilnehmern, Meisterkurse mit 550 Teilnehmern und Weiterbildungsmaßnahmen für 1.750 Teilnehmer. Schmidt rechnet damit, dass diese Zahlen auch künftig in etwa konstant bleiben.

Allerdings können die Unterrichtseinheiten in der Aus- und Weiterbildung künftig in High-Tech-Einrichtungen durchgeführt werden: In einer Lackiererwerkstatt, in vier Malerwerkstätten, in einem Friseurstudio und in acht multifunktionalen Lehrsälen.

Langfristiges Finanzierungskonzept

Bei der Finanzierung der Baumaßnahmen wird die Handwerkskammer von der Europäischen Union sowie dem Bundes- und Bayerischen Wirtschaftsministerium unterstützt. Die insgesamt 30 Millionen Euro müssen zur Hälfte aus Eigenmitteln aufgebracht werden. Laut Präsident Stark verfolge die Kammer ein langfristiges Finanzierungskonzept und stelle entsprechende Rückstellungen in den Jahreshaushalten ein. „Dadurch ist sichergestellt, dass es keine zusätzlichen Belastungen für die Beitragszahler gibt und keine Darlehen aufgenommen werden müssen.“

tern können. Der oberbayerische Bezirkstagspräsident Josef Mederer betrachtet die Inklusion als „gesamgesellschaftliche Aufgabe“. Sowohl im Schulbereich als auch in der Gesellschaft sei hier noch viel zu tun. Inklusion sei nicht nach Kasenslage, sondern nach Bedarf zu gestalten. **DK**

Senioreneinrichtungen:

Seniorenwohn- und Pflegeheime, Betreutes Wohnen



Seniorenwohn- und Pflegeeinrichtung in Deggendorf | 81 vollstationäre Pflegeplätze | Betriebsträger: BRK KV Deggendorf | Bauzeit 1 Jahr

Wir schaffen Zukunftslösungen aus einer Hand: **ERL-BAU**
Sie suchen den richtigen Partner?

Wir übernehmen für Sie:

- » Bedarfsanalyse, Grundstückserwerb
- » Konzeptentwicklung für Neubau, Umbau oder Ersatzbau
- » Baurechtschaffung, Bauausführung
- » Projektsteuerung, Finanzierung
- » Verwaltung, Gebäudemanagement
- » Problemlösungen für kommunale Einrichtungen

Jetzt kostenlose Beratung und Infomaterial!

ERL-BAU GmbH & Co. KG | Frank Kühnhauser
Mietzing 33b | 94469 Deggendorf

Telefon 0991/37060-55
projektentwicklung@erlbau.de



Wir verbinden Menschen mit Erfahrung

Sie finden uns auch auf: WWW.SENIORBOOK.DE/ERLBAU

Bereits mehr als **35 Senioreneinrichtungen** realisiert, **tw. mehrfach prämiert**



WWW.ERLBAU.DE

Stadt Freising:

Neues Lebenshilfe-Bildungszentrum

Für alle Kinder und Jugendliche mit und ohne Förderbedarf steht seit diesem Schuljahr das „Bildungszentrum Gartenstraße“ in Freising offen. Für fast 21 Millionen Euro - 5,5 Millionen davon trägt die Lebenshilfe Freising selbst - ist innerhalb von zwei Jahren ein 5.000 Quadratmeter großer Komplex entstanden. Er beheimatet eine Integrative Krippe, einen Integrativen Hort, den Heilpädagogischen Kindergarten, eine Schule, eine Berufsschulstufe, eine Heilpädagogische Tagesstätte sowie den zentralen Fachdienst für die medizinische und pädagogische Versorgung.

Von der vormaligen „Fröbelschule“, die abgerissen wurde, weil sich eine Sanierung finanziell nicht mehr gelohnt hätte, ist nur die von Grund auf sanierte Turn- und Schwimmhalle geblieben. Früher war die „Fröbelschule“ ein abgeschlossenes Haus - jetzt steht es allen offen. Was sich dahinter verbirgt, ist der Begriff der Inklusion. Das bedeutet: Kinder mit Behinderung sollen an allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens teilhaben.

Gemeinsames Leben

Laut Lebenshilfe-Geschäftsführer Franz Burger ist das neue Bildungszentrum Gartenstraße ein Haus, in dem gemeinsames Lernen, Spielen und Leben möglich wird - so wie in der Krippe und im Hort. „Dort gibt es sogar mehr Kinder ohne Behinderung als Kinder mit Förderbedarf.“

Ein großer Wunsch der Lebenshilfe Freising ist es, dass in der Schule des neuen Bildungszentrums Jungen und Mädchen mit und ohne Förderbedarf zusammen in den gleichen Klassen

lernen. Die Möglichkeiten dafür sind gegeben: Das Lebenshilfe-Bildungszentrum hat im Gegensatz zu den Regelschulen ein vielfältiges Angebot zur Verfügung von der Ganztagsbetreuung bis zur Ergotherapie.

Keine Inklusionsschule

Das Problem besteht darin, „dass wir zwar eine Förderschule sind“, betont Burger. „Wir dürfen also noch keine Schüler ohne Behinderung aufnehmen.“ Zudem fehlten einige gesetzliche Rahmenbedingungen wie kleinere Klassen oder mehr Lehrerstunden. Der Geschäftsführer zeigt sich aber zuversichtlich, bereits im nächsten Schuljahr mit der ersten gemischten Klasse starten zu können.

Nach Ansicht von Freising Landrat Michael Schwaiger leistet die Lebenshilfe für den Landkreis einen „unverzichtbaren Beitrag“. Deshalb habe sich der Kreistag auch für die Vorfinanzierung der rund 17 Mio. Euro ausgesprochen, die die Lebenshilfe nie allein hätte schul-

Lech-Stahlwerke:

Präsentation schalltechnischer Dauermessungen

Vor kurzem haben die Lech-Stahlwerke im SGL Group Forum in Meitingen erste Ergebnisse der schalltechnischen Dauermess-Stationen (DMS) im Umfeld von Herbertshofen präsentiert. Eingeladen waren neben den Bürgermeistern von Bibersbach, Langweid und Meitingen auch deren Gemeinderatsvertreter, Vertreter des Landratsamtes Augsburg sowie die Aktionsgemeinschaft zum Erhalt der Lebensqualität im Raum Meitingen e.V. (AGL) und die Bürgerinitiative Lech-Schmuttertal e.V. (BI). In der Vergangenheit wurde immer wieder gefordert solche Bürgerversammlungen durchzuführen, um somit die Öffentlichkeit zu informieren, einzubinden und Transparenz zu schaffen. Mit der Veranstaltung ist LSW dem Wunsch der Bevölkerung nachgekommen.

Mehr als 70 interessierte Bürger kamen zur Versammlung und folgten aufmerksam über etwa 3,5 Stunden der Präsentation und anschließenden Diskussion. Die Präsentation wurde geleitet von Herrn Klaus Goldmund und Herrn Alexander Strobl, beide von der ACCON GmbH. ACCON

bewusst für den Gutachter des Markt Meitingen entschieden, um mit dessen unabhängiger Position größtmögliche Transparenz für die Öffentlichkeit zu bieten und die Objektivität sicherzustellen“, so LSW-Pressesprecher Markus Kihm.

„Mit der Einrichtung der Dauermess-Stationen der ACCON GmbH und der öffentlichen Verfügbarkeit der Messergebnisse für interessierte Bürger per Internet ist eine im Industriebereich derzeit vorbildliche schalltechnische Transparenz für die Bürger, die umliegenden Gemeinden und für das Landratsamt Augsburg gewährleistet“, so Klaus Goldmund, Leiter Fachbereich Industriekustik der ACCON GmbH.

Komplexe Thematik

Vorgestellt wurden durch ACCON zunächst umfangreiche schalltechnische Grundlagen. „Dies ist aufgrund der komplexen Thematik erforderlich, damit die DMS-Ergebnisse von den Bürgern interpretiert werden können“, so Klaus Goldmund. In einer Pause konnten die Bürger an bereitgestellten Computern selbst das System testen und sich die Funktionen von den Gutachtern erläutern lassen.

„Es war uns besonders wichtig, dass der Bürger auch versteht, was das System zeigt, was es kann und was es auch nicht kann“, so Markus Kihm. Später wurde mit einem „Live-Experiment“ an der Mess-Station in Herbertshofen gezeigt, wie sich eine Schallquelle auf die DMS auswirkt.



Dr. Michael Heußen konnte mehr als 70 Teilnehmer bei der Bürgerversammlung im SGL Group Forum in Meitingen begrüßen.

Was nach Auskunft des Gutachters derzeit noch nicht möglich ist, ist der direkte Rückschluss von den bislang vorliegenden Messergebnissen (Werte, die Gewerbe, Industrie, Straßen- und Schienenverkehr sowie sonstige Geräusche in Summe abbilden) auf die darin enthaltenen anteiligen Werte der LSW und anderer Gewerbebetriebe. „Für eine Beurteilung der LSW-Immissionsbeiträge ist die statistische Auswertung eines längeren Messzeitraumes erforderlich, bislang ist lediglich das erste Messquartal ausgewertet und abgeschlossen“, so Klaus Goldmund.

ACCON zeigte gestern Ergebnisse des ersten Quartals der Messungen auf. Ein Ergebnis war, dass die Messergebnisse der DEBAKOM-Auswertungen aus 2010 sich auf Basis der bislang gesammelten ACCON-Messdaten als nachvollziehbar erwiesen. Bereits damals wurde durch Dauermessungen nachgewiesen, dass die Geräuschsituation an der Lechwerksiedlung sowie in der

Zollsiedlung tags und nachts deutlich vom Straßenverkehr auf der B2 und von der Bahnlinie Augsburg-Donauwörth bestimmt wird. Dies zeigt sich auch deutlich durch die aus den Messergebnissen abzulesende deutliche Pegelabsenkung jeweils am Wochenende. Dies ist auf eine reduzierte Verkehrsdichte (z.B. LKW-Fahrverbot, fehlender/geringerer Berufsverkehr) zurückzuführen.

Fallbeispiele

Anhand von einzelnen Fallbeispielen (z. B. Schienenverkehr, Einzelereignisse mit Geräuschspitzen etc.) veranschaulichte anschließend Michael Kellenberger (Schall-Gutachter der Müller BBM GmbH) die Auswirkung von Schalleinwirkungen auf das DMS sowie die Ergebnisdarstellung auf der Internetseite. Es wurde nicht nur analysiert, sondern es wird auch gehandelt: Besonders bei trockenen Wetterlagen ergibt sich durch die teilweise engen

Kurvenradien im Werksgelände immer wieder ein subjektiv in der Bevölkerung als störend empfundenen Schienenquietschen. Diesem wird nun entgegengewirkt. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Herstellern hat LSW sich entschlossen mit der Realisierung eines vom Eisenbahnbundesamt zugelassenen Schienenschmiersystems zu beginnen.

Live-Experiment

Den Abschluss der Veranstaltung bildete ein weiteres interessantes Live-Experiment: Einer der Zuhörer wollte wissen, wie laut es im Saal ist, wenn absolute Ruhe herrscht und alle Teilnehmer für 20 Sekunden schweigen, so dass sich jeder auch ein Bild von den Werten und Größen machen kann, über die in der Veranstaltung gesprochen und diskutiert wurde. Ein im Raum aufgestelltes Schallmess-System zeigte das Ergebnis auf einer Projektion an der Leinwand: 37 dB(A). □

Bauspar-Rekord in Bayern

Höchstes Volumen im Vergleich aller Bundesländer

In Bayern sind im Jahr 2012 Bausparverträge mit einer Summe von 20,9 Milliarden Euro abgeschlossen worden – mehr als in jedem anderen Bundesland. Das geht aus Marktdaten der LBS Bayern hervor. Das zweitgrößte Bausparneugeschäft wurde im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen mit 19,5 Milliarden Euro erzielt. Auf Platz drei liegt Baden-Württemberg mit 18,6 Milliarden Euro.

Die 20,9 Milliarden Euro Nettoneugeschäft im Bausparen bedeuten zugleich den höchsten Wert, der je im Freistaat erreicht worden ist. Die LBS Bayern sieht dies als Ausdruck für die starke Wohnimmobilienachfrage und dafür, dass eine große Zahl von Bauspar-Neuabschlüssen bereits mit konkreten Immobilienfinanzierungen verbunden ist.

Auf die Bayerische Landesbausparkasse entfällt 2012 ein Marktanteil nach Bausparsumme von 38,1 Prozent im Neugeschäft. Sie ist damit klarer Marktführer unter den Bausparkassen im Freistaat. □

Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern im Jahr 2012:

Aufwärtstrend etwas gebremst

Mehr Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung mitteilt, wurden im Jahr 2012 Baugenehmigungen für insgesamt 52.930 Wohnungen erteilt (einschließlich Genehmigungsfreistellungen). Die Anzahl der Wohnungsbaugenehmigungen lag damit um 1,8 Prozent über dem Vorjahresniveau. Somit setzte sich im Jahr 2012 die Aufwärtsentwicklung seit dem historischen Tiefstand der Wohnungsbaugenehmigungen im Jahr 2008 fort, wenn auch etwas gebremst: Wurden in 2008 lediglich 35.053 Wohnungen für den Bau freigegeben, lag dieser Wert im Jahr 2009 bereits bei 35.639 Wohnungen, im Jahr 2010 bei 42.416 und im Jahr 2011 bei 52.010 Wohnungen.

Die Mehrzahl (88,9 Prozent bzw. 47.041 Wohnungen) der im Jahr 2012 genehmigten Wohnungen soll in neuen Wohngebäuden entstehen. Damit erhöhte sich die Zahl der Baufreigaben für diese Neubauwohnungen um 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Durch Um- oder Ausbau von bereits bestehenden Wohngebäuden sollen 5.267 Wohnungen (bzw. 10,0 Prozent) realisiert werden (+4,4 Prozent).

Nichtwohngebäude

In Nichtwohngebäuden sollen durch Neu- und Umbau 622 Wohnungen entstehen, was einem Anteil von 1,2 Prozent entspricht. Insgesamt wurde im Jahr 2012 der Neubau von 18.247 Einfamilienhäusern, 1.921 Zweifamilienhäusern, 2.646 Mehrfamilienhäusern (darunter 40 Wohnheime) sowie von 8.708 Nichtwohngebäuden genehmigt.

Ein- und Zweifamilienhäuser

Die Anzahl der erteilten Baugenehmigungen für neue Ein- bzw. Zweifamilienhäuser lag damit um 7,5 bzw. 1,2 Prozent unter dem jeweiligen Vorjahreswert, während die Zahl der für den Neubau genehmigten Mehrfamilienhäuser den Wert des Jahres 2011 um 6,8 Prozent übertraf. Von den 47.041

Neubauwohnungen entfallen 38,8 Prozent (18.247 Wohnungen) auf neue Einfamilienhäuser und 8,2 Prozent (3.842 Wohnungen) auf neue Zweifamilienhäuser.

Fast jede zweite Wohnung (46,1 Prozent bzw. 21.686 Wohnungen) befindet sich in einem Mehrfamilienhaus, und 6,9 Prozent (3.266 Wohnungen) sind in Wohnheimen geplant. Verglichen mit dem Vorjahr wurden somit um 5,5 Prozent

Bereits zum 25. Mal:

Bayerns schönste Dörfer gesucht

Der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft – Unser Dorf soll schöner werden“ startet heuer bereits zum 25. Mal. Wie Landwirtschaftsminister Helmut Brunner in München mitteilte, können sich Gemeinden oder Gemeindeteile mit höchstens 3.000 Einwohnern bis zum 1. Juni bei ihrer zuständigen Kreisverwaltungsbehörde anmelden.

Der Wettbewerb wird in mehreren Stufen durchgeführt: Die Landkreissieger werden noch in diesem Jahr ermittelt. 2014 fallen die Entscheidungen in den Regierungsbezirken und 2015 stehen die Landessieger fest. Die bayerischen Golddörfer nehmen dann 2016 am Bundeswettbewerb teil.

Der Minister bezeichnete den in dreijährigem Turnus durchgeführten Dorfwettbewerb als „Bayerns größte Bürgerinitiative“. Seit dem Start im Jahr 1961

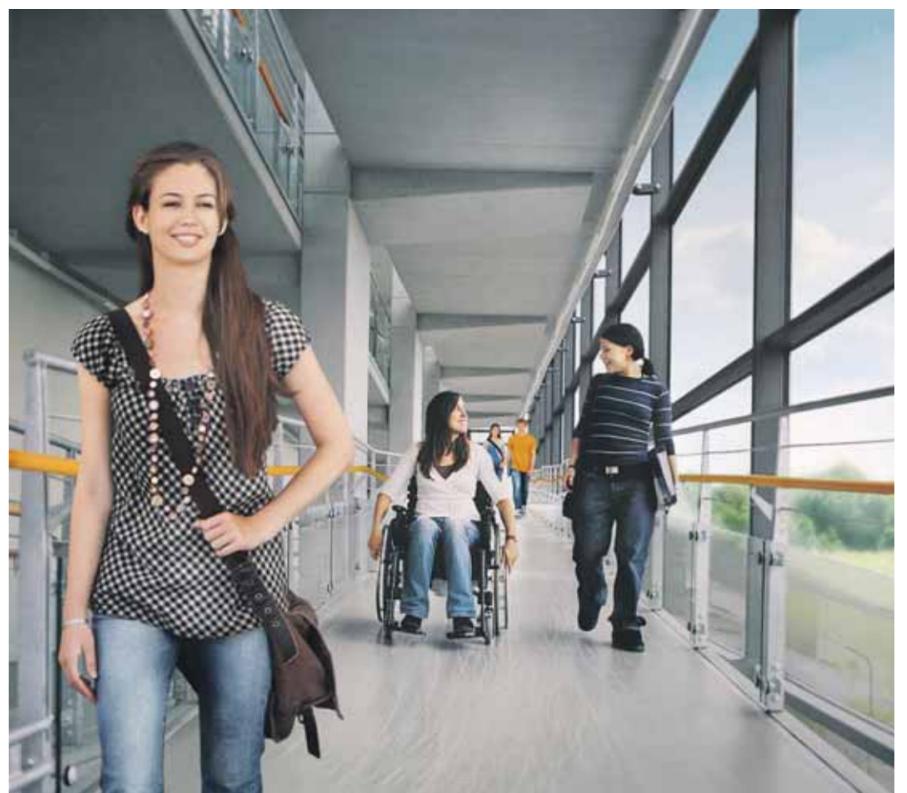
mehr Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern für den Bau freigegeben.

Die Anzahl der Baufreigaben für Wohnungen in neuen Wohnheimen lag im Jahr 2012 fast doppelt so hoch wie im Vorjahr (+95,7 Prozent). Dieser starke Anstieg geht zum Teil auf eine Änderung der Definition des Begriffs „Wohnung“ in der Bautätigkeitsstatistik ab dem Berichtsjahr 2012 zurück: Dabei gelten Wohnheiten, die bislang nicht über eine Küche verfügten, nicht mehr als „sonstige Wohnheiten“, sondern als „Wohnungen“ und werden als solche gezählt. Diese Neudefinition des Begriffs „Wohnung“ beruht auf der Methodik der Gebäude- und Wohnungszählung, die im Rahmen des Zensus 2011 eingeführt wurde. □

haben fast 27.000 bayerische Dörfer an der Prämierung teilgenommen.

Der Wettbewerb bietet laut Brunner den Gemeinden die Chance, ihre Dorfgemeinschaft zu stärken, die Lebensqualität zu erhöhen und sich in eigener Verantwortung für die Zukunft folgender Generationen zu engagieren.

Detailinformationen zum Wettbewerb finden sich im Internet unter www.lwg.bayern.de/dorfwettbewerb. □



Bildung fängt beim Zugang an

Barrierefrei bewegen, lernen und arbeiten: Mit dem neuen Förderprogramm Inklusionskredit Kommunal Bayern unterstützt die BayernLabo Kommunen beim behindertengerechten Umbau von Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

Bayern Labo

Klima-Symposium der Versicherungskammer Bayern:

Energieeffizient bauen – elementar versichern

Energieeffizientes Bauen senkt den Energiebedarf und leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Dennoch sind der Klimawandel und seine Folgen für die Menschen und Natur bereits Realität. Auch Gebäude sind davon betroffen: Heftige Stürme, Hagel und Überschwemmungen beschädigen oder zerstören Wohn- und Lebensraum. Nur wer die richtigen präventiven Maßnahmen ergriffen hat und sich zusätzlich für den Ernstfall richtig versichert hat, ist vor solchen existenziellen Risiken auch finanziell geschützt. Das 8. Klima-Symposium der Versicherungskammer Bayern widmete sich diesen Themen; namhafte Referenten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Praxis zeigen Lösungsansätze auf.

München. Energiesparen und die Steigerung der Energieeffizienz zählen zu den Schlüsselementen für eine erfolgreiche Energiewende und dienen nachhaltig dem Klimaschutz. Das Potenzial für die Senkung des Energieverbrauchs im Gebäudesektor ist gewaltig.

„Mit seinem CO₂-Minderungsprogramm unterstützt das Bayerische Staatsministerium insbesondere Kommunen bei der Durchführung von Maßnahmen, die eine hohe Energieeinsparung in ihren Liegenschaften zum Ziel haben und damit einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten“, betonte Dr. Monika Kratzer, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, vor Vertretern der Presse.

Darüber hinaus bietet die Bayerische Landesamt für Umwelt in Kooperation mit der obersten Baubehörde wertvolle Informationen im Bereich Bauen und Sanieren sowohl für private Bauherren und Hausbesitzer als auch für Planer von Büro- und Verwaltungsgebäuden an.

Wertvolle Informationen

Die Informationen helfen Energie umfangreich einzusparen, die Behaglichkeit zu steigern, Klimaschutz zu praktizieren und langfristig die Lebenszykluskosten eines Gebäudes deutlich zu reduzieren. „Klimaschutz muss künftig in Architektur und Städteplanung deutlichen Eingang finden“, so Monika Kratzer.

Baustoff Recycling Forum 2013 in Augsburg

Über 200 Teilnehmer informierten sich beim Baustoff Recycling Forum 2013 in Augsburg über die rechtlichen Rahmenbedingungen, praktischen Einsatzmöglichkeiten und Perspektiven für den Einsatz von Recyclingbaustoffen in Bayern.

Vertreter der öffentlichen Hand, der Bau- und Recyclingbranche sowie von Ingenieurbüros und Prüflaboren verfolgten die Vorträge und lebhaften Diskussionen zu aktuellen Themen wie der Anlagenverordnung, dem Kreislaufwirtschaftsgesetz und natürlich dem aktuellen Entwurf der neuen Mantelverordnung.

Qualitätssicherung und Zertifizierung

Ein Schwerpunkt der Veranstaltung war die Qualitätssicherung und Zertifizierung von Recyclingbaustoffen, die den Einsatz von RC-Baustoffen für Hersteller und Anwender rechtssicher machen und vereinfachen. Besonders begrüßt wurde daher die am Vortag einstimmig erfolgte Satzungsänderung durch die Mitgliederversammlung des Baustoff Recycling Bayern e.V., durch die sich alle Mitglieder zu einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung von mineralischen Abfällen im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verpflichten, was in der Regel die Güteüberwachung und Zertifizierung von RC-Baustoffen bedeutet.

Durch diese Selbstverpflichtung wird zukünftig die Qualität von Recyclingbaustoffen weiter gesteigert und die Anwendung für den Abnehmer rechtssicher und hochwertiger. Die Teilnehmer des Forums in Augsburg diskutierten ausgiebig die behandelten Themen und informierten sich auf der begleitenden Fachausstellung über Produkte aus und für das Baustoffrecycling.

Weitere Informationen finden sich auch unter: www.baustoffrecycling-bayern.de

Energieeffizientes Bauen hilft Klimaproblem zu lösen

„Der Klimawandel hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Eine Wende in der Energienutzung kann den anthropogenen Treibhauseffekt stoppen“, sagte auch Prof. Olav Hohmeyer, Professur für Energie- und Ressourcenwirtschaft von der Universität Flensburg. Die Nutzung der fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas macht mehr als 80 Prozent des deutschen Problembetrags aus. In Deutschland werden gut ein Drittel der eingesetzten fossilen Energieträger zur Gebäudeheizung verwendet. „Durch energieeffizientes Bauen, das eine Schlüsselrolle bei der Lösung des Klimaproblems einnimmt, kann der Energiebedarf drastisch gesenkt werden“, erklärte Hohmeyer.

Verbundsysteme sind mitversichert

Wärmedämmverbundsysteme reduzieren entscheidend den Verbrauch von Energie in Gebäuden. Wer sie einsetzt, senkt die Energiekosten und schont zugleich die Umwelt. Allerdings können sie auch ein höheres Brandrisiko in sich bergen. Rainer Fühaupter, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern, forderte deshalb sichere Materialien und ihre professionelle Verarbeitung. „Für den Versicherungsschutz des Gebäudes und die Höhe des Prämiensatzes in der Wohngebäudeversicherung hat das Anbringen von Wärmedämmverbundsystemen keine Auswirkungen. Allerdings wird der Versicherer wertsteigernde bauliche Maßnahmen - und damit auch ein Wärmedämmverbundsystem - in den Wert des Gebäudes einbeziehen, um so eine Unterversicherung des Gebäudes zu vermeiden.“

Zusätzlich zur richtigen Versicherung können Hausbesitzer mit

Neue Publikation:

„Nürnberg – Baustelle Zukunft 2013“

Laufende Investitionsvorhaben präsentiert die druckfrische Broschüre „Nürnberg – Baustelle Zukunft 2013/Future under Construction 2013“. 21 Gewerbe-, Wohn-, Kultur- und Infrastrukturprojekte stehen bei-

naturkatastrophenresistenten Baumaterialien dazu beitragen, dass Schäden erst gar nicht entstehen. Arthur A. Eisenbeiss, Direktor des IBS-Instituts für Brandschutztechnik und Sicherheitsforschung, Linz, stellte auf dem Klima-Symposium hagelresistente Dachziegel vor.

Hagelresistente Materialien

Was der Einsatz solcher Materialien wiederum für den Versicherungsschutz bedeutet, erklärte Rainer Fühaupter: „Hagelresistente Oberflächen wirken präventiv und sollten zum Standard für Neubauten und nachträglich angebrachte Wärmedämmverbundsysteme werden.“

Solche hagelresistenten Materialien werden bereits von der Vereinigung Kantonalen Feuerversicherungen und dem Institut für geprüfte Sicherheit gelistet und sind im schweizerisch-österreichischen Hagelschutzregister unter www.hagelregister.info kostenlos abrufbar.

Elementargefahren versichern

Gebäude sind den Folgen des Klimawandels direkt ausgesetzt. Zunehmende Überschwemmungen, Stürme und Hagel können verheerende Schäden anrichten. Die meisten Gebäudebesitzer haben ihr Haus gegen Feuer-, Sturm-, Hagel-, Blitzschlag- und Leitungswasserschäden versichert. Nur etwa jedes zehnte Gebäude in Bayern ist aber gegen Elementargefahren wie Überschwemmungen, Hochwasser, Starkregen, Schneedruck und Erdbeben abgesichert.

In den vergangenen drei Jahren zahlte die Versicherungskammer Bayern durchschnittlich pro Jahr für 91.000 Gebäudeschäden in Bayern und der Pfalz über 202 Mio. Euro an ihre Kunden aus. Davon entfielen 24.000 Schäden mit rund 30 Mio. Euro auf Sturm und Hagel und 4.000 Schäden mit rund 7 Mio. Euro auf Elementargefahren. Tatsächlich dürften die Schäden viel höher liegen, da nur 24 Prozent der Häuser gegen Sturm und Hagel und nur 9 Prozent gegen Elementargefahren versichert sind.

spielhaft für die aktuellen Bau- und Investitionstätigkeiten in der Norisstadt.

DATEV IT-Campus 111

Neben dem neuen Bauabschnitt am Businesspark „FrankenCampus“, der exemplarisch für die architektonisch und infrastrukturell erstrangigen Büro- und Gewerbe-Immobilien in Nürnberg steht, ist unter anderem der „DATEV IT-Campus 111“ abgebildet. Der Neubau der Halle 3a der Nürnberg Messe als architektonisches Highlight und höchst energieeffizientes Gebäude dokumentiert Wachstum, Innovationskraft und Nachhaltigkeit des Messestandorts Nürnberg.

WINN-Wohnen im Nürnberger Norden

Die steigende Nachfrage nach Wohnraum führt im Jahr 2013 zu einer beachtlichen Bautätigkeit. Als größtes innerstädtisches Bauprojekt mit Einfamilienhäusern zeigt sich hier „WINN-Wohnen im Nürnberger Norden.“

Im Internet kann die Broschüre kostenfrei per Download unter www.wirtschaft.nuernberg.de (Menüpunkt „Aktuelles“) bezogen werden. DK



Das Gymnasium Wendelstein zeigt, wie innovative Energiekonzepte gelebt werden.

Innovativer Ingenieurbau vom Boden bis zum Dach

Gymnasium Wendelstein macht Energiewende wahr

Mit seinem Konzept, das ganz auf Umweltverträglichkeit setzt, ist das Wendelsteiner Gymnasium bayernweit beispielhaft. Am 11. September 2012 offiziell eingeweiht, realisierte die Schule einen Neubau „aus einem Guss“ – dank modernster Ingenieurtechnologie bayerischer Unternehmen. Welches bauliche High-Tech hinter der Schulfassade steckt, zeigt der TV-Beitrag „Energieeffizientes Bauen macht Schule“ am 17. März im Bayernfenster von RTL zwischen 18.30 und 18.45 Uhr.

Die Sendung ist Teil der Reihe „Faszination Bau / Bauen in Bayern“, die die bayerische Bauindustrie in Kooperation mit der Obersten Baubehörde initiiert hat, um auf bautechnologische Innovationen im Freistaat aufmerksam zu machen.

Niedrig-Energiehaus

Mit einem limitierten Wärmeenergiebedarf von 40 kWh/m² entspricht das Gymnasium Wendelstein dem Standard eines Niedrig-Energiehauses. Für die Energieversorgung sorgen 22 Erdwärmesonden, die dem Untergrund in 120 Meter Tiefe Wärme entziehen. Im Gebäudeinnern wird über ein Flächenheizsystem in den Wänden geheizt, das im Sommer auch zur Kühlung dient.

Eine zentrale Rolle spielt die Solarenergie: Auf dem Dach von Schulhaus und Turnhalle befinden sich Photovoltaikanlagen. Ebenfalls neu für eine Schule ist die kontrollierte Be- und Entlüftung der Klassenzimmer. Der Wärmeverlust beim Lüften über gekippte Fenster gehört so der Vergangenheit an.

Vorbild für andere Schulen

Als Preisträger des Bayerischen Energiepreises 2012 ist das Gymnasium Wendelstein anderen Schulen ein Vorbild und zeigt, wie innovative Energiekonzepte gelebt werden. Die Energiewende wahr werden lassen? Moderne Ingenieurs- und Baukunst steht zur Realisierung bereit.

Baudenkmäler energieeffizient machen

Was Hausbesitzer wissen müssen

Rund 40 Prozent der Endenergie wird durch Gebäude verbraucht. Die Energiewende kann daher nur gelingen, wenn der Energieverbrauch von Gebäuden gesenkt wird. Gerade bei älteren Gebäuden ist eine energetische Modernisierung sinnvoll. Eine Besonderheit stellt die energetische Modernisierung von Baudenkmälern und sogenannter „besonders erhaltenswerter Bausubstanz“ dar. Als „besonders erhaltenswerte Bausubstanz“ gelten Bauwerke, die für das Orts- bzw. Straßensbild prägend sind oder im Ensemblebereich stehen.

Für Eigentümer ist wichtig, einen Experten an der Hand zu haben, der weiß, welche baulichen oder technischen Maßnahmen für das jeweilige Gebäude geeignet sind, um eine wirtschaftliche, nachhaltige, dauerhafte und denkmalgerechte Verbesserung sicherzustellen. Nur bei der Beauftragung eines entsprechend zertifizierten Energieberaters kann ein Bauherr von Fördergeldern und günstigen Krediten profitieren. Hausbesitzer sollten deswegen darauf achten, den Auftrag für eine energetische Modernisierung an einen zertifizierten „Energieberater für Baudenkmäler“ zu vergeben.

Förderbaustein „Effizienzhaus Denkmal“

Der Förderbaustein „Effizienzhaus Denkmal“ wurde 2012 vom Bundesverkehrsministerium und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eingeführt. Doch nicht jeder kann und darf Fördergelder für die energetische Modernisierung denkmalgeschützter Gebäude oder „besonders erhaltenswerter Bausubstanz“ bei der KfW beantragen. Dies dürfen nur zertifizierte „Energieberater für Baudenkmäler“. Und zertifizierter Energieberater für Baudenkmäler wird unter anderem, wer sich bei einer zertifizierten Fortbildungseinrichtung weitergebildet hat.

Die Bayerische Ingenieurekammer-Bau ist derzeit die einzige Fortbildungseinrichtung in Süddeutschland, die diese Zertifizierung besitzt. Bundesweit gibt es momentan nur vier weitere Institute, die Energieberater für Baudenkmäler ausbilden dürfen.

Energieberater für Baudenkmäler müssen entsprechende Praxiserfahrung nachweisen oder eine umfangreiche Schulung absolviert haben. Nach erfolgreich abgelegter Prüfung werden sie in die Liste der „Koordinierungsstelle Energieberater für Baudenkmäler“ aufgenommen.

Zertifizierte Energieberater für Baudenkmäler finden Eigentümer unter folgendem Link: <http://www.energieberaterdenkmal.de/suche.jsp>

Recycling-Baustoffe aus Bayern -
der Umwelt zuliebe
nur mit diesem Zeichen!



www.baustoffrecycling-bayern.de

Close-fit am Tegernsee

D&S saniert Abwassersammler mit Compact Pipe

Vor allem aufgrund der besonders hohen Schadensdichte und dem daraus resultierenden Handlungsbedarf hatte der Zweckverband zur Abwasserbeseitigung am Tegernsee (AZV) das Kanalsystem in der Adrian-Stoop-Straße in Bad Wiessee als Sanierungsschwerpunkt für das Jahr 2012 festgelegt. Während der Regenwassersammler im Berstlining-Verfahren erneuert wurde, setzte der Auftraggeber bei der Sanierung des Abwassersammlers aus bautechnischen und wirtschaftlichen Erwägungen auf eine Auskleidung im Close-fit-Lining-Verfahren. Zur Anwendung kam das Compact-Pipe-System, das von den Sanierungsprofis der Diring & Scheidel Rohrreparatur GmbH & Co. KG, Niederlassung München, eingebaut wurde.

Dabei wird ein werkseitig C-förmig vorverformtes HDPE-Rohr in die gereinigte Haltung eingezogen. Druck und Wärme sorgen dann beim weiteren Arbeitsablauf dafür, dass der Inliner sich durch den so genannten Memory-Effekt close-fit an die Innenwandung des alten Rohres legt. Das Ergebnis ist ein statisch eigenständiges und belastbares Rohr, das in Bezug auf die Qualität mit einer Neuverlegung vergleichbar ist. Zu den weiteren Vorteilen zählt neben der kurzen Einbauzeit der Umstand, dass sich die Beeinträchtigungen für die Anwohner sowie den Fußgänger- und Straßenverkehr in akzeptablen Grenzen halten – ein Aspekt, der vor allem in Hinblick auf den Fremdenverkehrscharakter des Kur- und Urlaubsortes Bad Wiessee eine wichtige Rolle spielte.

Der Tegernsee liegt rund 50 km südlich von München in den Bayerischen Alpen und zählt zu den beliebtesten Ausflugs- und Fremdenverkehrszielen der Region. Bereits in den 1960er Jahren erhielt der See eine durchgängige Ringkanalisation, die entscheidend dazu beigetragen hat, dass der Tegernsee zu den saubersten Gewässern in Bayern zählt. Für seine Reinhaltung zeichnet der Zweckverband zur

Abwasserbeseitigung am Tegernsee dokumentiert. Die Ergebnisse fließen in ein so genanntes digitales Geografisches-Informationen-System (GIS) ein und werden dort verwaltet. Gleichzeitig stellt das System die Grundlage für die Erstellung des Sanierungskonzeptes dar, nach dem die schadhaften öffentlichen Kanäle im Verbandsgebiet seit 1998 saniert werden. „Damit die Anstrengungen des Zweckverbandes wirklich Sinn machen, müssen auch die gesamten privaten Leitungen und Schächte der Grundstücksentwässerung vom jeweiligen Eigentümer untersucht und geprüft werden“, so Strohschneider weiter. Gegebenenfalls ist dann eine Sanierung erforderlich.“

Hochwertiges Verfahren

Wie in diesem Jahr in Bad Wiessee: „Entlang der Adrian-Stoop-Straße verläuft der Schmutzwasserkanal in der Nennweite DN 400, der aufgrund seiner Tiefenlage, der Seennähe und des verbauten Werkstoffes eine Vielzahl an undichten Rohrverbindungen aufwies“, erklärt der verantwortliche Planer Dipl.-Ing. (FH) Andreas Böhm, Ing. München West GmbH. Bei der Sanierung der insgesamt 25 Haltungen des

Compact Pipe wird als Standardrohr in Anlehnung an die Norm DIN 8074 mit entsprechenden Wanddicken gefertigt. Bereits bei der Herstellung im Werk erhält das Produkt die verfahrenstypische Verformung. „Dazu wird das HDPE-Rohr unter definierten Bedingungen axial C-förmig gefaltet“, beschreibt Dipl.-Ing. (FH) Stephan Oeder, Diring & Scheidel Rohrreparatur GmbH & Co. KG, den Herstellungsprozess. Aus wicklungs- und einbautechnischen Gründen liegt die Falte an der Seite des Rohres. „Die daraus resultierende Reduzierung des Querschnittes ermöglicht das Einziehen über vorhandene Schächte in die zu sanierende Leitung“, so Oeder weiter. In Abhängigkeit von der Nennweite können mehrere hundert Meter auf eine Trommel gewickelt und eingezogen werden.“

Qualität einer Neuverlegung

Bereits beim Herstellungs- und Einbauprozess wird die Qualität von PE-Compact Pipe werkseitig durch Eigen- und Fremdüberwachung gesichert. „Darum weist das fertige Rohr in den gewünschten Materialeigenschaften keine messbaren Schwankungen auf und die Qualität der mit diesem Verfahren eingebauten PE-Rohre entspricht neu verlegten PE-Standardrohren“, stellt Dipl.-Ing. (Univ.) Martin Schuster, Niederlassungsleiter NL München, Diring & Scheidel Rohrreparatur GmbH & Co. KG, fest. Zudem erfolgt der Einbau relativ schnell und die bei offenen Sanierungsmaßnahmen üblichen Beeinträchtigungen des Baumfeldes halten sich in Grenzen.

Ergebnis close-fit

Im Vorlauf der Sanierung wird eine TV-Untersuchung durchgeführt, vorhandene Zuläufe eingemessen und das zu sanierende Rohr auf seinen Zustand überprüft. Hierbei festgestellte Hindernisse wie zum Beispiel Ablagerungen oder einragende Stützen werden mit einem Roboter bündig mit der Innenwandung des Altrohres zurückgefräst. Auch die am Kanal angeschlossenen Grundstücksanschlüsse wurden vor der Sanierung des Hauptkanals mittels Schlauchliner saniert. Unmittelbar vor dem Liner-Einzug wird das Altrohr unter Einsatz eines HD-Spülfahrzeuges rückstandslos gereinigt. Danach wird ein Zugkopf an den PE-Rohrstrang geschweißt, das Compact Pipe in den vorhandenen Einstiegschacht eingeführt und in die zu sanierenden Haltungen eingezogen. Nachdem beide Rohrenden druckfest verschlossen sind, wird die Haltung mit heißem Dampf beschickt. Der Druck ist abhängig von Dimension und Wandstärke des verwendeten Rohres. Am Compact Pipe angebrachte Fühler messen während der Einbauphase permanent Innen- und Außentemperatur. Die Erwärmung löst den so genannten Memory-Effekt aus, durch den das eingezogene Rohr den Außendurchmesser des extrudierten Rohres erreicht. Die Dauer der Erwärmungsphase ist ebenfalls von Parametern wie Wandstärke, Nennweite und Länge des Rohres abhängig. Das Ergebnis: Während der Erwärmungsphase wird es „close-fit“ an die Wandung des zu sanierenden Rohres gedrückt und durch die spätere Abkühlung in seiner ursprünglichen kreisrunden Form fixiert. Nachdem ein Roboter die Zuläufe aufgefräst hat, werden abschließend Hutprofile vom Typ CP-ZA 2012 gesetzt und verschweißt. Dabei handelt es sich um ein Hutprofil mit einer 5 mm starken PE-Krempe mit integriertem Dichtungsgum-

mi und Heizwendeln zum Verschweißen mit dem PE-Rohr. Der Übergang zu den in den Anschlusskanal gestülpten 25 cm langem Gewebeschlauch ist vulkanisiert. Zudem schützt ein Stützschlauch den Gewebeschlauch gegen Überdehnung. „Das Compact Pipe-Verfahren ist ausgereift und steht für wirtschaftliche und nachhaltige Kanalsanierung“, fasst Niederlassungsleiter Schuster zusammen.

„Compact Pipe eignet sich für die Sanierung von Wasserleitungen, Industrierohrleitungen, Gasleitungen und Kanalrohrleitungen aus Werkstoffen wie Stahl, Guss, Steinzeug oder Beton und ist in einem Nennweitenbereich von DN 100 bis DN 500 einsetzbar.“ Laut Schuster setzt der D&S-Standort München seit geraumer Zeit auf das Sanierungsverfahren, für das sich zunehmend mehr Kunden

entscheiden. Zufriedenheit herrscht jedenfalls auch beim Zweckverband zur Abwasserbeseitigung am Tegernsee. Die Sanierungsarbeiten konnten trotz eines straffen Zeitplans – unter anderem musste aufgrund der Lage der Baustelle im Kurviertel in den Mittagsstunden Baulärm vollständig vermieden werden – termingerecht und in der gewünschten Qualität abgeschlossen werden. □

Benchmarking-Projektrunde 2013 gestartet

Motivation zur Optimierung der kommunalen Trinkwasser- und Abwasserversorgung

Die bayerischen Kommunen leisten bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung vorbildliche Arbeit. Dies betonte der Bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber jüngst in Amberg beim Start der Projektrunden 2013 für das Benchmarking in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Bayern.

Huber weiter: „Mit ihrer Teilnahme am Benchmarking können kommunale Unternehmen zeigen, dass sie eine qualitativ hochwertige Dienstleistung erbringen und dabei kostenorientiert handeln. Davon profitieren auch die Bürger. Wer effizient wirtschaftet, spart Energie und kann gleichzeitig die Bevölkerung entlasten. Das Beispiel der Teilnehmergemeinden zeigt, wie der Modernisierungsprozess in der bayerischen Wasserwirtschaft gelingen kann.“

Vergleichbarkeit

Im Rahmen des vom Bayerischen Umweltministerium, kommunalen Spitzenverbänden und Fachverbänden unterstützten Benchmarking-Projekts können kommunale Unternehmen Vergleichbarkeit bei ihren Lei-

stungen herstellen und so Optimierungsmöglichkeiten erkennen. Das stellt Transparenz her und zeigt Wege auf, um Kosten zu senken. Benchmarking liefert damit wichtige Argumente auch gegen die EU-Vorstöße zur Privatisierung der Wasserversorgung. Huber: „Wasser und Abwasser sind Bestandteil der Daseinsvorsorge. Unser hochwertiges bayerisches Wasser darf nicht zu einer Handelsware werden. Deshalb ist es wichtig, dass unsere Wasserversorgung bei den Kommunen verbleibt. Dies gewährleistet moderate Preise und hervorragende Qualität.“

Langfristige Qualität

Die Ergebnisberichte der Benchmarking-Projekte in Abwasser und Wasserversorgung sichern seit dem Jahr 2000 lang-

fristige Qualität und Leistungsoptimierung und sind Aushängeschild der Branche. Jeder Teilnehmer am Benchmarking-Projekt erhält einen Zuschuss des Bayerischen Umweltministeriums in Höhe von 500 Euro.

Energieeinsparung

Durch innovative und moderne Abwasseranlagen konnten zwischen 2008 und 2010 bereits elf Prozent der Energie eingespart und zwölf Prozent mehr eigene Energie produziert werden. Um die Energieeffizienz im Abwasserbereich weiter zu steigern, hat das Bayerische Umweltministerium Energieanalysen auf Kläranlagen mit bisher insgesamt rund 1 Million Euro gefördert. Ab sofort besteht wieder Gelegenheit für alle kommunalen Einrichtungsträger zur Teilnahme am Benchmarking in der Wasserversorgung und beim Abwasser.

Weitere Informationen unter: <http://www.wasser.bayern.de> □



Ideales Verfahren in einem sensiblen Baumfeld: In Bad Wiessee wurden 25 Haltungen des Abwasserkanals in der Adrian-Stoop-Straße mit Compact Pipe ausgekleidet.

Bild: Diring & Scheidel Rohrreparatur

Abwasserbeseitigung am Tegernsee verantwortlich. Der Zweckverband reinigt und beseitigt die Abwässer von rund 25.300 Einwohnern und von fast 300.000 Touristen, die im Jahresdurchschnitt die Region besuchen. Hierzu betreibt der Verband ein ca. 260 km langes Kanalnetz im Trennsystem, in das nur häusliches Abwasser und Industrieabwasser eingeleitet werden dürfen. „Die anfallende Jahresschmutzwassermenge beträgt etwa 3,6 Mio. m³“, erläutert Dipl.-Ing. (Univ.) Markus Strohschneider, Techn. Betriebsleiter, Zweckverband zur Abwasserbeseitigung am Tegernsee. „Niederschlagswasser von Dachflächen und befestigten Flächen ist entweder vor Ort zu versickern oder kann in Teilbereichen über Regenwasserkanäle dem Tegernsee oder anderen Gewässern zugeleitet werden.“ Entsprechend der Eigenüberwachungsverordnung (EÜV) wird das öffentliche Kanalnetz seit 1991 regelmäßig mit einer Kamera befahren und et-

rund 950 m langen Abschnittes des Ringkanals haben sich Auftraggeber und Planer für den Einsatz eines Close-fit-Lining-Verfahrens entschieden. Ausschlaggebend waren hierfür neben bautechnischen und wirtschaftlichen Gründen in erster Linie die Ansprüche in Bezug auf einen nachhaltigen Kanalbetrieb. „Für den Zweckverband und uns kam deshalb nur ein langlebiges und qualitativ hochwertiges Renovationsverfahren in Frage“, so Böhm weiter. Und das ist nicht unbedingt das billigste, sondern das wirtschaftlichste – ist er sich mit Betriebsleiter Strohschneider einig. Konsequenz fiel die Entscheidung auf das so genannte Compact Pipe-System, bei dem ein werkseitig vorverformtes Rohr mit hoher Werkstoffqualität eingezogen und mittels Druck und Dampf rückverformt wird.

Verfahrenstypische Verformung



Umweltgerechte Lösungen. Innovative Techniken.

Bau · Dienstleistung · Innovation · Betrieb
www.max-boegl.de

Ver- und Entsorgung · Hochbau · Schlüsselfertiges Bauen
Betonfertigteile · Stahl- und Anlagenbau · Brückenbau
Verkehrswegebau · Tunnelbau · Umwelttechnik
Fahrwegtechnologie



MAX BÖGL

Fortschritt baut man aus Ideen.

Max Bögl Bauunternehmung GmbH & Co. KG
Postfach 11 20 · 92301 Neumarkt
Telefon +49 9181 909-0
Telefax +49 9181 905061
info@max-boegl.de

VBEW-Fachtagung Wasser in Bamberg:

Trinkwasser muss in Bayern weiterhin hohe Qualität haben

„Die Sicherung der Trinkwasser- und Gewässerqualität in Bayern hat für uns oberste Priorität. Dies ist kein leichtes Unterfangen, denn vor dem Hintergrund der Energiewende kommt hinsichtlich des Grundwasserschutzes auf die Unternehmen der bayerischen Wasserwirtschaft einiges zu,“ betonte Gerhard Moser, Vorstandsmitglied des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (VBEW) beim diesjährigen Expertentreffen der bayerischen Wasserwirtschaft in Bamberg, an dem rund 150 Fachleute der Wasserwirtschaft, Wissenschaftler, Vertreter aus Ministerien und Behörden sowie von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsunternehmen teilnahmen.

Moser wies zudem darauf hin, dass auch die auf europäischer Ebene diskutierten Neuregelungen der Dienstleistungskonzessionsrichtlinie „für unsere Unternehmen noch reichlich Handlungsbedarf verursachen können“.

Für die Wasserversorger wird es nicht einfacher. Der mit der eingeleiteten Energiewende einhergehende Umbau der Energieerzeugung hin zu erneuerbaren Energien ist insbesondere hinsichtlich des Grundwasserschutzes bedeutsam. „In Bayern wird mit einem Anteil von ca. 90 Prozent weitgehend das gesamte Trinkwasser aus Grundwasser gewonnen. Grundwasser hat ein langes Gedächtnis. Das heißt, dass wir „heute“ die möglichen wasserwirtschaftlichen Auswirkungen für „morgen“, die sich etwa beim Bau von regenerativen Energieerzeugungsanlagen und beim vermehrten Anbau von Energiepflanzen für den Schutz des Trinkwassers ergeben können, unbedingt berücksichtigen müssen,“ sagte Moser.

Grundwasserschutz bei der Energiewende ausreichend beachten

Sowohl innerhalb als auch außerhalb von Wasserschutzgebieten können in unterschiedlicher Intensität Gefährdungen durch Photovoltaik-, Biogas-, Windkraft- und Geothermieanlagen für das Grundwasser ausgehen. Auch ein verstärkter Energiepflanzenanbau und Monokulturen können durch die Düngungsintensivierung die Auswa-

schungsgefahr von Nitrat und Pflanzenschutzmittelrückständen in das Grundwasser erhöhen.

Feldversuche

„Den Anbau alternativer und grundwasserschonender Energiepflanzen testen wir bereits in Feldversuchen in enger Kooperation mit der Agrarwirtschaft,“ erläuterte Moser. Die bayerische Wasserwirtschaft werde ihr hohes Engagement für den vorsorgenden Gewässerschutz fortsetzen. „Auch wir wollen die Energiewende, Ziel ist es aber, den Kunden auch in Zukunft Trinkwasser überwiegend aus naturbelassenem Grundwasser in Bayern zur Verfügung zu stellen“, so Moser.

Bewährte Struktur der ortsnahe Wasserversorgung

„Eine sichere und zuverlässige Wasserver- und Abwasserentsorgung ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge für die Menschen und deshalb eine kommunale Pflichtaufgabe. Der Ordnungsrahmen einer ortsnahe und öffentlich-rechtlichen Unternehmensstruktur hat sich dafür seit Jahrzehnten bestens bewährt,“ bemerkte Moser. Die Unternehmen der Städte und Gemeinden sowie die Zweckverbände, zu denen sich mehrere Gemeinden oder auch Landkreise zusammengeschlossen haben, gewährleisten in Bayern eine hohe Ver- und Entsorgungssicherheit. Die meisten Wasserver- und Abwasserentsorger sind in Bayern in öffentlicher Rechtsform organisiert. Bei klei-

neren Betrieben überwiegen die Rechtsformen Regie- bzw. Eigenbetrieb, mittlere Unternehmen sind meist als Zweckverband, Kommunalunternehmen oder Eigenbetrieb und größere Unternehmen auch in privatrechtlicher Rechtsform als GmbH oder Aktiengesellschaft ggf. auch mit Beteiligung eines dritten Unternehmens organisiert.

Entscheidungshoheit

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion auf EU-Ebene zur Konzessionsvergaberichtlinie, die die Vergabe von Konzessionen EU-weit regeln soll, könnten Unternehmen der Wasserver- und der Abwasserentsorgung in Deutschland und in Bayern betroffen sein, sofern sie nicht zu 100 Prozent kommunal organi-

38,2 Millionen Euro für bayerische Wasserprojekte

Im März zahlt der Freistaat 38,2 Millionen Euro Fördermittel für kommunale bayerische Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen sowie für private Kleinkläranlagen aus. Der Bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber betonte: „Die bayerischen Kommunen leisten bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung vorbildliche Arbeit. Bayern ist ein starker Partner der Kommunen. Nach intensiven Haushaltsverhandlungen sind die Fördermittel für die kommunale Wasserversorgung und Abwasserentsorgung gesichert.“ Für die kommunale Wasserversorgung werden jetzt 32,5 Millionen Euro, für die kommunale Wasserversorgung 2,8 Millionen Euro und für private Kleinkläranlagen 2,9 Millionen Euro an Fördermitteln ausbezahlt.

Huber: „Auch zukünftig können die Fördermittel ohne Wartezeiten ausbezahlt werden. Die Kommunen können zeitnah mit den Zuschüssen rechnen. Das ist ein großer Erfolg.“ Der Freistaat kehrt damit zu turnusmäßigen Auszahlungen zurück, zukünftig werden etwa alle drei Monate Auszahlungen geleistet. Im März werden die bis Februar 2013 eingegangenen Förderanträge ausbezahlt.

Der Freistaat Bayern hat in den vergangenen 60 Jahren im Bereich der kommunalen Wasserversorgung rund 3,5 Milliarden Euro und im Bereich der kommunalen Abwasserentsorgung knapp 8,7 Milliarden Euro an Unterstützung gewährt. Huber: „Seit 2003 wurden zudem etwa 171 Millionen Euro für den Bau und die Nachrüstung von Kleinkläranlagen bewilligt. Damit ist Bayern Spitzenreiter bei der Förderung von Kleinkläranlagen.“

Um die Energieeffizienz im Abwasserbereich weiter zu steigern, hat das Bayerische Umweltmini-

siert sind. „Die Unternehmen müssen nun prüfen, wenn die Richtlinie tatsächlich so in Kraft tritt, wie vom EU-Binnenmarktausschuss verabschiedet, wie sie darauf reagieren,“ so Moser. „Jedes Unternehmen muss allerdings die Entscheidungs- und Gestaltungshoheit haben, in welcher Rechtsform es organisiert sein will.“

Regional gut aufgestellt

Die Wasserversorgung ist in Bayern regional gut aufgestellt und hat langfristige Entwicklungen wie etwa die Auswirkungen des Klimawandels oder die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur fest im Blick.

„Zweifelsohne haben wir in Bayern insbesondere in den Regionen, die vom Bevölkerungsrückgang stark betroffen sind, auch in der Wasserwirtschaft erheblichen strukturellen Anpassungsbedarf. Die dafür notwendigen Maßnahmen abzuleiten schaffen wir aber alleine. Dazu brauchen wir die EU-Richtlinie nicht“, ergänzte VBEW-Geschäftsführer Detlef Fischer. □

Brisante Themen beim „Wassersportgespräch“

Fruchtbarer Meinungs austausch auf der Messe München

München (ni) - Beim traditionellen „Wassersportgespräch“ trafen auf der Neuen Messe in München Vertreter von Behörden und Verbänden aufeinander, um wichtige Themen zwanglos zu besprechen und nach geeigneten Lösungen bereits im Vorfeld zu suchen. Geleitet wurde das Gespräch vom Präsidenten des Bayerischen Seglerverbandes (BSV), Joerg von Hoermann, die Moderation übernahm Gabi Toepsch. Auch heuer war das Gespräch wieder sehr gut besetzt. Brisantestes Thema war heuer der „Managementplan“, der für die oberbayerischen Seen Ammersee, Starnberger See und Chiemsee und den bayerischen Teil des Bodensees aufgestellt werden soll.

Dr. Reinhard Pfeiffer, Geschäftsführer der Messe München, erklärte, die Messeleitung sei sehr froh darüber, dass das „Wassersportgespräch“ jedes Jahr hier stattfindet. Zum Thema „Managementplan“ erläuterte Lorenz Sanktjohanser vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt die Gründe, warum ein solcher Plan in Bayern aufgestellt werde.

Auf den drei oberbayerischen Seen Ammersee, Starnberger See und Chiemsee seien durch die vor 16 Jahren getroffene freiwillige Vereinbarung „Wassersport-Naturschutz“, die sich bestens bewährt habe, bereits viele Hindernisse für ein friedliches Zusammenleben ausgeräumt worden. Das Problem aber seien die „Nichtorganisierten“. Es solle ein „runder Tisch“ stattfinden, um die Pläne abzustimmen.

Handlungsbedarf

Am Bodensee gebe noch keine Regelung, da bestehe dringender Handlungsbedarf. Gegen diese Pläne protestierte der Reviervertreter des BSV, Dr. Andreas Lochbrunner. Der „Managementplan“ würde in die Nutzung des Sees massiv eingreifen, alle Buchten des Bodensees dürften dann von Sportbooten nicht mehr befahren werden. „Wir sind froh, dass die Regierung von Schwaben inzwischen Gesprächsbereitschaft sig-

nalisiert hat, dabei werden wir eine Vielzahl von Einwendungen vorbringen“, kündigte Dr. Lochbrunner an.

Oberbayerische Verantwortung

Roland Weid, Vertreter der Regierung von Oberbayern, machte klar, Oberbayern habe eine besondere Verantwortung für die Natur. Sieben von acht Gebieten, die mit der Ramsar-Konvention von 1971 unter Schutz gestellt worden seien, lägen in Oberbayern. Zigttausende von Zugvögeln hätten im Winter am Ammersee und Starnberger See ihre Ruheplätze. „Schon ein einzelner Störer kann Tausende von Wasservögeln aufschrecken, mit entsprechendem hohen Energieverbrauch für die Tiere“, so der Referent. Am Chiemsee sei die Gefahr nicht so groß; hier gebe es einen sehr verantwortungsvollen Umgang mit der Natur.

Fritz Kocourek, Reviervertreter vom Ammersee, sah die Eingriffe, bezogen auf die Länge der Uferfläche, als zu massiv an. Lob gab es von Horst Guckelsberger, Vorsitzender des Landesbundes für Vogelschutz, Kreisgruppe Starnberg. „Das freiwillige Abkommen „Wassersport-Naturschutz“ ist ein Leuchtturm“, so der Vogelschützer. Er dankte dem BSV ausdrücklich für die Vorreiterrolle, die dieser übernommen habe. □

Ein Ur-Fisch kehrt zurück in die Donau

Wöllershof (obx) - In der bayerischen Donau gilt er seit fast 100 Jahren als so gut wie ausgestorben, doch jetzt soll er wiederkehren: Der Stör ist das „Ur-Vieh“ unter den Donau-Fischen, seine Art hat schon zu Zeiten der Saurier die Flüsse der Erde bevölkert. In einem deutschlandweit einzigartigen Projekt wird derzeit in Ostbayern die kleinste Stör-Art, der Sterlet, wieder in der Donau angesiedelt. Noch im Laufe dieses Jahres sollen die letzten von rund 24.000 einjährigen Sterlets in Nebenflüssen der Donau ausgesetzt werden.

Grundlage für die Wiederansiedlung des Störs in der Donau sind die einzigartigen Züchterfolge mit der seltenen Fischart in Ostbayern. Im Teichwirtschaftlichen Beispielbetrieb des Bezirks Oberpfalz in Wöllershof gelang schon in den 90er Jahren die weltweit erste erfolgreiche Züchtung von Stören in größeren Mengen. Gemeinsam mit dem Bayerischen Landesfischereiverband und dem Oberpfälzischen Fischereiverband arbeitet der Bezirk jetzt daran, die kleinste Stör-Art in Ostbayern wieder heimisch zu machen.

Farbmarkierungen

Tausende Sterlets wurden bereits in den Donau-Zuflüssen Regen, Naab und Schwarze Laber ausgesetzt. Alle Tiere sind mit Farbmarkierungen versehen, die Auskunft über Ort und Zeitpunkt ihres Einsetzens geben. Rund 60.000 Euro bringt der Bayerische Landesfischereiverband für die Wiedereinbürgerungsaktion auf. Der Bezirk Oberpfalz übernimmt den Besatz, die Dokumentation und die Auswertung des Artenhilfsprojekts.

Die Geschichte des Störs ist über 100 Millionen Jahre alt. Das sieht man dem „Ur-Vieh“ bis heute an: gräuliche Knochenplatten, ein ungewöhnlich spitzes Maul und

knöchrige Rückenhöcker kennzeichnen den Stör. Mehrere Arten des Urfishes lebten einst in der Donau. Darunter auch der Hausen, die mit bis zu acht Metern Länge größte Stör-Art. Bis ins Mittelalter wurde dieser „Donau-Wal“ intensiv befischt, sein Fleisch galt als billige Nahrung. Heute kommt der Hausen nur noch im Bereich des Donau-Deltas vor.

Auch der Sterlet fiel als beliebter Speisefisch der intensiven Fischerei zum Opfer. Seit den 1920er Jahren gilt die kleinste Stör-Art im bayerischen Donaulauf als nahezu ausgestorben. Nur vereinzelt gehen Fischern noch Exemplare des streng geschützten Ur-Fisches ins Netz. In den bayerischen Breiten bringt der Sterlet bis zu drei Kilogramm auf die Waage und wird ungefähr einen halben Meter lang.

In Zukunft soll der Sterlet in Ostbayern wieder heimisch werden. Doch um festzustellen, ob die jetzt neu ausgesetzten Tiere sich tatsächlich vermehren, braucht es noch ein wenig Geduld. Nach etwa 3 bis 5 Jahren sind die Männchen und nach 7 bis 9 Jahren die Weibchen geschlechtsreif. Fischer, denen eines der Ur-Tiere ins Netz oder an den Haken geht, werden gebeten, sich bei der Fischereiberatung des Bezirks Oberpfalz zu melden. □

Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht?

Bayerischer Gemeindegtag zu den neuen Abschreibungsmöglichkeiten bei Wasserversorgungs- und Entwässerungseinrichtungen

Der Bayerische Gemeindegtag begrüßt zwar, dass die Bayerische Staatsregierung es für öffentliche Einrichtungen zulassen will, im Rahmen der Gebühren Rücklagen für künftige Sanierungsmaßnahmen zu ermöglichen. Gemeindegtagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Nach unserer Erfahrung erwarten unsere Bürger sogar, dass die öffentlichen Einrichtungen tatsächlich nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden. Mit der Gesetzesinitiative wird eine langjährige Forderung der Bayerischen Gemeindegtags umgesetzt. Leider hat sich die Staatsregierung aber für ein viel zu kompliziertes Verfahren entschieden und unseren einfach umsetzbaren und praxisnahen Vorschlag unberücksichtigt gelassen. Das ist bedauerlich.“

Statt der nunmehr beabsichtigten kompletten Umstellung auf die Abschreibung auf Wiederbeschaffungszeitwerte hatte der Bayerische Gemeindegtag vorgeschlagen, einen prozentualen Gebührensatz im Kommunalabgabengesetz aufzunehmen. Dies wäre für die kleinen und mittelgroßen Kommunen wesentlich leichter umzusetzen gewesen als die vom Ministerrat vorgesehene Neuregelung.

Erheblicher Mehraufwand

Bei einer Abschreibung auf Wiederbeschaffungszeitwerte muss parallel zum bestehenden Anlagenachweis ein eigener Anlagenachweis für Wiederbeschaffungszeitwerte geführt werden. Dieser Mehraufwand zur Ermittlung der Zahlenwerte wird erheblich sein und aus Sicht des Ge-

meindegtags dazu führen, dass kleinere und mittlere Aufgabenträger den neu geschaffenen Spielraum nicht nutzen werden.

Gesetzesänderung zu spät

Mit der geplanten Gesetzesänderung können außerdem nicht innerhalb weniger Jahre ab Inkrafttreten der Neuregelung Ansparungen für längst überfällige Maßnahmen angesammelt werden. Die Gesetzesänderung kommt daher für diejenigen Einrichtungsträger, die ihre Generalsanierungen der Ortsnetze bereits anpacken müssen, zu spät.

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung beschlossen, den seit Jahren zwischen Bayerischem Gemeindegtag und Staatsregierung diskutierten Gesetzentwurf ins parlamentarische Verfahren zu bringen. □

Terminhinweis:

Süd- und Ostbayerische Wassertagung in Landshut

Der Umwelttechnologie-Cluster Bayern e.V. veranstaltet zusammen mit der ARGE Wasser/Abwasser Niederbayern/Oberpfalz und der DWA Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. die 2. Süd- und Ostbayerische Wassertagung. Sie findet am 10. und 11. April 2013 in der Sparkassen Arena in Landshut statt. Schirmherr ist Claus Kumutat, Präsident des Bayerischen Landesamts für Umwelt.

Neben Fachkongressen zu den Themen Trinkwasser, Abwasser und Badewasser mit branchenspezifischen Vorträgen von erfahrenen Experten erwarten den Besucher eine umfangreiche Fachausstellung sowie eine Abendveranstaltung für den Erfahrungsaustausch. Etwa 100 Firmen werden mit einem Messestand ihre Produkte präsentieren und stehen mit Spezialisten für alle Fragen zur Verfügung.

Als Gäste werden Entscheider und technische Verantwortliche von Wasserver- und Entsorgungsbetrieben erwartet, wie Bürgermeister, Werkleiter, Geschäftsführer, Betriebsleiter, Wasser- bzw. Abwassermeister, Planer und Anlagenbauer sowie Vertreter von Fachbehörden wie Hygieneinspektoren und Mitarbeiter von Gesundheitsämtern.

Zahlreiche Details zur Fachtagung, insbesondere zum Programm und zur Anmeldung unter www.wassertagung.de DK

RAL-Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau:

Qualität im Fokus

Erfahrungsaustausch der Auftraggeber und Auftragnehmer in Baden-Württemberg

Vor kurzem fand in Baden-Württemberg der 8. Erfahrungsaustausch der Fachkollegen aus Entwässerungsbetrieben, Ingenieurbüros sowie Bauunternehmen mit RAL-Gütezeichen Kanalbau statt. Bei der Veranstaltung im Stuttgarter Haus der Wirtschaft lag der Fokus auf dem Austausch zur Qualität bei „Herstellung und Instandhaltung von Abwasserleitungen und -kanälen“. Maßnahmen zur fachgerechten Bauausführung und Fehlervermeidung standen im Mittelpunkt der Berichte der vom RAL-Güteausschuss beauftragten Prüfingenieure.

Mit der RAL-Gütesicherung verfolgen die Mitglieder der Gütegemeinschaft das gemeinsame Ziel, Qualitätsstandards bei Planung, Ausschreibung, Bau und Sanierung von Abwasserleitungen und -kanälen zu verbessern. Zu diesem Zweck wurde die Gütegemeinschaft gemeinsam von Auftraggebern und Auftragnehmern gegründet. Zur Praxis der Vergabe und Bauausführung bietet die Gütegemeinschaft angesprochen; dabei hatten die Teilnehmer Gelegenheit, sich bei für sie besonders wichtigen Themen in die Diskussion einzuschalten.

Sanierung (S), Inspektion (I), Reinigung (R) und Dichtheitsprüfung (D). Firmen, die diesen Nachweis führen, erfüllen die von Auftraggebern, Ingenieurbüros und Auftragnehmern gemeinsam definierten Anforderungen an die Bieter-Qualifikation „RAL-GZ 961“. In der Veranstaltung in Stuttgart wurden strukturiert nach Ausführungsreichen regional wichtige Themen von den Referenten der Gütegemeinschaft angesprochen; dabei hatten die Teilnehmer Gelegenheit, sich bei für sie besonders wichtigen Themen in die Diskussion einzuschalten.

Win-Win-Situation

Das Ziel, die Qualität zu verbessern, verfolgt die Gütegemeinschaft neben der Gütesicherung durch technische Information und Förderung des Austausches zwischen den Beteiligten, etwa mit der Organisation von Veranstaltungen wie der in Stuttgart.

Insbesondere haben die Veranstaltungen den Anspruch, die Diskussion zwischen Auftraggebern, Planern und Auftragnehmern zum Thema Qualität und Qualifikation in Gang zu halten. Gleichzeitig werden die Mitglieder der Gütegemeinschaft über die Aktivitäten der Gütegemeinschaft informiert

und Anregungen der Beteiligten zur Gütesicherung und zur Arbeit der Gütegemeinschaft gesammelt – eine Vorgehensweise, von der alle gleichermaßen profitieren.

Im Auftrag der Mitglieder – zu denen derzeit unter anderem fast 800 Auftraggeber und Ingenieurbüros gehören – wirbt die Gütegemeinschaft dafür, dass bei der Vergabe die Bieter-Qualifikation berücksichtigt wird und so Grundlagen für Qualität und fairen Wettbewerb geschaffen werden. Was für die Ausführung zum Standard gehört, sollte auch auf Seiten der Ausschreibung und Bauüberwachung selbstverständlich sein – auch hierüber wurde in Stuttgart gesprochen.

Es ist anspruchsvolle Aufgabe der Planer, dafür Sorge zu tragen, das geeignete Verfahren vor Ort nach den Regeln der Technik eingesetzt werden. Zur Realisierung einer technisch und wirtschaftlich erfolgreichen Maßnahme ist deshalb auch bei der Vergabe von Leistungen der Ausschreibung und Bauüberwachung die diesbezügliche Erfahrung und Fachkunde zu berücksichtigen. Deshalb ist es konsequent, dass auch ausschreibende und bauüberwachende Stellen ihre Qualifikation nachweisen – eine sinnvolle Sache nach Meinung der Vielzahl der Teilnehmer.

Ausschreibung und Bauüberwachung

Folgerichtig hat der Güteausschuss der Gütegemeinschaft Kanalbau – als zentrales Organ zur Verwirklichung des Güte-

sicherungsgedankens – auf Initiative der Mitgliederversammlung sukzessive Gütezeichen für die fachtechnische Eignung von Organisationen geschaffen, die mit der Ausschreibung und Bauüberwachung von Maßnahmen beauftragt sind.

Konsequent wurde die Ingenieurleistung im Bereich Ausschreibung (A) und Bauüberwachung (B) im offenen Kanalbau (AK), bei grabenlosem Einbau (V) und der grabenlosen Sanierung (S) von Abwasserleitungen und -kanälen als Beurteilungsgruppen ABAK, ABV und ABS in die Güte- und Prüfbestimmungen aufgenommen. Auftraggeber und Ingenieurbüros dokumentieren damit Erfahrung und Zuverlässigkeit der Organisation und des eingesetzten Personals. Auch hierüber wurde in Stuttgart diskutiert.

Weitere Informationen enthält die Broschüre „Gütesichere Ausschreibung und Bauüberwachung“. Diese Broschüre haben die Teilnehmer des Erfahrungsaustauschs zusammen mit den Broschüren „Güte- und Prüfbestimmungen RAL-GZ 961“, „Technische Regeln im Kanalbau“ sowie Beispielen zu den „Leitfäden für die Eigenüberwachung“ erhalten.

Die Leitfäden der Gütegemeinschaft dienen den Anwendern als Hilfsmittel zur Dokumentation der Eigenüberwachung im Rahmen der „Ausschreibung und Bauüberwachung“ oder für Maßnahmen des offenen Kanalbaus, Vortriebs, Inspektion, Reinigung oder Dichtheitsprüfung. Diese Leitfäden wurden im Bereich der Ausschreibung und Bauüberwachung von der Gütegemeinschaft gemeinsam mit Vertretern der Ingenieurbüros erarbeitet und den Anwendern helfen diese, alle relevanten Randbedingungen einer Maßnahme systematisch zu berücksichtigen.

Mehrwert der Gütesicherung

Die Leitfäden stehen zum kostenlosen Download unter www.kanalbau.com zur Verfügung. In einem nur für Gütezeicheninhaber zugänglichen „Login-Bereich“ können die verschiedenen Dokumente auch als online bearbeitbare Version herunter geladen werden. Der Login-Bereich ist ein Beispiel für das Dienstleistungspaket Gütesicherung Kanalbau.

Die Gütegemeinschaft ergänzt diesen Bereich stetig, um den Nutzen der Gütesicherung für die Anwender zu erweitern. Gütezeicheninhaber können nun unter anderem Übersichten über den Stand der firmeninternen Weiterbildung einzelner Mitarbeiter oder des ganzen Unternehmens abrufen oder individuelle Projektlisten zur detaillierten Darstellung der Erfahrung des Unternehmens erstellen.

Der Erfahrungsaustausch in Stuttgart machte deutlich: Es ist

treibers muss man eine Gewinnabsicht unterstellen, die dann der Bürger zu bezahlen hat.

Es ist sicher nicht verkehrt, auch einen Blick hinter Brüsseler Kulissen zu werfen. Brüssel gilt als Metropole des Lobbyismus. Über 15.000 Interessensvertreter unterhalten in Brüssel Büros. Ihr Ziel ist es, die Interessen von Unternehmen, Berufsverbänden oder Umweltschutzorganisationen den Abgeordneten des Parlamentes und den Mitarbeitern der EU-Organisationen nahezubringen.

Außer Kontrolle

Solche Interessenwahrnehmung ist per se solange nicht schlecht, solange eine Kontrolle der Einflussnahme möglich ist. Diese aber scheint außer Kontrolle geraten zu sein. Die Beispiele haben sich in letzter Zeit gemehrt, dass große Unternehmen eine besondere Form des Lobbyismus pflegen. Bürgerinteressen finden dagegen kaum Gehör. Ein Resultat ist die Verabschiedung der Konzessionsrichtlinie, die voll den Interessen international agierender Wasserkonzerne entspricht.

Als Bürger haben wir nur die Möglichkeit der Einflussnahme, wenn wir uns gemeinsam zu Wort zu melden. Hierzu gibt der Aufruf der Europäischen Bürgerinitiative Gelegenheit. Tragen Sie sich ein: <http://www.right2water.eu/de>

Die Initiative wird von mehr als hundert Organisationen aus allen EU-Ländern unterstützt. Dabei ist wichtig, dass auch die nationalen Quoten erfüllt werden. Nutzen Sie Ihre internationalen Kontakte und werben Sie auch bei Freunden in unseren Nachbarländern für eine Beteiligung an diesem Bürgerbegehren.

Jörg Schuchardt

WASSER BERLIN INTERNATIONAL 2013:

Breites Themenspektrum

Rund 600 Aussteller aus allen Bereichen der Wasserwirtschaft präsentieren vom 23. bis 26. April 2013 auf der Fachmesse WASSER BERLIN INTERNATIONAL ihre Produkte, Dienstleistungen und Lösungen. Rund 30.000 Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und öffentlicher Verwaltung werden erwartet, um sich auf über 40.000 Quadratmetern Hallenfläche über neueste Technologien und Entwicklungen – darunter viele Weltneuheiten – zu informieren.

Entsprechend breit ist das Themenspektrum. Es umfasst alle Stufen der Wertschöpfungskette und reicht von den Bereichen Trinkwassergewinnung und Wasserversorgung über den Rohrleitungsbau bis zur Wasserentsorgung und Abwasserbehandlung.

Wasser ist ein Weltmarkt. Deswegen müssen sich Unternehmen der Wasserwirtschaft im veränderten Kontext neu einordnen. Um diesen Prozess zu unterstützen, setzt WASSER BERLIN INTERNATIONAL auf eine starke Systematisierung der Fachmesse, die sich am Wasserkreislauf orientiert und dabei die Schnittstellen in angrenzende Bereiche berücksichtigt. Darüber hinaus gibt es erstmals sechs Kompetenz-Zentren, die zu ausgesuchten Themenschwerpunkten eingerichtet wurden. Als eigenständige Bereiche haben sie die Aufgabe, noch gezielter Fragestellungen und Lösungen zusammenzuführen und die Schlüsselthemen der Messe hervorzuheben.

Rahmenprogramm

Die europäische Leitmesse für Wasserver- und -entsorgung wartet mit einem umfangreichen Rahmenprogramm auf. So bildet der begleitende Kongress WASSER BERLIN INTERNATIONAL am 24. und 25. April 2013 das Diskussionsforum für Fachleute aus aller Welt, die sich auf Lösungen rund um das Thema Wasser spezialisiert haben. In vier Foren dreht sich hierbei alles um den Kreislauf des Wassers - vom flächendeckenden Gewässerschutz bis hin zur Behandlung des Abwassers.

Weitere Highlights sind das 8. Internationale Leitungsbausymposium am 24. April und tags darauf

Sache des Auftraggebers, seinen Anspruch an Qualität und Qualifikation zu definieren, durchzusetzen und so für die Nachhaltigkeit der getätigten Investitionen zu sorgen.

In der Praxis ist die Entwicklung zu einer verbesserten Ausführungsqualität insbesondere in einem gemeinsamen Prozess zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer erfolversprechend. Gütesicherung Kanalbau unterstützt diesen Prozess. Die konsequente Eignungsprüfung ist dabei von entscheidender Bedeutung. Unternehmen, die den Eignungsanforderungen nicht genügen, werden

die Schaustelle WASSER BERLIN INTERNATIONAL. Hier erleben die Teilnehmer vor Ort, wie moderne und innovative Verfahren und Bauvorhaben in der Praxis umgesetzt werden. Mit innovativen Bauverfahren befasst sich auch die erste NO DIG BERLIN in ihrem Kongressprogramm am 24. April. In Halle I.2 der Fachmesse informieren Aussteller über die Anwendung grabenloser Technologien.

Außerdem führen der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) und die Bundesvereinigung der Firmen im Gas und Wasserfach e.V. (figawa) am 25. April das Brunnenbausymposium durch - der Treffpunkt, um neueste Entwicklungen wie Anwendungen in der Geothermie oder Bohrungen mithilfe von Fracking zu diskutieren. Zahlreiche weitere Veranstaltungen zu ausgesuchten Fachthemen runden das Informationsangebot ab.

Parallel zu WASSER BERLIN INTERNATIONAL findet die Publikumschau „WASSERLEBEN“ statt. In Halle 5.2 werden alle Facetten rund um das Thema Wasser gezeigt - von Kopf bis Fuß, vom Himmel bis zur Erde, von der Antike bis zur Neuzeit. WASSERLEBEN richtet sich an alle, die sich auf spannende und abwechslungsreiche Art und Weise über den nachhaltigen Umgang mit Wasser informieren möchten und Anregungen zum Nachdenken oder Inspiration für neue Projekte und Innovationen suchen. Besonderer Wert wird auf den Erlebnischarakter von WASSERLEBEN gelegt. 35 Unternehmen bieten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen interaktive Angebote, die zum Mitmachen, Informieren und Engagieren einladen. **DK**

von der Vergabe konsequent ausgeschlossen. Das ist die Voraussetzung für fairen Wettbewerb und nur so haben Unternehmen auf Dauer die Chance, Aufträge in der erwarteten Qualität anzubieten.

Die Praxis zeigt – auch das ein Fazit in Stuttgart – dass die RAL-Gütesicherung zu den gewünschten Ergebnissen führt, wenn sie von den Beteiligten gemeinsam getragen und gelebt wird.

Weitere Erfahrungsaustausche sind in diesem Jahr in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg sowie in Rheinland-Pfalz und im Saarland geplant. **□**

Brüssel greift zum Wasser!

2013 wurde von der UN zum „Internationalen Jahr der Zusammenarbeit zum Wasser“ erklärt

Auch der diesjährige Weltwassertag am 22. März steht unter dem Motto „Wasser und Zusammenarbeit“. Der Weltwassertag erinnert die breite Öffentlichkeit und die Politik an die Bedeutung des Wassers als Lebensgrundlage der Menschheit.

Ziel des Internationalen Jahres ist, das Bewusstsein zu schärfen, dass der Umgang mit Wasser keine rein fachtechnische Aufgabe der Wasserfachleute sein kann, die die Infrastrukturen schaffen. Erfolgreich können die Aufgaben nur dann gelöst werden, wenn eine interdisziplinäre Zusammenarbeit mit anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens funktioniert. Natur- und Sozialwissenschaften, Bildung, Kultur und Kommunikation müssen ebenfalls ihren Beitrag leisten. Wasser führt alle diese gesellschaftlichen Bereiche zusammen.

Das Jahr wird auch aufmerksam machen auf die Herausforderungen der Wasserwirtschaft im Hinblick auf die steigende Nachfrage nach Wasser, sowie Fragen des Zugangs, der Verteilung und der Dienstleistungen rund um das Wasser.

Glückliche Lage

In Deutschland befinden wir uns in dieser Hinsicht noch in einer sehr glücklichen Lage. Die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung sind Pflichtaufgaben kommunaler Daseinsvorsorge und befinden sich überwiegend in kommunaler Hand. Seit über einem Jahrhundert haben sich zuverlässige und effizient arbeitende Strukturen entwickelt, mit hoher technischer Kompetenz. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Wasserwirtschaft ist international anerkannt.

Kritisch wird es, wenn wir unseren Blick nach Brüssel wenden. Die EU ist zu einer beeindruckenden Partnerschaft mit inzwischen 27 Mitgliedsstaaten ge-

wachsen. Die Gemeinschaft beruht auf dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit. Ihr Handeln stützt auf gemeinsam vereinbarte Verträge.

Eine wichtige Einrichtung ist der europäische Binnenmarkt ohne Handelsbeschränkungen, dessen Funktionalität natürlich Regulierungen zur inneren Harmonisierung mit der zentralen Schaltstelle Brüssel benötigt.

Doch es ist absolut unbegreiflich, warum die EU-Kommission gerade jetzt und trotz des großen Protestes aus allen Kreisen der europäischen Bürger die „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Konzessionsvergabe“ zur Beschlussfassung durch das Europaparlament auf den Weg gebracht hat. Wir müssen insbesondere in Deutschland um den Bestand unserer bewährten wasserwirtschaftlichen Einrichtungen fürchten.

Beliebiges Wirtschaftsgut

Wasser wird durch diese Richtlinie zu einem beliebigen Wirtschaftsgut erklärt, unterliegt damit zukünftig den Gesetzen des Marktes und kann zum Objekt von Geschäftemachern verkommen. Von den Auswirkungen der neuen Richtlinie sind in erster Linie Stadtwerke betroffen, aber auch für Gemeinden mit ihren Zweckverbänden besteht die Gefahr des Verlustes ihrer Entscheidungsfreiheit, wen sie zukünftig mit dem Betrieb Ihrer Wasserversorgung betrauen dürfen.

Gegenwärtig arbeiten die Wasserversorgungen ohne Gewinnabsicht. Im Falle eines privaten Be-

Güteschutz Kanalbau



GÜTEZEICHEN
RAL
KANALBAU

Ihr Partner bei der Bewertung der

- Fachkunde
- technischen Leistungsfähigkeit
- technischen Zuverlässigkeit

der ausführenden Unternehmen

Qualifikation ...



... da machen wir mit!

neutral – fair – zuverlässig

Gütesicherung Kanalbau steht für eine objektive Bewertung nach einheitlichem Maßstab

Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961

100 Jahre BKH Lohr a. Main:

„Dasein im Wandel“

Mit einem stilvollen Festakt in Anwesenheit zahlreicher politischer Prominenz hat das Bezirkskrankenhaus Lohr am Main sein hundertjähriges Bestehen gefeiert. In der hochmodernen Klinik werden pro Jahr mehr als 10.000 Patienten mit seelischen Problemen oder Suchterkrankungen stationär oder teilstationär behandelt.

Die Heil- und Pflegeanstalt Lohr sei zu Beginn des 20. Jahrhunderts sehr großzügig geplant und gebaut worden, obwohl Bayern als Agrarstaat damals relativ finanzschwach gewesen sei, informierte der ehemalige Ärztliche Direktor des Lohrer Bezirkskrankenhauses, Prof. Gerd Jungkunz. Die Anlage habe bei ihrer Einweihung 1912 als eine Musteranstalt im Königreich Bayern gegolten. Der Erste Weltkrieg habe diese medizinischen Fortschritte jedoch zunichte gemacht. Als dunkelstes Kapitel bezeichnete Jungkunz die Jahre unter der Nazi-Herrschaft.

Leistungsstark

Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel zufolge zählt das Bezirkskrankenhaus Lohr heute mit rund 1.000 Beschäftigten, darunter über 50 Ärzte, und mehr als 60 Gebäuden zu den leistungsstärksten Behandlungszentren für Psychiatrie, Psychotherapie und psychosomatische Medizin in Bayern. Der Einzugsbereich umfasse das westliche Unterfranken mit den Städten Würzburg und Aschaffenburg sowie die Land-

kreise Würzburg, Aschaffenburg, Main-Spessart und Miltenberg. Viele Patienten kämen aber auch aus den angrenzenden Regionen Hessens oder Baden-Württembergs.

Resozialisierung

„Seit die Psychiatrie wirksame Behandlungsmethoden zur Hand hat, verbringen die meisten neu aufgenommenen psychisch Kranken nur noch vier bis zwölf Wochen in stationärer Behandlung, um anschließend in ihre alte Umwelt zurück zu kehren“, berichtete Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer. Erst mit der Entwicklung der modernen Psychopharmaka sei für das Gros der Patienten die Voraussetzung für psycho- und soziotherapeutische Maßnahmen mit dem Ziel einer möglichst weitgehenden Resozialisierung geschaffen worden.

Der Freistaat Bayern wisse, was er an dem Bezirkskrankenhaus Lohr hat und beteilige sich im großen Umfang an den Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen, die erforderlich werden, um den Versorgungsauf-

trag zeitgemäß erfüllen zu können, so Beinhofer. Die Regierung von Unterfranken gewährte in den letzten Jahren für Baumaßnahmen im Bezirkskrankenhaus einschließlich der Forensik staatliche Finanzmittel in Höhe von über 20 Mio. Euro, wobei insbesondere die Sanierung des Hauses 18 mit einer Fördersumme von rund 8,43 Mio. Euro und die Baumaßnahmen der Forensik mit einer Kostenerstattung von rund 7,75 Mio. Euro beim Staat zu Buche schlugen.

Mensch im Mittelpunkt

Landrat Thomas Schiebel erinnerte an das Motto des Bezirkskrankenhauses „Dasein im Wandel“. Dieser Leitspruch gelte besonders für eine Einrichtung, in der der Mensch im Mittelpunkt stehe und die dabei so viele Veränderungen erlebt habe. Das BKH sei ein „Gewinn für alle“, betonte Schiebel. Ganz besonders lobte er die Zusammenarbeit zwischen dem BKH und dem Kreiskrankenhaus.

Lohrs Bürgermeister Ernst Prüssle zitierte schließlich den amerikanischen Automobilpionier Henry Ford: „Zusammenkommen ist ein Beginn, zusammenbleiben ist ein Fortschritt, zusammenarbeiten ist ein Erfolg!“ Diese Maxime habe das Bezirkskrankenhaus in seiner Geschichte immer wieder bestätigt. Prüssle lobte das BKH als einen „Standortfaktor für Lohr“. Er zeigte sich überzeugt, dass die Klinik ihren Auftrag auch in Zukunft erfüllen werde. **DK**

Frühkindliche Förderung in der Stadt Regensburg:

Exzellentes Rüstzeug

Ab dem 1. August 2013 haben Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr an einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Dass die Stadt Regensburg für diese Situation gerüstet ist, hob Oberbürgermeister Hans Schaidinger bei einer Pressekonferenz hervor: „Wir sind wirklich gut aufgestellt. „Der Stadtrat hat uns eine Vorgabe für Tagespflege- und Krippenplätze gemacht. Diese werden wir erfüllen.“

Wie Rechts- und Umweltreferent Dr. Wolfgang Schörmig ergänzend bemerkte, „werden wir uns an irgendwelchen fiktiven Diskussionen über Prozesse, die auf die Kommunen zukommen könnten, nicht beteiligen“. „Wir können klar belegen, dass wir alles getan haben, was in unserer Macht steht, um für die ab dem 1. August beginnende neue Ära der frühkindlichen Förderung gerüstet zu sein. Es wird niemandem gelingen, der Stadt ein irgendwie geartetes Verschulden nachzuweisen.“

In Regensburg gibt es aktuell 938 Plätze in 37 Krippen für Kinder von einem Jahr bis zu drei Jahren. Derzeit liegt die Betreuungsquote bei 39,2 Prozent, Ende des Jahres wird sie 48,8 Prozent betragen. Noch heuer werden voraussichtlich 1.166 Plätze in Krippen zur Verfügung stehen. Dies bedeutet, dass heuer noch 12 Krippen mit insgesamt 228 Plätzen in Betrieb gehen werden. Laut Bürgermeister Gerhard Weber „ist das im Vergleich zum Jahr 2001 eine Steigerung um 1010 Plätze, das heißt um 747 Prozent“. Allerdings sei dabei zu berücksichtigen, dass die Betreuungsplätze auch doppelt belegt werden können, beispielsweise dann, wenn Eltern nur vormittags oder an bestimmten Wochentagen eine Betreuung benötigen.

Kindergartenplätze (drei Jahre bis zum Schuleintritt) gibt es in Regensburg aktuell 3.741 in 55 unterschiedlichen Kindergärten. Bis zum Jahresende werden voraussichtlich 3.954 Plätze zur Verfügung stehen. Die Versorgungsquote an Kindergartenplätzen bei Drei- bis Sechsjährigen liegt bei rund 108 Prozent. Ende 2013 wird sie voraussichtlich 114 Prozent betragen.

Kindertagespflege ist in der

Stadt Regensburg laut OB Schaidinger seit vielen Jahren eine bewährte und von vielen Familien geschätzte Betreuungsform. Sie stellt eine gleichwertige Alternative und notwendige Ergänzung zu den institutionellen Kinderbetreuungsangeboten dar - insbesondere für Kinder unter drei Jahren. Derzeit sind in Regensburg 170 Kinder regelmäßig in der Obhut von Tagesmüttern. Neun davon sind noch nicht einmal ein Jahr alt und weitere 114 Kinder sind unter drei Jahren.

Fachliche Begleitung

Dem Amt für Jugend und Familie, das die Tagespflegeverhältnisse - Eltern, Kinder und Tagesmütter - fachlich begleitet und betreut, stehen aktuell 82 Tagespflegepersonen zur Verfügung. Dabei sei man stets bemüht, für ein zu betreuendes Kind und seine Familie immer eine Tagesmutter zu finden, die zur Herkunftsfamilie und ihren Erziehungsvorstellungen passt. Bei einer „Kinderbetreuung mit Familienanschluss“ kann dies laut Bürgermeister Joachim Wolbergs auch nicht anders sein: „Das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen leiblichen Eltern und Tagespflegeeltern macht das ganz Besondere dieser Betreuungsform aus.“ Darüber hinaus ermöglicht es die Tagespflege, kurzzeitigem wie auch längerfristigem Betreuungsbedarf gerecht zu werden.

Aus Sicht der Stadt Regensburg sind beide Betreuungsformen - Tageseinrichtungen und Tagespflege - in ausreichender Zahl und qualifizierter Weise unverzichtbar. Als grundsätzlich gleichwertige Varianten der Betreuung, Erziehung und Versorgung von Kindern stellen sie ein alternatives Angebot für die El-

tern dar. „Wir müssen alles tun, damit unsere Familien in Regensburg tatsächlich entscheiden können, weil wir neben Einrichtungen auch bestens geeignete Tagespflegepersonen haben“, betonten die Stadtoberhäupter.

Kindertagespflegezentrum

Um die Familienfreundlichkeit noch weiter zu verbessern, wird die Stadt Regensburg innerhalb des nächsten Jahres ein Kindertagespflegezentrum errichten. Neben einem weiteren „Pflegenest“ für bis zu 16 Kinder wird es insbesondere auch einen Treff für alle Angelegenheiten der Kindertagespflege in Regensburg beherbergen. Außerdem steht damit dann eine zusätzliche Möglichkeit zur Sicherung der sog. Ersatzbetreuung zur Verfügung, wenn zum Beispiel eine Tagesmutter krankheitsbedingt ausfallen sollte. OB Schaidinger verließ seiner Freude darüber Ausdruck, dass die Stadt in Kooperation mit der Stadtbau GmbH diesen „Meilenstein einer Kindertagespflege nach allen Regeln der pädagogischen Kunst“ realisieren könne. **DK**

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chef vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 4 vom 01.01.2013

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Radfahren in Donau-Ries:

Neuer Flyer vereint Karte und Rundtouren

Donau-Ries. Das Ferienland Donau-Ries zählt mit 1.000 km beschilderten Radwegen zu den größten Radwegenetzen Deutschlands und ist die Radfahrregion in Bayerisch-Schwaben. Aufgrund der großen Kundennachfrage wurde nun die Basisinformation für Radfahren im Ferienland neu gestaltet: die neue „Radkarte“ will noch mehr Radfahrer in die Region locken.

Für die Messesaison 2013 wurde die kostenlose Radkarte des Ferienlandes neu aufgelegt. Aus zwei Produkten - der Karte und dem bisherigen Flyer „Radfahren“ - entstand ein Flyer, die nun Kartografie und Tourenvorschläge vereint. Von der leichten „Tilly-Runde“ mit 16 km bis zur teilweise schweren Mozarttrunde mit 195 Kilometern Länge - Radfahrer finden hier Anregungen und Ideen für Radrundtouren im Ferienland Donau-Ries, zudem viele nützliche Informationen und Telefonnummern.

„Schon jetzt erleben jährlich zehntausende Radler das Ferienland als Freizeitregion. Unser neuer Flyer zieht sicher noch mehr Besucher an“, ist sich Landrat Stefan Rößle, Vorsitzender des Ferienlandes Donau-Ries e.V., sicher. Vor allem aufgrund seiner Topografie - der flache Rieskrater im Norden und die Flusslandschaften in Süden - eignet sich das Ferienland Donau-Ries hervorragend fürs Radfahren. Denn auch im Zeitalter des E-Bike

wünscht sich die Mehrzahl der Freizeitradler bei ihrer Radtour doch eher wenig Steigungen.

Gute Resonanz

Den ersten Einsatz hatte die neue Radkarte Anfang Januar bei der Tourismusmesse CMT, wo sie gleich enorm gut angenommen wurde. „Unser Konzept mit den Rundtouren geht immer mehr auf“, hat Ferienland-Geschäftsführer Günther Zwinger festgestellt. Bei den zahllosen Beratungsgesprächen, die am Stand des Ferienlandes in Stuttgart, München und Nürnberg geführt wurden, zeigte sich, dass die Besucher durch das gute und umfangreiche Tourenangebot zu mehrtägigen Aufenthalten in der Region animiert werden. „Davon profitieren dann natürlich auch die Hotels und Gasthöfe“, freut sich Zwinger.

Viele Messestandbesucher kennen das Ferienland und lassen sich gezielt über neue Angebote beraten. Dies wird sicher auch bei

der Augsburger Frühjahrsausstellung afa der Fall sein, die vom 16. bis 24. März in Augsburg stattfindet und wo traditionell eine starke Nachfrage nach den Freizeitangeboten im Ferienland Donau-Ries verzeichnet wird.

Die Radkarte und weiteres Infomaterial gibt es im Internet unter www.ferienland-donau-ries.de. **□**

Landkreis Schweinfurt:

Ehrenamtskarte ist Erfolgsmodell

Landkreis Schweinfurt. Vor einem Jahr hat der Landkreis Schweinfurt die Bayerische Ehrenamtskarte eingeführt. Mit dieser Karte können ehrenamtlich Engagierte eine ganze Reihe von Vergünstigungen in öffentlichen Einrichtungen sowie in teilnehmenden Geschäften und Betrieben in Stadt und Landkreis Schweinfurt erhalten. Nun konnten Landrat Florian Töpfer und Thomas Birkenbach, Leiter der Abteilung Soziales und Gesundheit, gemeinsam die 1000. Ehrenamtskarte aushändigen. Die glückliche Empfängerin ist Brigitte Salzer aus Zell, die sich seit vielen Jahren bei der Schweinfurter Tafel engagiert.

Die Ehrenamtskarte ist ein sichtbares Zeichen der Anerkennung und ein kleines Dankeschön für besonders zeitintensives Engagement, wie Landrat Florian Töpfer erklärte. An Brigitte Salzer, die Empfängerin der 1000. Ehrenamtskarte gerichtet, sagte Landrat Töpfer: „Personen wie sie, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich engagieren, tragen den Landkreis und sind für ihn von unschätzbarem Wert.“

Brigitte Salzer aus Zell engagiert sich seit deren Gründung bei der Schweinfurter Tafel und leitet dort den Laden. Eine Aufgabe, die viel Zeit und Energie erfordert. Eine Aufgabe, die sie aber auch gerne erfüllt. „Die Ehrenamtskarte ist eine schöne Anerkennung für die Arbeit, die wir dort leisten“, sagte Salzer. Neben der Ehrenamtskarte erhielt Salzer als kleines Dankeschön zudem noch zwei Freikarten für die Passionsspiele Sömmersdorf.

Dass bereits nach einem Jahr die 1000. Ehrenamtskarte vergeben werden konnte, wertet Thomas Birkenbach, Leiter der Abteilung Soziales und Gesundheit, als großen Erfolg. „Dies zeigt,

welche hohe Bereitschaft es im Landkreis zum Ehrenamt gibt.“ Er betonte auch, wie wichtig dies für die Region ist: „Wir brauchen das Ehrenamt. Es ist ein wichtiger Baustein für mehr Lebensqualität in unserem Landkreis.“

Sein Dank galt auch den Akzeptanzpartnern in Stadt und Landkreis. Etwa 150 Einrichtungen, Geschäfte und Betriebe sind bislang dem Aufruf, die Karte als Partner zu unterstützen, gefolgt.

„Damit sind wir bayernweit sehr gut dabei. Doch natürlich freuen wir uns, wenn wir auch in diesem Jahr zahlreiche, neue Partner dazu gewinnen können.“ Auch der Landkreis Schweinfurt unterstützt das Projekt Ehrenamtskarte. 2013 gibt es 5 Euro Ermäßigung für den Eintritt zu den Passionsspielen Sömmersdorf. Die Ermäßigung funktioniert schnell und unkompliziert. Beim Kauf der Eintrittskarte muss die Ehrenamtskarte nur vorgezeigt werden.

Voraussetzungen für den Erhalt der kostenfreien Karte sind, im Landkreis Schweinfurt zu wohnen und seit mindestens zwei Jahren fünf oder mehr Stunden pro Woche (bzw. 250 Stunden im Jahr im Rahmen von Projekten) ehrenamtlich aktiv zu sein. **□**



Radfahren erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Das Ferienland Donau-Ries bietet optimale Bedingungen und mit der neuen Radkarte auch das passende Informationsmaterial. Bild: Ferienland



Von links: Üchtelhausens Bürgermeisterin Birgit Göbhardt, Brigitte Salzer (Empfängerin der 1000. Ehrenamtskarte), Landrat Florian Töpfer, Gisela Westendorf und Tanja Eisend (beide Mitarbeiterinnen im Amt für Soziales) und Thomas Birkenbach (Leiter der Abteilung Soziales und Gesundheit). Bild: Landratsamt Schweinfurt/Uta Baumann

„Hopfenland Hallertau“ präsentiert Gästebuch

Jede Menge Prominenz – darunter Kelheims Landrat Dr. Hubert Faltermeier, Freisingers Landrat Michael Schwaiger, Landrat Anton Westner aus Pfaffenhofen, der Landshuter Vize-Landrat Peter Dreier sowie der Bürgermeister von Attenhofen Franz Stiglmaier – fand sich auf dem Hopfenhof Stiglmaier ein, um der Vorstellung des neuen Gästebuchs 2013/2014 „Hopfenland Hallertau“ beizuwohnen.

Landrat Faltermeier gab eingangs einen kurzen Überblick zur Entstehung und Entwicklung des seit mehr als 20 Jahre bestehenden Informationsmediums „Hopfenland Hallertau“. Diese Broschüre hat sich inzwischen zur wichtigsten Informationsquelle für Gäste in der gesamten Hallertau entwickelt, wobei sich Aussehen und Inhalt kontinuierlich den Bedürfnissen des Marktes und der Kundenwünsche angepasst haben. Das äußere Erscheinungsbild des aktuellen Gästebuchs hat sich nicht geän-

dert, jedoch wurde es um einige Details erweitert.

Tourenvorschläge

In der neu aufgelegten Broschüre werden unter anderem 80 Ausflugsziele in der Hallertau vorgestellt. Enthalten sind Freizeittipps und Tourenvorschläge für Tagesausflüge. Spezielle Seiten informieren über Brauereiführungen, Produkte aus der Hallertau, Hofführungen und Hopfenbotschafterinnen, Fahrradtouren (inklusive einem Netz

an Servicestationen für E-Bikes), Motorradtouren, Anreisemöglichkeiten mit der Bahn sowie über Camping- und Wohnmobil-Stellplätze. Auch präsentiert sich ein Großteil der Gemeinden und Städte im Hopfenland.

Landrat Faltermeier zufolge lautet die Botschaft der Broschüre: „Frisch, jung und dynamisch, gleichzeitig bodenständig und mit der Tradition verbunden“. So sei die Hallertau, so seien ihre Bürger. Mit englischen Texten wird zugleich ein internationales Publikum angesprochen.

Die Publikation ist bei allen Touristinformationen der Hallertau-Landkreise kostenlos erhältlich. Ebenso kann sie aus dem Internet unter der URL www.hopfenlandhallertau.de/service/download.html heruntergeladen werden. **DK**

Zum 65. Geburtstag von Landrat Dr. Günther Denzler:

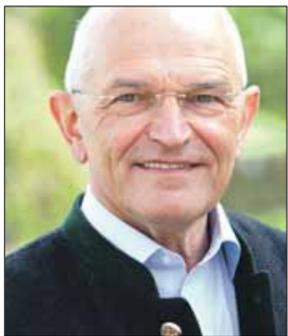
Enormer Einsatz für die Region

Dr. Günther Denzler, Bamberger Landrat und oberfränkischer Bezirkstagspräsident, feierte am 26. Februar 2013 seinen 65. Geburtstag. Der promovierte Politikwissenschaftler begann 1975 seine berufliche Laufbahn als Verwaltungsjurist. 1982 wurde er Personalchef an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und ab 1988 gehörte Denzler als Vizekanzler der Hochschulleitung an. Mitreiter wie politische Konkurrenten bescheinigen ihm profunde Sachkenntnis, Beharrlichkeit, Weitsicht und Courage.

Seit 1996 ist der Jubilar Landrat des Landkreises Bamberg. Im Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Landesausschuss und im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kulturfragen. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag im Vorstand des Bayerischen Volkshochschulverbands und ist Stellvertreter in der Hauptversammlung der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern. Seit 2003 fungiert Denzler als Bezirkstagspräsident von Oberfranken. Seit 2005 ist er zudem stellvertretender Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg und seit 2008 Vizepräsident des Verbandes der bayerischen Bezirke.

besatz aller Bezirke in Bayern.

In den vergangenen Jahren wurden im Bereich der Werkstätten für behinderte Menschen zahl-



Dr. Günther Denzler. □

reiche Außenarbeitsplätze geschaffen, die Menschen mit Behinderung eine Teilhabe am „ganz normalen Berufsalltag“ ermöglichen. Denzler bekennt sich zugleich klar zu Förderschulen wie der für gut 9 Mio. Euro in Bayreuth neu errichteten Markgrafenschule. Darüber hinaus entwickelten sich vor dem Hintergrund des Klimawandels die Landwirtschaftlichen Lehranstalten des Bezirks in Bayreuth in den vergangenen Jahren zum Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien.

In einem Glückwunschschreiben bedankte sich Innenminister Joachim Herrmann bei Dr. Denzler für dessen herausragendes Engagement: „Dein Wirken im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung verdient größte Hochachtung“, so Herrmann. Als Landrat und Bezirkstagspräsident in einer Person trage Denzler große kommunalpolitische Verantwortung. Überaus erfolgreich stelle er sich den mit diesen anspruchsvollen Ämtern verbundenen Anforderungen und trage so zur positiven Entwicklung des Landkreises Bamberg und des Bezirks Oberfranken bei. Herrmann: „Mit Deinem enormen persönlichen Einsatz hat Du für die Region bedeutende Akzente gesetzt.“

Familienfreundlichkeit

Dank Denzlers tatkräftigem Engagement im Gesundheits- und Bildungssektor und für seine Familienfreundlichkeit genieße der Landkreis Bamberg bereits einen hervorragenden Ruf. Auch mit der Klimaallianz, dem Zusammenschluss von Landkreis und Stadt Bamberg, sei ein starkes Aktionsbündnis für eine erfolgreiche Umsetzung der klimapolitischen Ziele geschaffen worden. „Ebenfalls wichtig ist Dir der sanfte Ausbau des Fremdenverkehrs“, fuhr Herrmann fort. Das 'Flussparadies Franken' und ein umfassendes Netzwerk für Radwanderer seien beispielhaft

Zweckverband Stauden-Wasserversorgung

Nachhaltige Versorgung

Zahl der Rohrbrüche steigt – Ringleitung im westlichen Verbandsgebiet ist fertig

Reichertshofen/Stauden. Die nachhaltige Versorgung von rund 36000 Einwohnern mit hochwertigem Trinkwasser im Dreiländereck Augsburg-Günzburg-Unterallgäu stellt der Zweckverband Stauden-Wasserversorgung mit Sitz in Reichertshofen nun schon seit 45 Jahren sicher. 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bauhof und Verwaltung sorgen mit viel Knowhow und persönlichem Einsatz dafür, dass das „Lebensmittel Nummer eins“ rund um die Uhr in bester Qualität aus den Wasserhähnen der fast 8000 Abgabestellen fließt.

Bei der Verbandsversammlung im Bürgerhaus von Reichertshofen erläuterten Verbandsvorsitzender Josef Böck (Langenneufnach) und Werkleiter Armin Drexel die aktuellen Projekte und Investitionen. Durch die Übernahme des Wasserverbandes Scherzstetten-Erkhausen sind seit dem 1. Januar 2012 jetzt alle Gemeindeteile der Gemeinde Scherzstetten in der Vollmitgliederschaft des Zweckverbandes.

Endgültig fertig gestellt wurde im Herbst die Ringleitung im west-

lichen Verbandsgebiet. Dadurch sei die Versorgungssicherheit erheblich verbessert worden. Mit knapp einer Million Euro lägen auch die Kosten dieser umfangreichen Baumaßnahme im Plan. Mit einem neuen technischen Verfahren – ohne chemische Zusätze – wurden auch 2012 wieder einige Trinkwasserbrunnen saniert. Neben dem Bau der Ringleitung waren die Installation einer Photovoltaikanlage sowie Neuerschließungen in Wehringen, Grimoldsried, Reichertshofen und Spöck die

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Na, welcher Lebensmittelskandal ist derzeit aktuell am Laufen?“ Mein Chef, der Bürgermeister, kam von einer Delegationsreise zurück und wollte sich erkundigen, was so aktuell an den Stammtischen gesprochen wird.

Ehrlich gesagt habe ich vor lauter Pferd in Fertigergerichten, Bio-Eiern aus der Legebatterie, krebserregenden Substanzen im Futtermittel, Hühnerpest im Entenstall, 40 Gramm Wurst als letales Risiko und was nicht noch alles zu lesen war, total den Überblick verloren. Die Aufregungs- und Empörungsmaschine läuft ja so hochtourig, dass man für jeden Bissen, den man in der Fastenzeit nicht zu sich nimmt, eigentlich ganz dankbar ist.

Nun wurde viel geschrieben über skrupellose Lebensmittelzwischenhändler, extremen Kostendruck, mafiose Strukturen, internationale Ver-



ratsanträgen, sollte das Essen in der Schulmensa noch billiger, gar kostenlos abgegeben werden. Pflegesätze fürs Krankenhaus und Altenheim werden berechnet, als ob Mahlzeiten überwiegend aus Luft bestehen. Erhöhung der Kantinenpreise um 10 Cent: Aufruhr.

Wir haben schlicht den Bezug zu unserem Essen verloren. Wer kocht denn heute noch? Wer kann die Qualität von Lebensmitteln richtig einschätzen? Die Gutmenschen beklagen streng, dass wir zuviel brauchbare Nahrungsmittel wegwerfen, aber wer hat denn noch gelernt, bei Milchprodukten deren genießbarkeit am Geruch festzustellen? Wer weiß noch, wie man aus Obst, Gemüse und Kartoffeln verdorbene Stellen gekonnt wegschneidet? Wer kann noch Essensreste in ein „Reste-Essen“ verwandeln, wenn schon einfachste Mehl- und Eiteige nicht mehr selbst hergestellt, sondern im Kühlfach erstanden werden.

Respekt und Wissen um Essen und Kochen sind verloren. Da nützt es auch nichts, wenn zunehmend Produkte aus der Region im Hofladen oder im Biosupermarkt gekauft werden – und beim geringsten Makel dann doch in der Tonne landen. Einkaufen und Kochen wird bei uns nicht als wichtig wahrgenommen, sondern als lästig. Nicht umsonst ist Hauswirtschafterin ein aussterbender Beruf mit miesem Image. Man stellt sich eine dicke Mansell mit speckiger Schürze vor, dabei würde es 90 Prozent von uns gut tun, mal einen Kurs bei einer gestandenen Hauswirtschafterin zum Thema Qualität beim Einkauf und regionaltypisches Kochen zu machen, von entsprechenden Angeboten an Schulen ganz zu schweigen.

Mein Chef, der Bürgermeister, war ein bisschen erstaunt über mein Plädoyer. Aber ich konnte ihn überzeugen: Er wird öffentlichkeitswirksam an einem VHS-Kurs zum Thema „Bewusst einkaufen – qualitativ kochen“ teilnehmen und dann mit Lokaljournalisten auf dem Markt selbst gekaufte Produkte in der Rathausküche zubereiten. Vielleicht wertet das das Thema ja auf. Ich bin optimistisch, denn schon George Bernard Shaw wusste: „Keine Liebe ist aufrichtiger als die Liebe zum Essen.“

Lebensmittel verdienen Respekt

bindungen und doch kann man es als Otto und Greta Normalverbraucher nicht fassen. Wenn man Pferde aus Rumänien quer durch Europa über verschiedene Stationen karrt, ist das billiger, als wenn vor Ort produziert Fleisch verwendet wird? Tiefgefrorene Erdbeeren aus China (der Skandal ist zugegeben schon älter) statt heimisches Obst helfen, die Kosten für das Essen in Schulen und Kindergärten zu senken? Futtermittel für die Tiere wird nicht nach Qualitätskriterien, sondern ausschließlich nach Preis eingekauft?

Nun – letzteres verwundert natürlich am Wenigsten, denn so machen wir es bei unserer Nahrung auch. Obst, Gemüse, Fleisch, Milch – alles bekommt man täglich in den Inseraten der Zeitungen zu Preisen offeriert, die für den Laien kaum die Transportkosten decken. Spargel aus Peru – hallo, das ist einmal um die Welt und kostet doch weniger als der heimische aus Bayern. Und die Fertigergerichte – alles dran, alles drin, beste Qualität für zwei Euro und ein paar Zerquetschte!

Das ist die Angebotsseite. Verblüffender ist: Das wird nachgefragt und zwar wohl ziemlich kritiklos. Im Gegenteil wird ja immer alles billiger gefordert. Geht es nach regelmäßigen Stadt-

the Sabriul

Erfolgreiche Umsetzung

Bei seinem Amtsantritt als Landrat des Landkreises Bamberg hatte sich Günther Denzler ehrgeizige Ziele gesetzt. Heute kann er auf eine erfolgreiche Umsetzung zurückblicken. Nicht nur, dass die Arbeitslosenquote des Landkreises derzeit bei 3,6 % und damit deutlich unter dem bayerischen Durchschnitt liegt; auch das öffentliche Finanzwesen ist geordnet, die Gemeinden des Bamberger Landes haben die neuntiefste Pro-Kopf-Verschuldung in ganz Bayern.

Sehr am Herzen liegt Denzler darüber hinaus eine moderne, serviceorientierte Verwaltung. Er setzte sich diesbezüglich für stetige Verbesserungen ein – so wurde beispielsweise erst im vergangenen Jahr der Internetauftritt des Landkreises erneuert und die Zuständigkeit der Kfz-Zulassung erweitert.

Solidarität

Großen Wert legt der Jubilar auch auf ehrenamtliches Engagement, Solidarität und Eigenverantwortung. So rief er anlässlich seines 60. Geburtstages die Stiftung „Helfen tut gut“ ins Leben, die nachahmenswerte Projekte im Landkreis unterstützt.

Während seiner Amtszeit als Bezirkstagspräsident konnte die Konsolidierung des Haushalts erreicht werden. Trotz steigender Sozialkosten liegt die Bezirksumlage, die die Landkreise und kreisfreien Städte Oberfrankens an den Bezirk zahlen, bei 20,7 %. Dies ist der zweitniedrigste He-

für die Umsetzung dieses Ziels.

Denzler bringe seine reiche Erfahrung als Landrat auch im Amt des Bezirkstagspräsidenten ein: „Du vertrittst sachkundig die sozialen und kulturellen Belange des Bezirks Oberfranken. Unter Deiner souveränen Führung hat sich der Bezirk sehr positiv entwickelt. Die von Dir ausgehenden Impulse sind für die Zukunft Oberfrankens wichtig“, schrieb der Minister. Herrmann dankte Denzler abschließend auch für die verlässliche Zusammenarbeit in fränkischer Verbundenheit – besonders im Anliegen des Tourismusverbandes. **DK**

Armin Drexel. Deshalb gewinne der Ausbau der permanenten Netzüberwachung immer mehr an Bedeutung.

Rechtliche Vorgaben

Nicht begeistert zeigt sich das Management des Zweckverbandes von Anfragen anderer Wasserversorger, für diese die technische Betriebsführung zu übernehmen. Gründe seien die immer umfangreicher werdenden rechtlichen Vorgaben, das Fehlen von qualifiziertem Personal und technischen Hilfsmitteln, sowie die Abwälzung der persönlichen Haftung. Der Verband würde nur die Aufsichts-, Prüf- und Überwachungspflicht in Form einer Dienstleistung übernehmen. Die Entscheidungsbefugnis über notwendige Investitionen bzw. Reparaturmaßnahmen läge jedoch weiterhin bei der Gemeinde. „In Zeiten leerer Kassen sind da Reibungs- und Konfliktpunkte vorprogram-

miert“, so Josef Böck, zumal die volle Haftung beim Zweckverband verbliebe.

Reibungslos sei die zum 1. Januar 2012 in Kraft getretene Anpassung der Wassergebühren über die Bühne gegangen. „Seitens unserer Abnehmer kamen keine negativen Reaktionen.“ Mit 70 Cent pro Kubikmeter ist das Trinkwasser in den Stauden immer noch vergleichsweise günstig. Eine erneute Gebührenerhöhung werde wie geplant erst wieder in 2015/2016 erfolgen. Werkleiter Armin Drexel: „Derzeit sind keine Risiken bekannt, die eine Reduzierung des vierjährigen Kalkulationszeitraumes erforderlich machen.“

Als Nachfolger für den verstorbenen Verbandsrat Georg Kuhn (Stadt Schwabmünchen) wurde Großaitingers Bürgermeister Franz Stellinger als Vertreter für Bürgermeister Lorenz Müller (Schwabmünchen) in den Verbands- und Werkausschuss bestellt. **Walter Kleber**



Vorsitzender Josef Böck (r.), Bürgermeister von Langenneufnach, und sein Stellvertreter Hermann Lochbronner, Bürgermeister des Marktes Kirchheim im Landkreis Unterallgäu, stehen an der Spitze des Zweckverbandes Stauden-Wasserversorgung. Bild: Walter Kleber

„Wir brauchen Geld für den ÖPNV“

Kreis Würzburg: Landrat Nuß spricht sich gegen Senkung der Kreisumlage aus

Würzburg. Die SPD geht im Würzburger Kreistag auf Kollisionskurs mit dem Landrat: Beider Meinungen über den Umgang mit der Kreisumlage gehen weit auseinander. So forderte SPD-Fraktionschef Volkmars Halbleib aufgrund der positiven Finanzentwicklung, den Hebesatz von 46 auf 44 Prozent zu senken und damit die Gemeinden um 2,5 Millionen Euro zu entlasten. Wenige Wochen vor Verabschiedung des 120 Millionen Euro-Kreishaushalts wehrt Landrat Eberhard Nuß (CSU) diese Forderung rundweg ab.

Lauthals Erleichterungen für die Gemeinden zu fordern ohne anstehende Investitionen in den Blick zu nehmen, ist Nuß zu wenig. „Im Übrigen stehen wir mit unserer Umlage bayernweit an

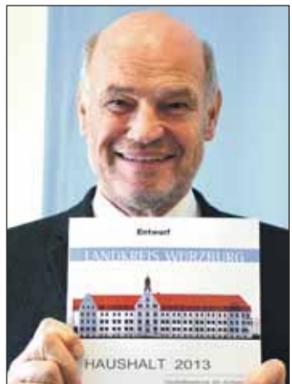
ro in Ortsumgehungen investieren will. Diese Summe ist im Haushaltsentwurf enthalten, allerdings hat der Kreistag hierüber noch nicht entschieden.

Die Herausforderung einer stabilen Kreisumlage sei nicht

einfach zu meistern, betont Kreiskämmerer Dieter Krug. Die Vergangenheit habe mehrfach gezeigt, wie tückisch Hebesatzsenkungen sind: „Wird der Hebesatz gesenkt, muss meist kurz danach der Schuldenstand erhöht werden. Mit der Konsequenz, dass im nächsten Jahr die Kreisumlage wieder nach oben geht.“ Dem Landkreis Würzburg sei es vor wenigen Jahren gelungen, diesen Automatismus zu stoppen. Parallel konnte der Schuldenstand abgebaut werden: „Obwohl wir viel investierten.“ Der-

zeit sitzt der Kreis noch auf einem Schuldenberg in Höhe von 27 Millionen Euro.

Eine Umlagesenkung würde die Kreisräte spätestens dann reuen, wenn es um das Thema Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) geht, prophezeite Landrat Nuß. Der Haushaltsentwurf für 2013 enthalte „keinen zusätzlichen Cent“ für Verbesserung. Aktuell gibt der Kreis 1,5 Millionen Euro für den Nahverkehr aus. Allerdings liegt ein Beschluss des Kreistags vor, bis zu zwei Prozentpunkte der Kreisumlage in den ÖPNV zu investieren. Diese Vorgabe werde im Moment nur zur Hälfte erfüllt. Mehr Geld ist nötig, da der Kreis ein „Linienbündelungskonzept“ erarbeiten will. Vor allem die Bürger im Süden und Westen des Kreises erwarten deutliche Verbesserungen. **Pat Christ**



Eberhard Nuß. Bild: Pat Christ

zehnter und in Unterfranken zusammen mit dem Kreis Miltenberg an erster Stelle“, betont der Landrat. Fast 57 Millionen Euro will der Kreis heuer von seinen 52 Gemeinden einnehmen: „27 Millionen davon gehen direkt weiter an den Bezirk.“ Zupass werde den Gemeinden kommen, dass der Kreis 16 Millionen Euro

Landkreis Donau-Ries:

Arbeitskreis Suchtprävention zieht Bilanz

Der Arbeitskreis Suchtprävention hat es auch im Jahr 2012 wieder geschafft, im Landkreis Donau-Ries flächendeckend wichtige Themen im Bereich der Prävention zu behandeln. In dem Arbeitskreis ist ein Vertreter der Polizeiinspektion im Landkreis, ein Vertreter der Caritas Suchtfachambulanz Donau-Ries, eine Notärztin aus dem Bereich Donauwörth sowie die kommunale Jugendpflegerin und die Präventionsfachkraft des Landratsamtes Donau-Ries vertreten.

Gemeinsam wurde ein möglichst breit gefächertes Präventionsangebot entwickelt, das je nach fachlichem Schwerpunkt von den verschiedenen Mitarbeitern angeboten wird.

Multiplikatoren

Zielgruppe der Angebote sind primär Schüler und deren Eltern, Lehrkräfte und Jugendsozialar-

beiter an Schulen. Im vergangenen Jahr wurden darüber hinaus auch wieder Firmen, Sportvereine und verschiedenste Multiplikatoren geschult. Im Jahr 2012 fanden insgesamt 155 Veranstaltungen mit 4456 Teilnehmern statt. Ab dem Schuljahr 2012/2013 wird als Neuerung ein Workshop mit dem Schwerpunkt Glücksspielsucht angeboten, der von einer Mitarbeiterin der Caritas Suchtfachambulanz Donau-Ries, erstmalig durchgeführt wird. Weitere Themenschwerpunkte waren moderne Medien wie Internet, Computerspiele und soziale Netzwerke wie z. B. Facebook.

Neue Medien

Diese vergleichsweise neuen Medien verfügen über ein

großes Suchtpotential, ohne dass dabei ein Stoff oder eine Substanz konsumiert werden muss.

Suchtstoffe, Essstörungen und Gewaltprävention

Ein weiterer Fokus lag auf dem Thema legale und illegale Suchtstoffe, Angebote zur Ge-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage des FORUM VERLAG HERKERT GMBH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Trauer um Albert Höchstetter

Der Bayerische Gemeindetag trauert um Albert Höchstetter. Der Erste Bürgermeister der Gemeinde Barbing (Lkr. Regensburg) verstarb am 5. März. Als Vorsitzender des Bezirksverbands Oberpfalz des Bayerischen Gemeindetags hatte er seit 2002 Sitz und Stimme für die Oberpfälzer Städte, Märkte und Gemeinden im Präsidium des Bayerischen Gemeindetags. Von 1998 bis 2002 war er bereits Stellvertretender Bezirksverbandsvorsitzender und damit Mitglied des Landesausschusses des Verbands. Seit 1990 leitete er darüber hinaus den Kreisverband Regensburg des Bayerischen Gemeindetags. Albert Höchstetter war seit 1. Mai 1984 Bürgermeister der Gemeinde Barbing im Landkreis Regensburg.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Wir sind tief bestürzt und fassungslos. Albert Höchstetter war ein hochangesehener, erfahrener und überaus beliebter Kommunalpolitiker. Als Erster Bürgermeister leitete er die Geschäfte seiner Gemeinde Barbing vorbildlich. Seine vielen Wiederwahlen drückten die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger aus. Für die Oberpfälzer Kommunen und den ganzen ländlichen Raum Bayerns kämpfte er mit Herzblut. Mit ihm verlieren wir eine kraftvolle Stimme im größten Kommunalverband Bayerns. Wir werden ihm stets ein ehrenvolles Gedenken bewahren.“ □

waltprävention sowie zum Thema Essstörungen. Aufgrund der Aktualität des Themas wurde eine Fortbildung für Lehrkräfte und Jugendsozialarbeiter an Schulen zu dem Thema „Neue Modedrogen – Research Chemicals“ angeboten. Das Interesse war so groß, dass die Fortbildung in diesem Jahr erneut an-

geboten wurde. Auch im Jahr 2013 werden bereits wieder Workshops und Vorträge zu den oben genannten Themen durchgeführt. Aufgrund der großen Nachfrage und der begrenzten zeitlichen Ressourcen gelingt es den Mitarbeitern des Arbeitskreises leider nicht immer, alle Anfragen zu realisieren. □

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Der Industriekaufmann Holger Baunacher ist neuer Bürgermeister der unterfränkischen Gemeinde Wonfurt (Landkreis Haßberge). Der 36-Jährige, der von der CSU sowie der Dampfächer und Steinfelder Liste aufgestellt worden war, bekam 71,6 Prozent der Stimmen, Freie-Wähler-Kandidat Stefan Wagenhäuser 28,4 Prozent. Die Beteiligung lag bei 79,6 Prozent. Amtsinhaber Dieter Zehender (CSU) war aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten.

Mit 52,7 Prozent der Stimmen hat Thomas Loderer (CSU) die Bürgermeisterwahl im oberbayerischen Otobrunn für sich entschieden. Der Amtsinhaber setzte sich im ersten Anlauf gegen Ariane Wißmeier-Unverricht von der SPD (33,8 Prozent), Sebastian Lumpe, Grüne (9,2 Pro-

zent) und Gerald Kunzmann, FDP (4,3 Prozent) durch. Bei der Bürgermeister-Wahl in Rehau (Landkreis Hof) ist Amtsinhaber Michael Abraham (CSU) mit 70,9 Prozent der Stimmen wiedergewählt worden. Herausforderer Ulrich Scharfenberg (SPD) erreichte 29,1 Prozent.

Im niederbayerischen Markt Arnstorf (Landkreis Rottal-Inn) wurde Amtsinhaber Alfons Sittlinger (CSU) mit 97,7 Prozent wiedergewählt. Er hatte keinen Gegenkandidaten.

Ebenso bestätigt wurde der Bürgermeister der Marktgemeinde Winzer an der Donau (Landkreis Deggendorf), Jürgen Roith (CSU). Der seit 2001 amtierende Rathauschef siegte mit 66,4 Prozent der Stimmen klar gegen Anton Seidl (UW), der 33,6 Prozent auf sich vereinte. Die Wahlbeteiligung lag bei 63,9 Prozent. **DK**

Vorschau auf GZ 7

- EDV · IT
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunikationstechnologie
- Umwelt- und Abfalltechnik,
- Kommunalfahrzeuge · Städtereinigung
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen,
- Kommunale Rechtsfragen

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.
BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmoebel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell



Bitte vormerken:
13. Juni 2013

Power für Bayerns Kommunen:
6. Energieforum
der Bayerischen Gemeindezeitung

im Bürgerhaus der Stadt Garching bei München, www.gemeindezeitung.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.
Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy
Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89 06 68 900 • www.klima-kommune.de
peter.keller@greencity-energy.de

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahlgedrucksachen · und vieles mehr
ORTMAIER DRUCK GmbH
www.flyerpara.de
Tel. 0 87 32 / 92 10-663 · Fax 0 87 32 / 92 10-669
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sportgeräte

www.benz-sport.de
ORIGINAL BENZ SPORT
Tel. 07195 / 69 05 - 0 | Fax 07195 / 69 05 - 77 | info@benz-sport.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS Franz Sedlmeier
Inhaber
Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Constanze von Hassel
Telefon (0 8171) 93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

FORUM VERLAG HERKERT GMBH • Mandichostraße 18 • 86504 Merching

An die Leser der Zeitschrift
„Bayerische
GemeindeZeitung“



Merching, im März 2013

bauhofLeiter-PraxisSpezial: Arbeitssicherheit im Bauhof
Unterweisungen, Gefährdungsbeurteilungen und Betriebsanweisungen leicht gemacht

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie als Bauhofleiter sind für die Sicherheit Ihrer Mitarbeiter verantwortlich. Dazu schreibt Ihnen der Gesetzgeber bestimmte Unterweisungen und die Erstellung von Gefährdungsbeurteilungen vor. Werden die vorgeschriebenen Maßnahmen nicht bzw. nicht qualifiziert durchgeführt, können Sie als Zuständiger im Unglücksfall wegen fahrlässiger Unterlassung haftbar gemacht werden.

Um sich abzusichern, müssen Sie regelmäßig unterweisen, nachweisen und dokumentieren. Hilfreiche Erläuterungen und Vorlagen zur praktischen Umsetzung bietet Ihnen das bauhofLeiter-PraxisSpezial

Arbeitssicherheit im Bauhof

- **Übersichtlich zusammengefasst**
Ob rechtliche Grundlagen, praxisnahe Übersichten und zahlreiche Beispiele:
Sie haben alles Wichtige auf einen Blick!
- **Schritt-für-Schritt-Anweisungen zum sicheren Bauhof**
Sie erfahren einfach und verständlich, wie Sie die Beurteilungen und Unterweisungen erstellen.
- **Mustervorlagen auf CD-ROM**
Sie erhalten alle nötigen Vorlagen, z. B. Power-Point-Präsentationen für Unterweisungen, Mustervorlagen von Gefährdungsbeurteilungen und Betriebsanweisungen.
Einfach an Ihren Bauhof anpassen – fertig!

Bestellen Sie noch heute Ihr persönliches Exemplar mit beiliegendem Fax-Antwortschein!

Mit freundlichen Grüßen

Michaela Meier
Michaela Meier

Redaktion „der bauhofLeiter“

So kommen Sie den gesetzlichen Vorschriften zur Arbeitssicherheit einfach und sicher nach!

Anforderung per Fax: (08233) 38 12 22

Bestellung im Internet: www.bauhof-leiter.de/asi

der
bauhof **Leiter**
PraxisSpezial

FORUM VERLAG HERKERT GMBH – Mandichostraße 18 – 86504 Merching – Telefon: (08233) 38 11 23

„bauhofLeiter“-PraxisSpezial: Arbeitssicherheit im Bauhof

Inhaltsübersicht:



Grundlagen zur Arbeitssicherheit in Kürze

- Verantwortung im Arbeitsschutz im Bezug auf das Arbeitsschutzgesetz
- Aufgaben im Bauhof: Was kann selbst durchgeführt werden / was sollten Externe übernehmen?



Unterweisung und Unterrichtung der Mitarbeiter

- Unterweisungspflicht der Verantwortlichen
 - Übersicht: Welche Unterweisungen sind wann durchzuführen?
- Allgemeines zur Unterweisung
 - Rechtsgrundlagen der Unterweisungspflicht
 - Ziele der Unterweisung
 - Unterweisungspflichten
- Vorgehen bei der Unterweisung der Mitarbeiter
 - Organisation der Unterweisungen
 - Inhalte der Unterweisungen
 - Dokumentation
 - Fallbeispiele



Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen

- Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung
 - Wann ist die Beurteilung durchzuführen?
 - Wer ist für die Erstellung zuständig?
 - Welche Inhalte sind wichtig?
- Schritt-für-Schritt: Anweisungen zur Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung
 - Ermittlung und Beurteilung von Gefahren in Bauhöfen
 - Muster-Beurteilung
- Dokumentationspflicht
 - Warum muss dokumentiert werden?
 - Musterbeispiel



Betriebsanweisungen

- Rechtsgrundlagen der Betriebsanweisungen
- Schritt-für-Schritt-Anweisungen zur Erstellung
- Muster-Betriebsanweisungen



CD-ROM:

Einsatzfertige Dokumente und Nachweise zum Ausfüllen und Ausdrucken, u. a.:

- 📄 Unterweisungen
 - Musterpräsentationen, -vorlagen: Arbeitskleidung, Verhalten bei Straßenarbeiten, Brandschutz, Umgehen mit Gefahrstoffen, Sicherer Betrieb von Gabelstaplern, ...
 - Unterweisungsnachweise: Mustervorlagen
- 📄 Gefährdungsbeurteilungen
 - Mustervorlagen für Kanalarbeiten, Straßenarbeiten, Baumschnitt, Winterdienst, Motorsäge; Übertragung von Unternehmerpflichten, ...
 - Checklisten: Prüfung von Sicherheitsmängeln, Ladungssicherung, Gefährdungsfaktoren, ...
- 📄 Betriebsanweisungen: Mustervorlagen

Die Beurteilungen sind so aufgebaut, dass alle technischen, organisatorischen und personenbezogenen Maßnahmen zur Gefahrenvermeidung hinterlegt werden können.

Alle Vorlagen können Sie individuell auf Ihren Bauhof anpassen!



Ja, wir bestellen **„Arbeitssicherheit im Bauhof“**

Bestell-Nr. 3443/1/1355

DIN A4, farbig, ca. 144 Seiten mit CD-ROM, Preis: 59,00 EUR inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten

Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlags. Diese finden Sie unter www.forum-verlag.com/AGB.

Absender:

.....
Firma

.....
Name, Vorname des Bestellers

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Telefon

.....
Telefax

.....
@

E-Mail → Sie können jederzeit der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke zu den ortsüblichen Basistarifen widersprechen.

.....
Datum, Unterschrift und Stempel

Wenn Sie zukünftig keine interessanten Angebote mehr erhalten wollen, können Sie der Nutzung Ihrer Daten für Werbezwecke jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widersprechen. Bitte richten Sie Ihren Widerspruch an: FORUM VERLAG HERKERT GMBH, Fax (08233) 3 81 98 76 oder Tel. (08233) 38 11 56.